

Die Globalisierungskritiker: Anatomie einer heterogenen Bewegung

Raiser, Simon (Ed.); Warkalla, Björn (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Raiser, S., & Warkalla, B. (Hrsg.). (2002). *Die Globalisierungskritiker: Anatomie einer heterogenen Bewegung* (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 44). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Abt. Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-440849>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Simon Raiser, Björn Warkalla (Hg.)

Die Globalisierungskritiker:
Anatomie einer
heterogenen Bewegung

ARBEITSPAPIERE DES OSTEUROPA-INSTITUTS DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

ARBEITSSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/>

Tel.: ++49 30 838 5 4058
5 2075
5 3708
Fax: ++49 30 838 5 3788

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

Simon Raiser / Björn Warkalla (Hg.)

**Die Globalisierungskritiker:
Anatomie einer
heterogenen Bewegung**

Heft 44/2002

© 2002 by Simon Raiser, Björn Warkalla (Hg.)
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers
Redaktion: Simon Raiser, Björn Warkalla

ISSN 1434 – 419X

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Vorteil Vielfalt	7
<i>Von Simon Raiser und Björn Warkalla</i>	
1. Heterogenität – Stärke oder Schwäche?.....	15
Die Globalisierungskritiker zwischen Legitimität und Effizienz.....	15
<i>Von Sabine Campe</i>	
Die Stärke liegt in der Auseinandersetzung	16
<i>Von Katja Fritsche</i>	
Heterogene Homogenität	18
<i>Von Daniel von Fromberg</i>	
Von Ketzern und Rechtgläubigen.....	21
<i>Von Johanna Jäger</i>	
Institutionen statt Beliebigkeit	24
<i>Von Tia Mboeik</i>	
2. Zum Staatsverständnis	27
Der Nationalstaat ist weder Opfer noch Heilsbringer	27
<i>Von Björn Stecker</i>	
Herrschaftskritik versus Steuerungsfähigkeit	29
<i>Von Andrea Theocharis</i>	
Kooperation oder Konfrontation?.....	31
<i>Von Florian Römmele</i>	
3. Die Kritik von Links	34
Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik.....	34
<i>Von Arne Gniech</i>	
4. Zum Zivilgesellschaftsverständnis.....	37
Demokratisches Korrektiv oder Keimzelle des Widerstands?.....	37
<i>Von Lars Bretthauer</i>	
Optionen des Widerstands	39
<i>Von Steffen Vogel</i>	
Hegemonie und neoliberaler Alltagsverstand.....	41
<i>Von Claudia Prinz</i>	
5. Offene Flanke nach Rechts?.....	44
Unheimliche Nähe	44
<i>Von Arne Gniech</i>	
Nationale und internationale Solidarität.....	46
<i>Von Jakob Hurrle</i>	
Gemeinsame Feindbilder	48
<i>Von Sanin Hasibovic</i>	
Alle wollen die „bessere Welt“	51
<i>Von Valerie Engler</i>	
6. Die Gewaltfrage.....	54
Kein Protest ohne Gewalt – keine Gewalt ohne Protest	54
<i>Von Sanin Hasibovic</i>	
Gandhi oder Marcuse?	57
<i>Von J. Juriaan Anijs</i>	
Eine aufgezwungene Diskussion.....	59
<i>Von Jenny Meyszner</i>	

7. Zur Motivation der Globalisierungskritiker	61
Planetenbürger im Widerstand	61
<i>Von Axel Dorloff</i>	
Der globalisierungstaugliche Mensch.....	63
<i>Von Nina Wolff</i>	
Rebellion oder Generation Golf?	65
<i>Von Marcus Grätsch</i>	
„Ich will Teil einer Jugendbewegung sein!“	67
<i>Von Annemarie Oberschmidt</i>	
8. Globalisierungskritik zwischen Theorie und Praxis.....	69
Schweinesystem contra Reformprojekt.....	69
<i>Von Jakob Hurre</i>	
Theorie braucht Praxis, Praxis braucht Theorie	71
<i>Von Steffen Vogel</i>	
Theoretische Kritik als Chance.....	73
<i>Von Lars Bretthauer</i>	
Literatur	76
Links	83

„Wir sind noch nicht globalisiert genug!“ - Michael Hardt¹

Einleitung: Vorteil Vielfalt

Der Streit um die richtige Benennung sozialer Akteure ist häufig sehr aufschlussreich und mehr als ein diskursiver Nebenschauplatz. So ist es auch im Fall der Bewegung, die spätestens seit den Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle 1999 in aller Munde ist und Sympathisanten wie Gegner in helle Aufregung versetzt. Handelt es sich bei dieser disparaten Ansammlung engagierter Menschen um *Gegner* der Globalisierung? Um ihre *Kritiker*? Sind sie *Anti-Globalisierer*, oder lehnen sie nur deren neoliberale Ausprägung ab? Oder gar Unternehmensgegner, wie der englische Begriff *Anti-Corporate Movement* nahe legt? Der ungekrönte König der Begriffsprägung, der Soziologe Ulrich Beck, hat dazu den bislang originellsten Beitrag geliefert: Er sieht „Globalisierungsbefürwortungsgegner“ am Werk, die „gegen andere Globalisierungsbefürwortungsgegner im globalen Machtraum andere globale Normen durchsetzen wollen“.² Aha.

I.

An der verwirrenden Vielzahl von Namen für die Bewegung wird deutlich, dass die Bewegung sehr unterschiedlich wahrgenommen und interpretiert wird. Doch jenseits aller Wortakrobatik: Was ist eigentlich das Problem an der jetzigen Form der Globalisierung? Die Volkswirtschaften spezialisieren sich darauf, was sie am besten können, verbessern ihre Standortbedingungen und tauschen ihre Produkte zum Wohle aller mit dem Rest der Welt; die modernen Kommunikationstechnologien tragen die Fackel der Freiheit in die entlegensten Regionen der Welt und verleihen den Benachteiligten und Entrechteten eine Stimme. Immer mehr Menschen haben die Möglichkeit zu reisen und andere Kulturen kennen zu lernen – Die Welt rückt immer näher zusammen, Grenzen werden unwichtiger.

Diesen Prozess gilt es zu beschleunigen, sagen die, die Ulrich Beck wohl *Globalisierungsbefürworter* nennen müsste. Diese sehen eine unsichtbare Kausalität am Werk: Die Freiheit des Handels führt auf direktem Weg zur Freiheit der Menschen. Und zwar durchaus auch im Interesse der Armen: Fortschritte in der Entwicklung und der Armutsbekämpfung seien überhaupt nur mit mehr Freihandel zu erreichen; sie plädieren für ein Ende der Abschottung westlicher Volkswirtschaften gegen Produkte aus Entwicklungsländern.³ Im Übrigen habe zwar die Ungleichheit der Einkommensverteilung in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen, sowohl zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wie auch innerhalb der meisten Länder. Aber: Absolut gehe es den armen Ländern der Welt heute besser als vor 20 Jahren; der Abstand in der Entwicklung im Sinne des Human Development Index⁴ zwischen armen und reichen Ländern sei geringer geworden. So lautet jedenfalls der Befund in einer Studie des Ölmultis Shell (Shell International 2002). Sie stellt die provozierende Frage: Which gap matters most? Welche Kluft entscheidet?

¹ Michael Hardt im Interview, taz - Die Tageszeitung, 6.11.2002, online unter: <http://www.taz.de/pt/2002/11/06/a0155.nf/text>.

² Ulrich Beck, „Mit der Macht der Feinde. Protest in Florenz: Das Globalisierungsparadox“, Süddeutsche Zeitung vom 9.11.2002, S. 13.

³ Vgl. exemplarisch das Minderheitenvotum der CDU/CSU und der FDP-Fraktion im Schlussbericht der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten", Drucksache 14/9200, online unter: <http://www.bundestag.de/gremien/welt/index.html>.

⁴ Human Development Report, UNDP, online unter: <http://www.undp.org/hdr2001/>.

Für viele Menschen ist die Antwort eindeutig: Die Welt wird immer ungerechter, und das hat sehr viel mit der neoliberalen Form der Globalisierung zu tun; deswegen wollen sie beispielsweise der finanziellen Globalisierung „Sand ins Getriebe streuen“ (BLUE 21 2001) und die Liberalisierung des Welthandels mit Gütern und Dienstleistungen aufhalten bzw. zurückdrehen (Wahl 2001). Andere sehen den Kapitalismus selbst als das Problem. Sie wollen nicht den Staat als Gegengewicht zur entfesselten Wirtschaft stärken, da sie ihn als Erfüllungsgehilfen der neoliberalen Globalisierung sehen, sondern suchen nach Alternativen zum herrschenden System, und der Weg dorthin ist für sie die Globalisierung des Widerstands (Hardt/Negri 2002).

II.

Entscheidend für das Verständnis der Globalisierungskritiker ist, sie als Produkt und Abbild der Globalisierung zu betrachten. Eine gesellschaftliche Entwicklung bringt ihre Kritiker hervor, so wie bei Marx erst der Kapitalismus die Arbeiterklasse schafft, die zum Subjekt seiner Abschaffung werden kann.

Doch was ist Globalisierung? Zu den überzeugenderen Definitionen gehören die, die sie als widersprüchlichen, uneinheitlichen Prozess verstehen, dessen Folgen zwar nach ähnlichen abstrakten Mustern interpretierbar, aber dennoch überall auf der Welt verschieden sind. Zwar haben die Befürworter des Freihandels ihr Ziel der weltweiten Angleichung ökonomischer Regulationsweisen bislang mit großem Erfolg betrieben. Die neoliberale Idee hat sich über den gesamten Erdball ausgebreitet. Gleichzeitig gewinnen jedoch lokale und regionale Besonderheiten und Identitäten an Bedeutung. Dieses paradoxe Nebeneinander von Integration und Fragmentierung, von Einheit und Differenz ist vielleicht der kleinste Nenner, auf den sich die Globalisierungsprozesse phänomenologisch bringen lassen. Eigentlich müsste man also von Globalisierung im Plural sprechen, also von *den Globalisierungen*. Es gibt nicht *die* Globalisierung, und ebenso wenig gibt es *die* Gewinner und Verlierer. Es gibt viele Definitionen und noch viel mehr Statistiken, die sich für fast jede beliebige Sichtweise heranziehen lassen.

Genauso vielfältig wie die Auswirkungen der Globalisierung sind auch ihre Kritiker, und es ist nur scheinbar ein Problem, dass es in ihren Reihen die unterschiedlichsten Standpunkte gibt, die sich teilweise fundamental widersprechen. Gerade eine internationale oder besser transnationale Bewegung, die sich mit den Auswirkungen der *Globalisierungen* kritisch auseinandersetzt, muss unterschiedliche Sichtweisen beinhalten, wenn sie dem Phänomen insgesamt gerecht werden und Antworten auf die Probleme unserer Zeit finden will. Nur eine heterogene Bewegung kann Antworten auf einen komplexen und heterogenen Prozess finden. Dies ist der tiefer liegende Grund dafür, dass die Heterogenität Teil des Selbstverständnisses und wesentliche Bedingung für den bisherigen Erfolg der Bewegung ist (vgl. Abschnitt 1 dieses Arbeitspapiers).⁵

Schwieriger als es zunächst den Anschein haben mag ist dennoch die Frage zu beantworten, wer denn nun dazugehört zur globalisierungskritischen Bewegung. Sehr präzise dazu

⁵ In diesem Zusammenhang offenbart sich im übrigen auch der ganze Unsinn des Vorwurfs, die „Globalisierungsgegner“ verhielten sich doch irgendwie paradox, wenn sie einerseits gegen die Globalisierung seien, aber gleichzeitig das Internet nutzten. Die Bewegung wehrt sich zu recht dagegen, als Gegner der Globalisierung verunglimpft zu werden, wenn es ihr doch „nur“ um deren bessere Gestaltung geht. Sie sind eben nicht gegen die Globalisierung. Ganz im Gegenteil, die meisten von Ihnen sind der Ansicht, dass eine Welt noch nicht globalisiert genug ist, in der sich zwar die Waren, aber nicht die Menschen frei bewegen können, in der die Wirtschaft ihre Bedingungen und Interessen global durchsetzen kann, nicht aber die Zivilgesellschaften. Und natürlich benutzt eine Bewegung das Internet, die die Globalisierung des Widerstands zum Ziel hat. Ohne Globalisierung gäbe es keine Globalisierungskritiker, und warum sollen sie nicht die Mittel nutzen, die die neue Zeit ihnen bietet?

noch einmal Ulrich Beck: „Anarchisten, Gewerkschaftler, Neonationale, Umweltschützer, Arbeitslose, Fremdenunterkünfteanzünder, Kleinunternehmer, Lehrer, Priester, katholische Bischöfe, der Papst, Kommunisten, Faschisten, Feministen, Ultraorthodoxe und islamische Fundamentalisten.“⁶ – also so ziemlich alle außer den Neoliberalen.

Diese Sichtweise entspricht der verbreiteten These, dass es sich bei der globalisierungskritischen Bewegung in erster Linie um eine Negativkoalition handelt, die sich über die Ablehnung der neoliberalen Globalisierung definiert. Für die meisten trifft wohl folgendes zu: Sie sind gegen Deregulierung, Liberalisierung, den Abbau sozialer Rechte und die Privatisierung öffentlicher Güter. Positiv gewendet, drückt sich das gemeinsame Interesse der Globalisierungskritiker aus in den beiden Slogans: „Ya Basta“ (Brand/Ceceña 2000) und „Eine andere Welt ist möglich“ (Attac Deutschland 2002). Sie besagen, dass erstens mit der Welt, wie sie jetzt ist, etwas nicht stimmt, dass man sich mit der Vorherrschaft neoliberaler Politik nicht mehr abfinden will; und dass zweitens eine Veränderung zum Besseren möglich ist. Dies ist wahrscheinlich der kleinste gemeinsame Nenner der heterogenen Bewegung. Sobald es jedoch über Schlagwörter und ein Gefühl genereller Unzufriedenheit hinaus geht und konkreter wird, gehen die Forderungen stark auseinander.

Das wirklich Neue an der globalisierungskritische Bewegung⁷ ist nun aber, dass dies nicht als Problem gesehen wird. Konkrete Forderungen werden zwar von einzelnen Gruppierungen gestellt, teilweise basierend auf fundierter theoretischer Analyse, doch werden die unterschiedlichen Positionen bewusst nicht in gemeinsame Manifeste gezwängt. Und das nicht in erster Linie, weil es nicht möglich ist, sondern weil es nicht erwünscht ist. Bezeichnend ist dafür, dass etwa auf dem letzten Weltsozialgipfel in Porto Alegre kein gemeinsames Abschlusskommuniqué verabschiedet wurde. Auch Attac in Deutschland wehrt sich gegen die Rolle als Bewegungszentrale, obwohl ihr diese von den Medien immer wieder zugeschrieben wird (Eskola/Kolb 2002).

Problematisch wird die bewusste Heterogenität der Bewegung in dem Moment, wo es um die klare Abgrenzung gegenüber „unerwünschten“ Teilen geht. Die NPD beispielsweise geht mit fast gleichlautenden Parolen gegen die Vorherrschaft des internationalen Finanzkapitals auf Stimmenfang wie ein Teil der Bewegung (Deutsche Stimme 2001). Auch sie lehnen die neoliberale Globalisierung ab, wenngleich mit anderen Argumenten und Konsequenzen. Sind sie deswegen Teil der Bewegung? Alle anderen Gruppen sind sich in der Ablehnung der rechten Globalisierungskritik zwar einig, jedenfalls auf der deklaratorischen Ebene. Dennoch besteht die Gefahr, dass die globalisierungskritische Bewegung argumentative Anknüpfungspunkte in diese Richtung bietet, die unerwünschte und schädigende Koalitionen mit sich bringen können (vgl. Abschnitt 5).

III.

Bei den Unterschieden innerhalb der Bewegung handelt es sich erstens um Differenzen, die sich aus unterschiedlichen lokalen Kontexten und zu einem gewissen Grad auch aus der

⁶ Beck 2002.

⁷ Neu ist an der globalisierungskritischen Bewegung auch das gegenüber „älteren“ sozialen Bewegungen deutlich größere Ausmaß ihrer transnationalen Vernetzung, das sich wesentlich durch die systematische Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien wie dem Internet bedingt. Die neue Qualität der Vernetzung wird illustriert durch das Aufkommen neuer Organisationsformen wie das transnationale Netzwerk Peoples' Global Action (PGA), die nahezu vollständig ohne organisatorisches und programmatorisches Zentrum auskommen und sich auf die „reine“ Vernetzungsfunktion beschränken (vgl. dazu Habermann 2002 und Rucht 2002b). Trotz aller Euphorie über „das Neue“ an der Bewegung sollte allerdings nicht vergessen werden, dass viele Inhalte und Forderungen der heutigen globalisierungskritischen Bewegung keineswegs neu sind und zum „Standardrepertoire“ von sozialen Bewegungen und NGOs der vergangenen Jahrzehnte gehörten.

unterschiedlichen Art und Intensität der dort auftretenden „Globalisierungssymptome“ ergeben (Bello 2000). Zu unterschiedlich sind die lokalen Ausgangsbedingungen, die Ressourcen für den Protest, die anstehenden Probleme, die Ziele, ja sogar die Aktionsformen.

Darüber hinaus gibt es aber auch grundlegende Differenzen auf der theoretischen Ebene: in der Analyse der Globalisierung und im Verständnis grundlegender Kategorien des Politischen. Die großen Unterschiede in der Formulierung von konkreten Alternativen zur „herrschenden Politik“, der Wahl der praktischen politischen Strategien und Aktionsformen, der thematischen Breite und Ausrichtung sowie im Verhältnis zu Gewalt lassen sich zu weiten Teilen auf diese grundlegenden theoretischen Differenzen zurückführen (vgl. zur Gewaltfrage Abschnitt 6). Sie sind zwar nicht immer offen gelegt, doch liegt jeder praktischen Politik eine theoretische, immer auch normative Überzeugung zugrunde, über die man streiten kann und aus Sicht der meisten globalisierungskritischen Akteure auch muss, will man nicht im Stillstand enden oder unproduktiv nebeneinanderher wurschteln. Zumindest bislang scheint dies der Bewegung zu gelingen, wie man daran erkennen kann, dass etwa auf den Sozialforen in Porto Alegre und Florenz z.B. Gewerkschaftsvertreter mit radikal staatskritischen Netzwerken zumindest miteinander reden und „solidarische Kritik“ üben (Vgl. iz3w 2001).

Fundamentale theoretische Differenzen zeigen sich vor allem auf drei Ebenen, nämlich im Verständnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (vgl. Abschnitt 2,3 und 4). Im Falle des Staates geht es zugespitzt um die Frage, ob er als Teil der Lösung oder Teil des Problems angesehen wird. Sowohl die Vertreter einer „Global Governance“ als auch eine vereinfacht „links-keynesianisch“ (Brand 2002) genannte Denkrichtung gehen davon aus, dass der Staat im Zuge der Globalisierung seine im nationalstaatlichen Rahmen demokratisch legitimierte Handlungsmacht eingebüßt hat – gegenüber einer verselbständigten globalen Ökonomie und insbesondere den internationalen Finanzmärkten (Bourdieu 1998). Grundlage dieses Denkens ist die analytische Trennung von Politik und Ökonomie sowie von produktiver und spekulativer Ökonomie.

Im Verhältnis zur globalisierten Ökonomie sehen insbesondere die Anhänger des *Global Governance*-Ansatzes den Primat der Politik ausgehöhlt und sprechen sich für ein politisches *re-embedding* (Polanyi 1977) der globalen Wirtschaft über kooperative Steuerungsmodelle aus (Messner 1998; CGG 1995). Sie fordern, die globalen Finanzströme etwa durch eine Tobinsteuer zu verlangsamen und so die als schädlich angesehenen spekulativen Finanztransaktionen zugunsten der produktiven, investiven Sphäre einzudämmen. Das Aufkommen einer solchen Steuer ist dabei für die Finanzierung einer globalen Umverteilungspolitik analog zur (national-)staatlichen vorgesehen. Über eine Demokratisierung der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, WTO) soll die Kontrolle der globalisierten Wirtschaft durch die Politik demokratisch legitimerter Regierungen wieder hergestellt werden. Der durch die Globalisierung geschwächte Staat ist also zu stärken, um die „davongeeilte“ Wirtschaft wieder „einzufangen“ (Bourdieu 1998).

Die staatskritische Denkrichtung dagegen lehnt die analytische Trennung von Wirtschaft und Politik ebenso ab wie die zwischen gutem (produktivem) und schlechtem (spekulativem) Kapital (Heinrich 2001; Wolter 2001). Sie sehen Staat und Ökonomie als miteinander verwoben an und werfen Links-Keynesianern und Verfechtern einer *Global Governance* ein unkritisches Verhältnis zum Staat vor (Brunnegräber/Stock 1999). So seien es historisch gesehen bewusste politische Entscheidungen von Nationalstaaten gewesen, die zur Liberalisierung des Welthandels und der globalen Finanzmärkte geführt und so die neoliberale Globalisierung voran getrieben hätten. Außerdem macht es nach diesem Verständnis keinen Sinn, zwischen produktivem und spekulativem Kapital zu unterscheiden, da die beiden Bereiche eng miteinander verwoben seien und überdies zu einer funktionierenden kapitalistischen

Ökonomie beides gehöre. In diesem Punkt sind sie sich übrigens mit den meisten liberalen Ökonomen einig.

Der Staat sei zudem kein einheitlicher Akteur, sondern eine „Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse“⁸ (Poulantzas 1978, zitiert nach Hirsch 1990, S. 45). Das bedeutet gerade nicht, den Staat als Instrument *einer* herrschenden Klasse zu sehen, sondern als Produkt und Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen - allerdings bestimmt durch die Interessen des Kapitals. Ein Beispiel: Zwar sitzen mit den Grünen in Deutschland mittlerweile auch Atomkraftgegner am Kabinettsstisch, doch sorgen die „Sachzwänge“ – also die Interessen der Wirtschaft - dafür, dass dabei nur ein verwässerter Atomkompromiss herauskommen konnte, der den Kraftwerksbetreibern wirtschaftlich verträgliche Restlaufzeiten für ihre ohnehin veralteten Meiler einräumte.

Dass der Staat als Gegenspieler der Wirtschaft nicht adäquat beschrieben ist, sei schon daran ersichtlich, dass er immer darauf angewiesen ist, dass die „heimische“ Wirtschaft prosperiert, sofern es die noch gibt, schon allein deshalb, weil er sich sonst seiner Steuerbasis beraubte. Dies ist der Hintergrund des Vorwurfs, dass eine positivistische Sicht vom neutralen Staat quasi *en passant* Standortnationalismus legitimiere. Ob dies mit Blick auf die nationale oder – wie z.B. bei Pierre Bourdieu – auf die europäische Ebene geschehe, sei letztlich irrelevant (Vgl. Gills 2001).

Vielfach werden die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der „reformistischen“ Positionen auf die nach Ansicht der radikalen Staatskritiker „verkürzte Kapitalismuskritik“ (Wolter 2001) dieser, aber auch der dogmatischen linken Denkrichtungen zurück geführt. So würde das ohnehin problematische Konzept des Nationalstaats lediglich auf eine andere Ebene (z.B. die europäische) zu transportieren versucht, sowie Forderungen aufgestellt, die der alle Lebensbereiche durchdringenden kapitalistischen Verwertungslogik „kein wirkliches Bein stellen“⁹ und dazu völlig unzulänglich oder auch kontraproduktiv seien. Außerdem trügen sie dazu bei, die globalisierungskritische Bewegung anschlussfähig nach Rechts zu machen.

IV.

Neben den benannten Differenzen im Verständnis von Staat und Wirtschaft existieren in der globalisierungskritischen Bewegung deutlich unterschiedliche Sichtweisen in bezug auf Rolle und Funktion der *Zivilgesellschaft*. Der theoretische Konflikt zwischen einem eher liberalen und einem neo-gramscianischen Verständnis der Zivilgesellschaft hat bedeutende Auswirkungen auf Politikverständnis und strategische Ausrichtung der unterschiedlichen Gruppen in der globalisierungskritischen Bewegung. So folgt aus der liberalen Vorstellung einer vom Staat autonomen Sphäre privater Organisationen, die im internationalen Global Governance-Geflecht die Steuerungsdefizite postnationaler Politik auffangen sollen, ein eher kooperativer Politikstil (Messner 1998; CGG 1995).

Die neo-gramscianische Denkrichtung sieht die Zivilgesellschaft dagegen als widersprüchliche Sphäre: Einerseits wirkt sie systemerhaltend, andererseits birgt nur sie das Potenzial für grundlegenden gesellschaftlichen Wandel (Hirsch 2002). Unterschieden wird dabei zwischen einem „top-down“-Prozess, in dem der Staat seine kulturelle und politische Hegemonie mit einer Mischung aus Gewalt und Zwang gesellschaftlich absichert und dabei zur Systemstabilisierung auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen ist, sowie einem „bottom-up“-Prozess,

⁸ Es sei angemerkt, dass sich die folgenden Ausführungen vor allem auf die Vertreter der sogenannten Regulationstheorie (vgl. Candeias/Deppe 2001; Hirsch 1990) beziehen. „Klassische“ Marxisten würden einer solchen Sichtweise nicht zustimmen.

⁹ Zitiert aus dem Beitrag „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik“ von Arne Gniech in diesem Arbeitspapier.

in dem die Marginalisierten um die Erlangung einer Gegenhegemonie kämpfen (Cox 1999) – ein eher konfrontativer Politikstil ist die logische Folge dieser Denkrichtung.

In der Praxis ist jedoch auch bei denjenigen, die ein kooperativeres Politikverständnis vertreten, eine konfliktfreudigere Haltung und ein größeres Misstrauen gegenüber den klassischen Institutionen der (staatlichen) Politik und den Verheißungen eines Marsches durch die Institutionen zu beobachten, als dies bei den klassischen Nichtregierungsorganisationen der 80er und 90er Jahre der Fall war, deren Anhörung auf UN-Gipfeln weitestgehend wirkungslos blieben. Dazu passt, dass sich in der globalisierungskritischen Bewegung auch viele angeblich politikverdrossene junge Menschen engagieren. Eindeutiger Fokus bleibt für Organisationen dieses Typs (wie etwa Attac) das Streben nach Mitsprache und das Bedürfnis, konkrete Alternativen zu benennen (Attac Deutschland 2002; George 2002).

Doch das Bedürfnis, sich Gehör zu verschaffen führt zu einer prekären Existenz auf dem schmalen Grat zwischen dem (legitimen) Streben nach Mitsprache und Mitgestaltung an den relevanten Stellen einerseits und den Gefahren der Kooptation andererseits, also der wirkungslosen Einbindung zu Alibi- und Imagezwecken. Das neo-gramscianische Konzept von Zivilgesellschaft dagegen führt zu einer wesentlich konfrontativeren Politik gegenüber staatlich abgeleiteten Strukturen auf nationaler oder globaler Ebene. Kooperation mit staatlichen Stellen wird mit dem Hinweis auf die Gefahr der Kooptation prinzipiell abgelehnt (Habermann 2001). Vertreter dieser Denkrichtung stellen die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus, den neoliberalen Alltagsverstand, infrage. So soll die Zivilgesellschaft re-politisiert und dem einzelnen seine Verstrickung in, und seine Mitverantwortung für die bestehenden Verhältnisse deutlich gemacht werden (Cox 1999; Gills 2000). Den Forderungen, doch einmal zu sagen, wie sie „es denn besser machen würden“, d.h. dem Vorwurf, über die vermeintlich richtige Analyse des kapitalistischen Systems hinaus keine konkreten politischen Handlungsoptionen aufzuzeigen, stellen sie ihr „positives Nein“ entgegen – den Anspruch, auch ohne konkrete Reformpläne das Bestehende kritisieren zu können. Dabei geht es eher um Fragen als um Antworten, gerne zitiert wird ein Wahlspruch der Zapatistas: „Preguntando caminamos“ – fragend machen wir uns auf den Weg (vgl. Abschnitt 8).

V.

Welche Perspektive hat nun die globalisierungskritische Bewegung?¹⁰ Nachdem sich der Rauch des medialen Hypes weitgehend verzogen hat, wird nun allmählich der Blick frei für eine nüchterne Bestandsaufnahme. Was ist geblieben? Internationale Gipfeltreffen können wieder weitgehend ohne die spektakulären Proteste der vergangenen Jahre stattfinden, Attac Deutschland konnte gerade sein zehntausendstes Mitglied begrüßen, hat mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern ein Büro in der Bankenmetropole Frankfurt bezogen, und an der Politik von IWF und Weltbank hat sich ebenso wenig durchgreifend etwas geändert wie an der Situation der Armen dieser Welt.

Und doch hat sich etwas geändert: Eine Diskussion ist in Gang gekommen über so sperrige Themen wie die internationale Finanzpolitik, die Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, aber auch über die Rolle des neoliberalen Alltagsverstands, über Perspektiven des Widerstands und über mögliche Alternativen zum globalen Kapitalismus. Und das Neue daran ist nicht nur, dass diese Diskussion relativ breite Teile des Meinungsspektrums und bisher eher unpolitische gesellschaftliche Gruppen einbezieht (vgl. Abschnitt 7), sondern

¹⁰ Es sei einschränkend angemerkt, dass sich die folgenden Gedanken zur Perspektive der Bewegung überwiegend auf den „Norden“ beziehen, also auf die westlichen Industriestaaten. Im Hinblick auf die Perspektiven der Bewegung im globalen Maßstab ergibt sich notwendigerweise ein weit komplexeres Bild. Schließlich gibt es – wie anfangs dargelegt – nicht *die* Globalisierung und ebenso wenig *die* Globalisierungskritiker.

auch, dass sich die Globalisierungskritiker mit den Sozialforen mittlerweile ihre eigenen Institutionen geschaffen haben. Was vor nicht einmal 10 Jahren mit einem Treffen einer relativ kleinen Gruppe in Mexiko begann, hat nicht nur zu zwei Weltsozialforen in Porto Alegre geführt, sondern auch zu regionalen Foren wie dem Europäischen Sozialforum, das im Herbst 2002 in Florenz mit großer Beteiligung stattfand.

Die Globalisierungskritiker sitzen nicht mehr am „Katzentisch“ internationaler Konferenzen, sondern diskutieren in internationaler Besetzung - nach ihren eigenen Regeln. Und dazu gehört nach wie vor das Strukturprinzip der Heterogenität, der produktive Streit über ideologische Gräben hinweg. Das Prinzip der Vielfalt hat aller Unkenrufe zum Trotz bislang nicht zu einer Spaltung der Bewegung geführt. Dies ist auch Ausdruck eines veränderten Politikverständnisses, das neue Formen des Politischen wie die Sozialforen hervorbringt, die versuchen, sich vom staatlich moderierten Diskurs zu emanzipieren. Die Re-politisierung der Gesellschaft trägt, nicht zuletzt aufgrund der Präsenz von Attac und transnationalen Bündnissen, erste Früchte.

Und doch steht die Bewegung vor großen Problemen. Es ist nicht ausgemacht, dass die erreichte Diskussionskultur bestehen bleibt, zumal sich einige Organisationen und die Diskussion allgemein thematisch über die Globalisierungskritik im engeren Sinne ausweiten, auf Bereiche, die gerade in der Linken traditionell von verhärteten Fronten gekennzeichnet sind. Viel Konfliktstoff bieten etwa die Debatte um Krieg oder Frieden, den internationalen Terrorismus, die Rolle der USA in der Welt und um den Konflikt im Nahen Osten. Darüber hinaus ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Bewegung entlang der oben aufgezeigten Differenzen auseinander dividieren (lassen) wird. Ein Teil der Bewegung wird das Fehlen konkret umsetzbarer Forderungen vermutlich auf Dauer ebenso wenig akzeptieren wie den losen Netzwerkcharakter ohne feste Organisationsstruktur.

In diesem Zusammenhang kommt den Medien eine bedeutende Rolle zu, die mit dem großen Hype um die Bewegung bei vielen Menschen völlig überhöhte Erwartungen geweckt haben, die enttäuscht werden können. Ob sich das bisherige Interesse und die hohe Beteiligung weiterhin aufrecht erhalten lassen, wenn sich keine schnellen Erfolge zeigen, ist ungewiss. Außerdem sind die Medien eher auf einheitliche Positionen und eindeutige Ansprechpartner angewiesen und arbeiten so eher gegen die heterogene Struktur. Darüber hinaus ist die bestehende Medienlandschaft, die eher national begrenzte Auditorien bedient, bisher wenig geeignet, den internationalen Netzwerkcharakter der Bewegung adäquat abzubilden, sofern man ihnen überhaupt ein längerfristiges Interesse an der Thematik unterstellt, das über kurzatmige Krawallreportagen hinausgeht. Über die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung wird daher auch ihr Umgang mit den Medien entscheiden, und dabei spielen auch eigene, unabhängige Formen der Berichterstattung wie *indymedia* u.a. eine große Rolle.

Den entscheidenden Beitrag kann die globalisierungskritische Bewegung aber selbst leisten: Sie muss offen bleiben für den produktiven Streit und lokalen Besonderheiten der Bewegung Raum zur Entfaltung lassen. Sie muss die Herausforderung annehmen, die globale Dimension der Probleme auf die lokale Ebene herunterzubrechen; die konkrete politische Praxis muss sich daran bewähren, ob sie es schafft, einen Beitrag zur Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu leisten und die Hegemonie des neoliberalen Alltagsverständnisses zurückzudrängen. Die Aufgabe der Heterogenität, der Koexistenz unterschiedlicher Herangehensweisen und Analysen wäre dabei der schnellste Weg in die politische Bedeutungslosigkeit.

Einen Beitrag zum Verständnis der unterschiedlichen Positionen in diesem Streit wollten wir mit dem Hauptseminar „Die Globalisierungskritiker – Anatomie einer heterogenen Bewegung“ am Otto-Suhr- und am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin leisten. Erreicht haben wir, dass viel und angeregt diskutiert wurde. Ein kleiner, unvollständiger Ausschnitt der Diskussionen ist auf den folgenden Seiten abgedruckt. Es handelt sich dabei um Essays, die von den Teilnehmenden des Seminars im Laufe des Semesters verfasst worden sind. Dabei haben wir uns bemüht, ein möglichst breites Meinungsspektrum aufzunehmen.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars für ihre aktive Teilnahme und Diskussionslust. Ein besonderer Dank geht an Andrea Theocharis und Markus Grätsch für die Mitarbeit bei der Erstellung dieses Arbeitspapiers, sowie an Prof. Dr. Klaus Segbers, der uns die Möglichkeit gegeben hat, das Seminar anzubieten und dieses Arbeitspapier zu veröffentlichen.

Simon Raiser und Björn Warkalla

Dezember 2002.

1. Heterogenität – Stärke oder Schwäche?

Die Globalisierungskritiker zwischen Legitimität und Effizienz

Die Heterogenität gehört zum Selbstverständnis der Bewegung, mindert aber ihre Schlagkraft

Von Sabine Campe

Es gibt kein Manifest, lautet der klassische Satz, der die Bewegung als ein Sammelbecken für Protestler, die sich ihrer Ziele nicht bewusst sind, abtut. Ist das Fehlen *eines* Programms wirklich Ausdruck von Unorganisiertheit im besten und völliger Orientierungs- und Ideenlosigkeit im schlechtesten Falle? Oder ist die Heterogenität eher als Stärke einer Bewegung zu verstehen, die die Interessen derer vertreten will, die nicht zum Kreis der etablierten Akteure gehören?

Als Stärke kann die Heterogenität gewertet werden, wenn sie eine hohe Legitimität und Effektivität fördert, wenn sie zur Identitätsfindung der Bewegung beiträgt und wenn sie den Diskurs über die Steuerung von Globalisierungsprozessen fördert.

Eine Bewegung ist stark, wenn sie über eine hohe Legitimität verfügt. Alle Strömungen in der globalisierungskritischen Bewegungen behaupten, die Interessen jener zu vertreten, die in der gegenwärtigen Gestaltung der Globalisierung nicht ausreichend bedacht werden. Hierin sieht die Bewegung die Legitimität ihres Handelns begründet. Ist die Breite des angesprochenen Themenspektrums der Legitimität nun zu- oder abträglich? Im Hinblick auf die Outputseite der Legitimität scheint sie ein Vorteil zu sein. Je mehr solche Interessen, die durch das Sieb der Interessenaggregation auf nationalstaatlicher und intergouvernementaler Ebene fallen, auf die Agenden gesetzt werden, desto wertvoller erscheint die Arbeit der Advokaten der „Globalisierungsoffer“. Und je vielfältiger die Bewegung, desto größer das von ihr abgedeckte Themenspektrum. Heterogenität kann hier also als Stärke begriffen werden.

Struktur schafft Transparenz

Auf der Inputseite ist dies nicht so leicht zu entscheiden. Wer bestimmt, wer welche Interessen hat? Welche Interessen gibt es überhaupt? Wie transparent sind diesbezügliche Entscheidungen? Transparenz als Voraussetzung für (demokratische) Kontrolle kann hier als Indikator gelten: Unübersichtlichkeit verringert die Transparenz. Hinzu kommt, dass die Organisationsstrukturen der einzelnen Akteure sehr unterschiedlich sind. Das Spektrum reicht von losen Netzwerken über soziale Bewegungen bis hin zu Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Transparenz steigt jedoch mit steigendem Formalisierungsgrad, da Entscheidungsprozesse leichter nachvollziehbar sind, wenn es klare und formale Strukturen gibt. So scheint die Heterogenität in Hinblick auf die Inputlegitimation ein Nachteil, oder zumindest kein Vorteil zu sein.

Die Bewegung der Globalisierungskritiker will Veränderung. Effektivität des Handelns ist deshalb eine Stärke. Es stellt sich die Frage, ob die Heterogenität der Bewegung zu einer effektiveren Interessenvertretung beiträgt. Wie kann die Bewegung ihre Ziele am besten erreichen? Will man etwas verändern, muss man sich zunächst Gehör verschaffen. Dies geschah etwa durch die Massenproteste in Seattle, aber auch durch die Gründung des Attac-Netzwerkes. Attac versteht sich als Mischung aus Netzwerk, NGO und Bewegung und vertritt einen Pluralismus der Weltanschauungen. Trotz der Ablehnung der Funktion einer Dachorganisation hat Attac die Sichtbarkeit der Bewegung ungemein erhöht und sie „greifbarer“ gemacht. Durch ein klareres Akteursprofil können politische Prozesse besser beeinflusst werden. Wenn ein wirkliches Interesse an mittelfristigen – d.h. das System nicht grundsätzlich in Frage stellenden - Veränderungen besteht, müssen Interessen so artikuliert und vertreten werden, dass sie auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Bleiben Interessen vage und nicht zuordenbar, werden sie nicht so stark wahrgenommen. Auch wenn die diffuse Organisationsstruktur ad hoc Aktionen und Kampagnen erleichtert, macht Heterogenität die Bewegung weniger sichtbar und stellt somit eine Schwäche dar.

Sprachrohr marginalisierter Akteure

Die Heterogenität ist ein identitätsstiftendes Merkmal der Bewegung. Als Teil der Selbstbeschreibung trägt sie direkt dazu bei, die Bewegung zu festigen. Der von der Bewegung provozierte Diskurs ist um Inklusivität bemüht. Auch Argumenten, die in etablierten Entscheidungsgremien keinen Platz finden, soll Raum gegeben werden. Nicht umsonst wurde in Porto Alegre ein gemeinsames Manifest verhindert. Da sich viele Ziele der Bewegung gegen die etablierten Strukturen selbst richten, soll der Widerstand in einer möglichst diffusen Organisationsstruktur formiert werden. Auch wenn die Logik der Entwicklung von sozialen Bewegungen nach Dieter Rucht dem widerspricht, scheint die Heterogenität zur Zeit also der Identitätsfindung zuträglich zu sein. Für die Bewegung selbst - nicht für ihre Außenwirkung - scheint die Form die richtige zu sein. Während offen bleiben muss, ob die gegenwärtige Heterogenität auf die Unfähigkeit der Bewegung, sich zu organisieren, zurück zu führen ist, wird jedoch klar, dass es den Willen hierzu offensichtlich nicht gibt.

Die Heterogenität der globalisierungskritischen Bewegung ist sowohl Ausdruck von Stärke als auch von Schwäche. Der Diskurs, den die Bewegung entfacht hat, ist durch Heterogenität geprägt. Dies ist so gewollt, da die Bewegung sich als Sprachrohr von marginalisierten Akteuren und Inhalten versteht. Auf funktionaler Ebene stellt die Heterogenität jedoch eher einen Nachteil dar. Während in Fragen der Legitimation keine starken Aussagen möglich sind, könnte die Effektivität der Bewegung durch einen höheren Organisationsgrad gesteigert werden. Da die Bewegung noch sehr jung ist, scheint ihre Heterogenität mittelfristig ein Vorteil zu sein. Langfristig kann sie jedoch einen Nachteil darstellen, der die Wirkung der Globalisierungskritik einschränkt.

Die Stärke liegt in der Auseinandersetzung

Vielfalt erweitert das Weltbild – und ist Teil einer besseren Welt

Von Katja Fritsche

Die globalisierungskritische Bewegung beherbergt viele verschiedene Strömungen und Gruppierungen mit einer erstaunlichen Bandbreite an politischen Entwürfen. Dazu gehören

beispielsweise reformorientierte NGOs ebenso wie autoritäre sozialistische und kommunistische Gruppen, aber auch autonome Strömungen. Gleichzeitig fällt an vielen globalisierungskritischen Texten auf, dass bei manchen Gruppen die Tendenz besteht, Gemeinsamkeiten zu sehen, die einer genaueren Betrachtung nicht standhalten. Hierzu zählt die Forderung nach einer Abschaffung des Kapitalismus, aber auch schon die Abschaffung der WTO ist nicht konsensfähig. Gleiches gilt für die Forderung nach offenen Grenzen und die Frage nach den legitimen Aktionsformen. So ist und bleibt die Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Bekräftigung und Umsetzung von politischen Zielen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung äußerst umstritten.

Als gemeinsamer Nenner und in Abgrenzung zu rechten GlobalisierungskritikerInnen lassen sich daher nur recht abstrakt gehaltene Ziele formulieren, so das Ziel eines freien und selbstbestimmten Individuums, das sozial gleichberechtigt ist und sich im Austausch mit anderen Individuen und Lebensformen befindet. Ein weiteres Element des Selbstverständnisses und der gemeinsamen Identität der Bewegung ist der außerparlamentarische Charakter des Protests. Dennoch ist der häufig geäußerte Vorwurf an die globalisierungskritische Bewegung, dass ihr Zusammenhalt lediglich auf einem diffusen Unbehagen gegenüber einem nicht näher definierten Neoliberalismus beruht, nicht zutreffend. Diese Kritiker lassen außer Acht, dass viele der betreffenden Gruppen bereits politisch aktiv waren und ihre eigenen, auch konkreten Ziele definiert und verfolgt haben, bevor sie der internationalen Globalisierungskritik zugerechnet wurden.

Diffuses Bild

Ein Mangel an gemeinsamer Identität kann auf den ersten Blick für keine politische Bewegung förderlich sein, da auf längere Sicht der Zerfall droht und sie außerdem kein geschlossenes Bild nach außen vermitteln kann. Somit hat sie es auch schwerer als klar definierte Gruppen, ihre Ansätze und Ziele der Öffentlichkeit verständlich zu machen, für die sich in diesem Fall - wohl auch zu Recht - ein eher etwas diffuses Bild der Bewegung ergibt. Ein Zerfall oder die Spaltung der Bewegung ist aber nicht zwangsläufig, da die verschiedenen Gruppen, aus denen die Bewegung besteht, sich darauf eingelassen haben, sich trotz ihrer Differenzen mit den anderen zu vernetzen. Zudem würden selbst bei einem Zerfall der gemeinsamen Bewegungsstrukturen die vorherigen Einzelgruppen erhalten bleiben, sodass dies nicht das Ende der Globalisierungskritik wäre.

Für die Vermittelbarkeit der Ziele in der Öffentlichkeit, auf die die meisten Teile der Bewegung durchaus Wert legen, kann die Heterogenität aber auch vorteilhaft sein. So kann ein breiter politischer Ansatz zur öffentlichkeitswirksamen Vermittlung von Kritik an den bestehenden Verhältnissen dienen, denn die Präsentation als große gemeinsame Bewegung erhöht ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Außerdem macht das große Angebot an Erklärungsansätzen und Aktionsformen es leichter, einen theoretischen Zugang zu finden und sich zu beteiligen.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die breite und weit reichende Vernetzung einen Austausch zwischen Gruppen ermöglicht, der sonst nicht stattfinden würde. Durch die Vorbereitung und Koordination von gemeinsamen gruppenübergreifenden Aktionen, teilweise über nationalstaatliche und politische Grenzen hinweg, werden die Akteure mit anderen Ansätzen und Erfahrungen konfrontiert. Hieraus ergibt sich eine Chance zur verstärkten Auseinandersetzung mit und Hinterfragung der eigenen Position. Neben der Erweiterung des eigenen Blickwinkels und dem Aufbrechen eingefahrener Denkansätze kann eine bessere Vermittelbarkeit der eigenen Positionen in der Öffentlichkeit die Folge sein.

Das Zusammenkommen unterschiedlichster politischer Gruppen bringt jedoch nicht nur die Auseinandersetzung über verschiedene Politikansätze mit sich, sondern beinhaltet auch ein Aufeinandertreffen verschiedenster Aktionsformen. Durch dieses breite Spektrum an Aktionsformen wird ein flexibles und situationsentsprechendes Reagieren bei konkreten Anlässen, wie z.B. den Gipfelprotesten möglich. Allerdings verbirgt sich hier die Gefahr der Schwächung der Bewegung durch eine Spaltung anhand der Frage nach der Legitimität des Einsatzes von Gewalt, bzw. wo diese anfängt.

Insgesamt denke ich, dass die Heterogenität der globalisierungskritischen Bewegung eher eine Stärke als eine Schwäche darstellt. Die angestrebte Gesellschaftsform, wie immer sie aussehen würde, sollte im Sinne fast aller an der Bewegung teilhabenden Gruppen von individueller Entscheidungsfreiheit und Vielfalt geprägt sein, so dass auch im Vorfeld eine gewisse Heterogenität nötig ist, um dieser Vielfalt an Ideen und Lebensentwürfen gerecht zu werden. Selbst bei einer Beschränkung auf Reformen am kapitalistischen System ist es wichtig, dass die angestrebten Veränderungen in weltweitem Einvernehmen stattfinden. Die an der globalisierungskritischen Bewegung beteiligten Gruppen kommen aus allen Teilen der Welt und bringen somit die verschiedensten Interpretationen und Welt-Sichten mit. Diese gilt es zu respektieren; die Marginalisierung einzelner Bewegungsteile und ihrer Ansätze würde wiederum ein Machtverhältnis innerhalb der Bewegung bedeuten.

Letzten Endes finde ich es relativ einleuchtend, dass sich gesellschaftliche Entwürfe schlecht in klar aufeinander folgenden Schritten theoretisch entwerfen lassen. Statt dessen wäre es wohl erfolgsversprechender, wenn auch weitaus langwieriger, wenn die durchgeführten Veränderungen in ihren Auswirkungen jeweils anhand der Realität überprüft würden, um anschließend gemeinsam die weiteren Schritte zu beschließen. Auch für diese Vorgehensweise ist eine breite Bewegung von Vorteil, da nur durch Einbeziehung aller weltweit in der globalisierungskritischen Bewegung agierenden Gruppen die Auswirkungen der angestrebten Veränderungen in ihrer ganzen Komplexität sichtbar würden. Ob eine Einigung über die Beschaffenheit dieser jeweiligen Schritte bei der Heterogenität der Ansätze und Weltanschauungen möglich sein wird, entscheidet letztlich darüber, ob das Projekt eine Zukunft hat.

Heterogene Homogenität

Die Globalisierungskritiker sind ein neuer Typ Bewegung – wenn sie sich dessen bewusst werden.

Von Daniel von Fromberg

Die globalisierungskritische Bewegung gibt ihren Betrachtern – Journalisten, Wissenschaftlern, Kritikern wie auch ihren Mitgliedern – Rätsel auf. Einerseits scheint sie die empirische Bestätigung des Negri/Hardt'schen Diktums von der *multitude*, also einer Vielheit der Bewegungen zu sein, die sich jenseits hergebrachter identitärer Konzeptionen eines Proletariats durch eine Identität der Nicht-Identitäten auszeichnet. Gerade diese Heterogenität, so scheint es, versetzt die Bewegung überhaupt erst in die Lage, auf die diversifizierten Entwicklungen im postmodernen Kapitalismus einzugehen, auf sie praktisch zu antworten.

Andererseits weist diese Multiversalität der Bewegung ihre immanenten Grenzen auf. Erst wenn sie sich ihrer selbst bewusst geworden ist, so jedenfalls lauten die Kritiken v.a. aus

dem linken Spektrum, sich also einen „kritisch-kohärenten“ Begriff (Gramsci) von sich selbst als politisch-sozialem, kollektiven Akteur gemacht hat, wird eine wirkliche, organische Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Bewegungsglieder, jenseits postmoderner Beliebigkeitsvereine, überhaupt erst denkbar. Ohne eine solche Kohärenz der Bewegung, verstanden als praktischer, selbstreflexiver, kollektiver und interdependenter Handlungszusammenhang bleibt die systemüberwindende Kraft der GlobalisierungskritikerInnen möglicherweise, mangels theoretisch-praktischer Homogenität v.a. in politischen Konfliktsituationen auf der Strecke.

Der von Negri und Hardt in *Empire* entwickelte Begriff der Vielheit verabschiedet sich von historisch überholten Proletariatsvorstellungen als einer einheitlichen Klasse, die - seit Marx zum progressiven Träger des geschichtlichen Prozesses auserkoren - nur mittels eines einheitlichen Klassenbewusstseins und einer entsprechend einheitlichen politischen Praxis in der Lage sein wird, die Revolution und damit die Aufhebung aller Klassenherrschaft herbeizuführen. Schon zu Hochzeiten der Arbeiterbewegung war diese Konzeption umstritten und waren die damit verbundenen Probleme offenbar; Georg Lukács und Antonio Gramsci haben schon in den 20er Jahren versucht, dieses Dilemma theoretisch zu lösen. Ebenso geht der Begriff der Vielheit über den einer „Neuen Sozialen Bewegung“, wie ihn die Bewegungsforschung der 70er und 80er Jahre noch weitestgehend hatte, hinaus. Die Globalisierungskritiker sind keine soziale Bewegung im klassischen Sinne, sondern die „Bewegung der Bewegungen“. Damit stellen sie eine qualitative Überschreitung der traditionellen Kategorien der Bewegungsforschung dar.

Keine gemeinsame Linie

Meine Betrachtungen in diesem Zusammenhang gehen dahin, dass der herkömmlichen Kritik sozialer Bewegungen angesichts der heterogenen Globalisierungskritiker die analytischen Kategorien in dem Maße verlustig gehen, wie diese Analysen sich auf Politikformen beziehen, die mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse hin zur „Netzwerkgesellschaft“ (Manuel Castells) möglicherweise überholt sind. Einen kritischen Begriff der globalisierungskritische Bewegung, also auch eine Einschätzung ihrer Stärken und Schwächen, gilt es angesichts dieser neuen Prämisse also erst zu entwickeln.

Verwende ich den Begriff der Vielheit in diesem Zusammenhang, so meine ich damit die diversen, heterogenen Formen politischer Artikulation von Protest gegen die bestehenden Verhältnisse im Zustand ihrer grundlegenden Veränderung, namentlich des möglichen Überganges von einer Produktionsweise (Fordismus) in die nächste (Postfordismus / informationeller Kapitalismus / Netzwerk). Im Zuge dieser Veränderung der materiellen Verhältnisse verändert sich auch die Art und Weise politischer Praxis. Das Besondere an der Vielheit (der globalisierungskritischen Bewegung) ist dabei ihr netzwerkartiger Charakter. Dieser ermöglicht es überhaupt erst, die von mir formulierte „Identität der Nicht-Identitäten“, also eine Form einer heterogenen Homogenität herzustellen. Diese befähigt die Bewegung – zum ersten Mal in der Geschichte von Protestbewegungen – als ein kollektiver politischer Handlungszusammenhang aufzutreten und praktisch zu werden, ohne sich vorher auf eine gemeinsame ideologische „Linie“ o.ä. verständigen zu müssen.

In diesem Sinne ist die netzwerkartige Organisationsform als entscheidender historischer Fortschritt zu begreifen, der völlig neue Handlungszusammenhänge denkbar und möglich macht und die Bewegung organisatorisch auf das „Niveau der Geschichte“, also den Stand der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung, hebt. Formal ist die globalisierungskritische Bewegung dadurch in der Lage, auf die völlig unterschiedlichen Probleme und Krisen des globalen Kapitalismus thematisch einzugehen und Aktionsformen und Gegenstrategien auf

breiter, transnationaler und multiethnischer Basis zu entwickeln. Dies ist ein qualitativer Fortschritt gegenüber anderen Bewegungen und ist als Stärke zu werten.

Ob sich die Bewegung tatsächlich im Sinne einer so verstandene multitude, einer positiven Heterogenität entwickelt, hängt aber davon ab, ob und inwiefern die Bewegung sich einen kritischen Begriff von sich selbst macht. Deshalb ist in bezug auf die Analyse der netzwerkartigen Organisationsformen zweierlei zu beachten:

Ein Netzwerk ist zunächst eine funktionale Kategorie, d.h. es ist bestimmt durch seine Funktionalität und nicht etwa durch politische oder soziale Inhalte. Dieser Funktionalismus ermöglicht zwar eine weitgehend „ideologiefreie“ politische Praxis, bzw. eine multitude diverser politischer Praxen, die durchaus im Widerspruch zueinander stehen können, der aber aufgrund des rein funktionalen Charakters des Netzwerks nicht aufbricht. Das Netzwerk ermöglicht so ein von seinen TeilnehmerInnen als „undogmatisch“ geschätztes Nebeneinander verschiedenster Politikentwürfe, seien sie noch so widersprüchlich; das ist - zunächst - seine Stärke. Es gilt nun, die Grenzen dieses Funktionalismus aufzuzeigen und im Zuge dieser Kritik, den Begriff des Netzwerks zu füllen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es gerade die funktionalistische Netzwerkstruktur, die die Heterogenität begünstigt, wie wir sie bei der globalisierungskritische Bewegung beobachten können. Diese Form der politischen Organisation und Praxis benötigt dringend ein Konzept von Demokratie, Öffentlichkeit und wirklicher Gemeinsamkeit jenseits abstrakter Floskeln und pluraler Beliebigkeit. Das Netzwerk als solches ist bis zum jetzigen Zeitpunkt bloße Form und daher vor reaktionären Instrumentalisierungen nicht gefeit. Ohne eine Kritik des Netzwerkes kommt die Bewegung über ihre eigene Beschränktheit und tendenzielle Beliebigkeit nicht hinaus; auf Dauer könnte so die Stärke der globalisierungskritische Bewegung in ihre größte Schwäche umschlagen.

Es kommt ferner darauf an, ob sich innerhalb des Netzwerkes - im Zuge der praktischen Aneignung der Form durch die Subjekte - eine wirkliche, d.h. praktische Aufhebung des Widerspruchs von Homogenität und Heterogenität einstellt. Es ist im Moment des rein funktional bestimmten Netzwerkbegriffes nicht klar, ob sich in dessen Rahmen ein Bündnis, das die Mittel-Zweck-Verkehrung innerhalb dieses politischen Zusammenhangs dialektisch aufzuheben vermag, bilden kann. Dass sich ein solches Bündnis aber bilden muss, um den Netzwerkbegriff zu füllen und so lebbar zu machen, mehr noch: um ihn politisch nutzbar zu machen im Sinne einer systemüberwindenden Perspektive, ist jedoch unabdingbar.

Kollektiver Klärungsprozess

In der Gesamtbetrachtung der globalisierungskritische Bewegung als einer qualitativ neuen Form politischer Praxis, in der sich die Frage nach Heterogenität und Homogenität im herkömmlichen Sinne möglicherweise nicht mehr stellt, gelten diese beiden Kritikmomente besonders. Die Bewegung kann nur dann ihre in ihrer Heterogenität begründeten Stärken zu progressiven, reproduzierbaren Momenten politischer Praxis umwandeln, wenn sie sich einen kritischen Begriff von sich selbst als Bewegung macht, der eine "Einheit der Vielheit", also eine kritisch-kohärenten Aufhebung des postmodernen Nebeneinanderhens zugunsten einer praktisch-kritischen Selbstbewußtwerdung der Bewegung erst möglich macht. Dies bedeutet u.a. die Rationalisierung ihrer Heterogenität, würde jedoch eine kollektive Klärung der theoretischen Prämissen beinhalten, ein Prozess, den viele Mitglieder der Bewegung – vielleicht aufgrund negativer Erfahrungen – bislang zu vermeiden suchen. Ohne diese Klärung bleibt jedoch immer die Gefahr der Beliebigkeit, des hohlen Abstumpfens oder sogar des reaktionären Umschwungs. Die Frage nach Stärke oder Schwäche der globalisierungskritische Bewegung wird sich v.a. in der politischen Praxis beantworten und zwar in dem Maße, wie sie in der Lage ist, die widersprüchliche Identität der Nicht-Identitäten nicht nur

auszuhalten, sondern praktisch aufzuheben, also eine synthetische heterogene Homogenität herzustellen.

Von Ketzer*innen und Rechtgläubigen

Die Gesellschaft hat die Kritiker, die sie verdient.

Von Johanna Jäger

„Meister“, sagte ich zögernd, „mir schwindet der Kopf, ich finde mich nicht mehr zurecht.“
„Inwiefern, lieber Adson?“
„Vor allem im Hinblick auf die Unterschiede zwischen den Ketzergruppen“¹¹

Die Frage nach der Vielfalt einer Bewegung ist wahrscheinlich so alt wie die Geschichte der sozialen Bewegungen. Die Frage jedoch, ob die Heterogenität als Stärke oder Schwäche gewertet werden sollte, geht über eine rein strategische hinaus. Sie wirft einen – wie sich zeigen wird nicht nur positiven – Blick zurück auf die Fragenden, die eine größere Homogenität einfordern.

„Wenn man von den Ketzer*innen spricht...“

Die Stärke einer Bewegung bemisst sich nach ihrer Macht, Gesellschaft zu verändern und die von ihr gesetzten Ziele umzusetzen. Um diese Macht zu beurteilen, kann entweder der gesellschaftsverändernde Anspruch der Bewegung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Beziehung gesetzt und eine Einschätzung versucht werden, ob ein Wandel in diese Richtung realistisch erscheint, oder es kann im Nachhinein überprüft werden, welche der von ihr zu Beginn proklamierten Ziele tatsächlich verwirklicht wurden.

Beide Vorgehensweisen machen für die globalisierungskritische Bewegung, wie sie sich uns momentan präsentiert, keinen Sinn. Die erstgenannte Möglichkeit käme einer einfachen Strategiediskussion gleich, die Bewegung soll sie selbst führen, gerne anhand der nachfolgenden Überlegungen. Die Voraussagen können sich sowieso erst im Nachhinein als gültig erweisen. Die zweite Betrachtungsweise ist hinfällig, wenn keine eindeutigen oder zu viele Ziele bekannt sind. Dementsprechend müsste festgelegt werden, welcher Teil der globalisierungskritischen Bewegung als repräsentativ für die ganze Bewegung anerkannt wird und welcher nicht.

Um einer Antwort auf die Frage näher zu kommen, gehe ich von folgenden Annahmen aus: 1. formales Ziel dieser Bewegung ist es, möglichst viele Menschen von ihren Zielen zu überzeugen; 2. die Mitte der Gesellschaft stellt per se die Mehrheit dar,¹² also eine „Herde [...] wie eine Reihe konzentrischer Kreise, von den inneren Zirkeln über die nahe Peripherie bis zu den fernsten Außenringen“. Um diese Mitte siedeln sich die verschiedenen Gruppen an,

¹¹ Alle kursiven Zitate stammen aus dem Kapitel *Dritter Tag • Nona* (S. 248-267) des Buches „Der Name der Rose“ von Umberto Eco, welches ich an dieser Stelle nachdrücklich für das literarische Verständnis vieler sozialer Bewegungen empfehlen möchte. Im genannten Kapitel werden ketzerische Bewegungen behandelt.

¹² In diesem Aufsatz spreche ich hauptsächlich von Bewegung und Gesellschaft in Deutschland vergleichbaren nord-westlichen Industriestaaten.

die mit verschiedenen Lösungsvorschlägen das Ziel verfolgen, die Gesellschaft in eine andere Richtung als die momentan eingeschlagene zu bewegen.¹³

Vom Rand zur Mitte hin sind folglich zunehmend mehr Anhänger/innen zu finden. Inhaltlich bedeutet dies, dass die weitergehenderen bzw. extremeren Forderungen tendenziell weniger Gefolge finden, hingegen die weniger weitgehenden Forderungen auf größere Anhängerschaft zählen können und damit gleichzeitig eine größere Chance auf Umsetzung haben. Während allerdings die Mehrheit von der Mitte her kommt, kommt die inhaltliche Stoßrichtung, die Motivation, vom Rand – denn wer mit der „Mitte“ zufrieden ist, braucht weder Reformen noch Revolutionen, nimmt aber eventuell „Anregungen“ auf. Das ganze Spektrum zwischen „Mitte“ und „Rand“ darf also von der globalisierungskritischen Bewegung nicht vernachlässigt werden. Die Menschen am „Rand“ sind wichtig und notwendig, weil es sich bei ihnen um potentielle Anhänger/innen mit Ideen und Antrieb handelt, die in der „Mitte“ sind wichtig, weil sie die Mehrheit stellen.

Diese Tatsache erschwert allerdings die Bewertung des Erfolgs der Bewegung im Nachhinein, denn der Erfolg fragt ja danach, welche der anfangs verkündeten Ziele erreicht wurden. Wenn nun aber auf dem ganzen Spektrum von außen bis hin zur Mitte unterschiedliche Ziele verkündet wurden, hängt das Ergebnis davon ab, welchem Teil der Bewegung man recht oder unrecht geben will bzw. wessen Ziele man als Maßstab nimmt. Das Beispiel der Achtundsechziger zeigt, dass die Bewegung stichhaltig sowohl als durchaus erfolgreich ebenso wie als total gescheitert bewertet werden kann – je nachdem, ob man in den Mittelpunkt stellt, dass die nachfolgende Generation nur in selbst gewählten Leistungskursen statt eines festgelegten Fächerkanons geprüft wurde, oder, dass die bürgerliche Kleinfamilie immer noch die Reproduktionszelle des ebenso bürgerlichen Staates ist.

„...meint man sie immer alle gemeinsam“

Die Bewertung des Erfolges einer Bewegung muss also für jede zielsetzende Gruppe und/oder durch diese selbst vorgenommen werden, ansonsten läuft sie Gefahr, sich ihre Ziele von außen aufdrängen zu lassen und zu *„Spielsteine[n] in einem Spiel [zu werden], bei dem es meist nicht um Fragen des Glaubens geht, sondern um Fragen der Macht.“*

Problematisch wird dies zusätzlich – und das wird der globalisierungskritischen Bewegung ja auch immer wieder vorgeworfen – wenn in derselben Bewegung Widersprüche in der Zielsetzung oder in der Strategie auftauchen. Für alle gesellschaftlichen Bewegungen ist es wichtig, dass sie als Ganzes wahrgenommen werden, denn nur dann kann die notwendige Größe einer kritischen Masse erreicht werden, und sei es nur für die kleinsten, d.h. die „mittigsten“ Ziele. Allerdings, und hier liegt der Balanceakt, muss – gerade gegenüber der Mitte, aus der ja auch ‚der politische Gegner‘ seine Anhängerschaft rekrutiert – vorsichtig gehandelt werden, damit die *„[gefühlte] Wahrheit, die vielleicht wahrer ist als die Wahrheit der Theologen, [...nicht...] in unbedachten Aktionen [vergeudet]“* wird, denn wenn *„die Sektierer einer bestimmten Bewegung irgendwo ein Verbrechen begangen haben, wird dieses Verbrechen sofort den Sektierern aller Bewegungen zugeschrieben.“*

Die Bewegung, was oder wer immer das sei, sollte deswegen zwar eine Spaltung tunlichst vermeiden, sich aber gleichzeitig die Definitionsmacht über ihre Ziele und Strategien als gesamte Bewegung nicht aus der Hand nehmen lassen: *„wie die Arten und Ausuferungen der Ketzerei und der diversen Reformbewegungen sich vervielfachen und ineinanderfließen, wenn der Strom die Dämme durchbricht [...] und es ist gut für den Strom, einen Teil seines*

¹³ Ich will nicht die Begriffe von links und rechts benutzen, es ist fraglich, wie sinnvoll es überhaupt ist, diese Zuordnungen in Bezug auf die Globalisierung noch zu verwenden.

Wassers zu verlieren, wenn er seine Grundrichtung beibehalten, wenn er einen erkennbaren Verlauf haben will.“

Die Schwäche der Gesellschaft ... kann die Stärke der Bewegung sein!

Und so tut die Bewegung gut daran, die eingangs gestellte Frage auf diejenigen zurückfallen zu lassen, die sie stellen: Was ist das für eine Gesellschaft, die sich einerseits demokratisch und pluralistisch sehen will, andererseits eine Bewegung daran messen will, wie einheitlich sie ist? Sogar die Grünen wurden – aller sonstigen Kritik zum Trotz – gelobt, als sie bei der mit der Entscheidung über den Kriegseinsatz in Afghanistan gekoppelten Vertrauensfrage als einzige parlamentarische Kraft laut darüber nachdachten, dass der Konflikt inhärente Widersprüche in sich trägt, die weder die eine noch die andere Lösung völlig überzeugend und widerspruchsfrei erscheinen ließ. Widersprüchliche Probleme ziehen meist vielfältige und widersprüchliche Antworten nach sich. Das liegt in der Natur der Sache. Dies sichtbar zu machen, sollte eindeutig als Stärke gewertet werden. Wie kann denn die Gesellschaft sinnvollerweise verlangen, dass komplexe Probleme einfach und einheitlich gelöst werden? Immerhin ist der Versuch erkennbar, die Probleme überhaupt anzugehen statt sie auszusitzen oder nur oberflächlich zu benennen.

Bewegungen funktionieren nicht wie Parteien. Sie müssen nicht gewählt werden, sie brauchen nur Zustimmung. Die Verantwortung des Gewähltwerdens verlangt, dass man auch im Voraus ankündigen kann, wie man vorhat, sich zu den einzelnen Fragen zu verhalten, eine Parteilinie eben. Bewegungen aber brauchen den Zulauf nicht im Voraus, blind und *à priori*, sondern von Aktion zu Aktion, von Gruppentreffen zu Diskussionsrunde, also immer wieder neu. Die Abstimmung erfolgt nicht vorab per Wahlzettel, sondern im Moment, mit den Füßen. Partei- bzw. Bewegungslinien sind eher hinderlich als förderlich, da die Heterogenität die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass ich mich der Bewegung zuordnen kann. Wenn ich um mich herum noch viele Menschen erblicke, die immerhin schon mal in dieselbe Richtung gehen, kann ich auf dieser Wegstrecke schon etwas erreichen, unabhängig davon, ob sich später die Wege teilen werden oder nicht.

Antizipation als Wirkprinzip

Es ist wichtig, die eigene Vielfalt als Stärke zu sehen, sie offensiv als Strategie mit zwei Seiten zu verkaufen: Zuerst ist sie eine Anerkennung der Tatsache, dass die Globalisierung viele Ausdrucksformen findet und womöglich mehrere Ursachen hat. Es gibt zu viele begründete Annahmen darüber, an welcher Schraube gedreht werden muss. Vielfalt kann kein Nachteil sein, gerade wenn man Vorwürfe vermeiden will, „verkürzte“ Kritik zu leisten, einseitig zu denken oder nur Eigeninteressen zu vertreten. Ein Hinweis auf die Breite der Bewegung stellt klar, dass die anderen Themen und Aspekte ebenfalls bearbeitet werden. Dies wäre von einer einheitlichen Bewegung alleine nicht zu schaffen.

Zweitens lässt sich die Strategie mit einem der mächtigsten Wirkprinzipien sozialer Bewegungen begründen, der Antizipation¹⁴: Antizipation ist die Vorwegnahme des Ziels durch die Aktion. Wenn Aktionen die erstrebten Ziele beinhalten, bringen sie sie eben bereits dadurch in die Realität: ‚Der Weg ist das Ziel‘. Nach dieser Auffassung liegen die Ziele nicht in der Zukunft, sondern sind jetzt herstellbar, weil sie sich in den Mitteln widerspiegeln. Wenn sich auch sonst die Ziele der globalisierungskritischen Bewegung nur diffus benennen lassen – die Heterogenität und Unterschiedlichkeit der Menschen und Meinungen zu betonen und sie gleichzeitig wieder in die politische Realität zurückzuholen, kann nur als Stärke gewertet werden.

¹⁴ Diesen Gedanken verdanke ich Milan aus Freiburg.

Institutionen statt Beliebigkeit

Die Strukturlosigkeit gefährdet Erfolg und freiheitliche Ausrichtung der Bewegung

Von Tia Mboeik

Für viele Gruppen und Einzelpersonen liegt die Attraktivität der globalisierungskritischen Bewegung besonders in ihrer Vielfalt. Bewegt werden sie von der Überzeugung, dass eine „Globalisierung von unten“ möglich ist, welche für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Solidarität eintritt. Der „Internationalismus“ gewinnt dadurch eine neue Bedeutung. Im Unterschied zu der früher offensichtlichen Dominanz bestimmter Länderinteressen haben Mitglieder der globalisierungskritischen Bewegung nun die Freiheit, für ihre jeweilige Politik selbst verantwortlich zu sein. Dazu Barbara Unmüßig, ehemals Weed e.V. und mittlerweile Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung: „Sie [die Mitglieder von Attac-international] müssen die nach wie vor bestehenden Unterschiede in ihren Ländern berücksichtigen, aber die Internationalität gibt Attac von vorneherein ein Profil und eine Identität“.

Gegen Dogmatismus

Der Erfolg der Bewegung wird auch dadurch begünstigt, dass sie nicht dogmatisch ist. Das heißt, die Globalisierungskritiker können religiöse Motive haben oder Atheismus, Humanismus, Marxismus oder anderen Philosophien anhängen. Einig sind sie in ihrer deutlichen Ablehnung von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Frauenfeindlichkeit und verwandten Ideologien, wobei jedoch ihre Auffassungen, was darunter jeweils zu verstehen ist, unterschiedlich ausfallen können. Gleichmaßen funktioniert die Parole der „Achtung der Würde aller Menschen“ (PGA), in der sich viele Menschen wiederfinden können.

Die undogmatische Haltung der Bewegung beinhaltet eine Offenheit für neue Themen. Dies lässt sich zum Beispiel erkennen an der Entwicklung von Attac von der „Ein-Punkt-Bewegung“ (Einführung der Tobinsteuer) zu einem umfassenden Katalog konkreter Forderungen, die sich auf die ökonomischen Dimension der Globalisierung wie auf Finanzmärkte, das Welthandelssystem und die Aktivitäten transnationaler Unternehmen konzentrieren. All dies hat insofern einen positiven Effekt, als dadurch ein stärkerer Druck durch Massenmobilisierung ermöglicht wird. Hierbei gilt: Je größer die Bewegung, desto größer der Druck, den sie entfalten kann.

Die globalisierungskritische Bewegung als Sammelsurium von heterogenen Einzelbewegungen, Gruppen und Netzwerken weist jedoch auch Nachteile auf. Oft sieht man widersprüchliche Meinungen unkommentiert nebeneinander stehen. So befinden sich unter den Protestierenden in Seattle Befürworter sowohl der Abschaffung als auch der Reformierung internationaler Wirtschaftsinstitutionen wie WTO und IWF. Während einerseits Gruppen wie PGA für eine deutliche Ablehnung aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die ihrer Ansicht nach eine zerstörerische Globalisierung verfolgen, eintreten, wollen Gruppen wie Attac das Welthandelssystem reformieren. Sie fordern die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte mittels Demokratie sowie umweltgerechtes Handeln.

Die sich daraus ergebende Ambivalenz des Selbstverständnisses birgt die Gefahr seiner Überlagerung durch revolutionäre ideologische Ideen zu Lasten einer Programmatik und Praxis, die von Freiheit und Selbstbestimmung geprägt ist. Die organisatorische Offenheit der Bewegung weist eine hohe Anfälligkeit für Strömungen auf, die den pluralistischen Ansatz der Bewegung untergraben. Meiner Meinung nach wird diese Gefahr etwa von denen unterschätzt, die davon ausgehen, dass die revolutionäre Leidenschaft von sozialistischer bis anarchistischer Färbung nur eine unbedeutende Minderheit inspiriert, es für unwahrscheinlich halten, dass sich außer einigen Nostalgikern heutzutage tatsächlich noch jemand für Ideologien aus dem letzten Jahrhundert begeistern kann. Ein Beispiel für die „Gespenster aus alten Tagen“ stellt die Grundsatzerklärung der PGA¹⁵ dar, in der eine „sehr deutliche Ablehnung des Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus“ gefordert wird.

Informelle Elitenbildung

Gerade die Uneinigkeit über die Haltung zum Staat, der Demokratie und ihren Institutionen lässt sich als Indiz für das Fortbestehen solcher Ideen deuten. Die unterschiedlichen Auffassungen zu Staat und Demokratie sind dabei besonders geeignet, in der Zukunft zu einer Spaltung der Bewegung zu führen. Es ist daher wichtig, dass die Globalisierungskritiker bei ihrem Versuch, konstruktive Lösungsansätze vorzubringen, ein gewisses Gleichgewicht zwischen Radikalismus und Kompromissbereitschaft bewahren können. Die Gefahr der Spaltung entsteht aber dann, wenn der Versuch unternommen wird, sich auf konkrete Ziele und Strategien zu konzentrieren, weil dadurch die Unterschiede zwischen den Gruppierungen erst deutlich sichtbar werden.

Die Abwesenheit klarer Organisationsstrukturen führt notwendigerweise zu informeller Elitenbildung und Monopolisierung. Dagegen helfen auch Grundsatzklärungen wie die der PGA nicht, in der „eine dezentrale und autonome Organisationsphilosophie“ gefordert wird. Aber auch Beschreibungen wie die folgende von Barbara Unmüßig über Attac können nicht ganz befriedigen: „Eine Zentrale gibt es nicht. So entsteht ein Akteur, der in seiner Vielfalt doch auch über gemeinsame Handlungsfähigkeit auf internationalem Terrain verfügt“. Wichtige Fragen wie die nach der Transparenz der Entscheidungsprozesse bleiben dadurch unberührt.

In den meisten Fällen kann die Heterogenität der Bewegung die Koordinationsschwierigkeiten noch verstärken, die aufgrund der Größe ohnehin schon gegeben sind. Die Organisationen oder Bewegungen selbst scheinen durch den großen Andrang neuer Mitglieder, die aus einem heterogenen sozialen Umfeld kommen, überfordert zu sein. Selbst die inzwischen sehr fortgeschrittene Kommunikationstechnologie, die ferne Orte vernetzen und kulturelle Unterschiede überwinden zu können scheint, vermittelt nur die bestehenden Unterschiede.

Heterogenität ist langfristig eine Schwäche

Als eine soziale Bewegung ist die globalisierungskritische Bewegung eine Negativkoalition, da die Gruppen sich nur einig sind, über das, was sie nicht möchten. Der gemeinsame Feind stellt den größten Einigungsfaktor dar. Da sich das Programm auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken muss, sind die Gruppen dazu gezwungen, auf vieles zu verzichten.

Hinsichtlich der oben erwähnten Faktoren kann man sagen, dass die Heterogenität der Globalisierungskritiker nur kurzfristig als eine Stärke gesehen werden kann, insbesondere dort, wo sie sich auf Eilaktionen und Massenmobilisierungen beschränken. Langfristig kann sie

¹⁵ <http://www.agp.org>.

sich jedoch als eine Schwäche erweisen, da ein stärkerer Druck durch Massenmobilisierung nur effektiv umgesetzt werden kann vermittelt gut durchdachter Strategien und zielgerichteter Forderungen. Diese müssen sich aus einer kontinuierlichen, offenen und regulierten Diskussion ergeben. Es wäre aus diesem Grund auch sinnvoll, über die Vorteile von Institutionen nicht hinwegzusehen. Nur durch Zusammenarbeit kann ein verstärkter Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt werden. Dabei muss der Wunsch nach hoher Kompromissbereitschaft und Konsensfähigkeit nicht unbedingt auf Kosten einer kritischen Öffentlichkeit gehen, in der allein die soziale Bewegung verankert sein kann.

2. Zum Staatsverständnis

Der Nationalstaat ist weder Opfer noch Heilsbringer

Für ein realistisches und zeitgemäßes Staatsverständnis

Von Björn Stecker

Der Nationalstaat kann als die historisch wohl letzte und umfangreichste Form eines die Menschen in allen Lebensbezügen umfassenden Gemeinwesens gesehen werden, in dem das individuelle und das kollektive Wohl plausibel in einem gemeinsamen Sinnzusammenhang vermittelt wird. Der „klassische“ (demokratische) Nationalstaat gründet sich auf der Übereinstimmung zwischen denen, die an den Prozessen der demokratischen Legitimation beteiligt sind, und denen, die von den so legitimierten Entscheidungen betroffen sind. Historisch gesehen ist der Staat aber eine Kraft der Rationalisierung gewesen, die immer erst im Dienst der Herrschenden gestanden hat. Der moderne Staat jedoch ist nicht nur objektive Realität, sondern auch in den Köpfen der Menschen vorhanden, z.B. durch subjektive Rechtsansprüche. Dadurch ist er nicht mehr nur ein Werkzeug im Dienst der Herrschenden, sondern besitzt eine gewisse Autonomie und ist Schauplatz von Kämpfen, z.B. zwischen dem Finanz- und Sozialministerium. Der Staat ist also nicht nur gesetzgeberische, bürokratische oder auch repressive Instanz, sondern gleichzeitig auch ein ideologischer und massenintegrativer Apparat. Seine Funktion besteht in Zeiten des Neoliberalismus hauptsächlich in der politischen Herstellung derjenigen gesellschaftlichen Bedingungen, die Kapitalakkumulation ermöglichen und optimieren.

Staaten nicht mehr unter sich

Der Staat kann heute nicht mehr isoliert betrachtet werden. In der internationalen Politik sind die Nationalstaaten längst nicht mehr unter sich. Die monozentrische Machtstruktur rivalisierender Nationalstaaten wandelt sich durch den wachsenden Einfluss multinationaler Unternehmen, internationaler Organisationen, NGOs, Einzelpersonen und auch sozialer Bewegungen wie der der Globalisierungskritiker in eine polyzentrische Machtstruktur. Die vom Nationalstaat gezogenen Grenzen werden durch grenzüberschreitende Phänomene und den Globalisierungsprozess allgemein durchlöchert und zersetzt.

Die Trennungslinie zwischen Innen- und Außenpolitik wird immer unschärfer, so mischen sich z.B. über transnationale Beziehungen Akteure von außen in die inneren Angelegenheiten des Staates ein. Außerdem verändert sich das Spektrum politischer Akteure. Der Staat tritt mit z.B. NGOs oder Großunternehmen in Kontakt zur Mobilisierung der finanziellen, Wissens- oder Legitimationsressourcen dieser Organisationen. Diese Beteiligung an der Handlungsmacht des Staates ist unter Aspekten der demokratischen Legitimität nicht unproblematisch. Darüber hinaus findet er nur unter Verzicht auf radikale Positionen statt, zugespitzt gesagt, werden jene Akteure und Positionen bevorzugt, mit denen sich Standortpolitik betreiben lässt.

Der Staat wird deshalb gerne zweigeteilt gesehen, nämlich bestehend aus Politik (politische Gesellschaft) und Zivilgesellschaft, wobei die Zivilgesellschaft und ihre Ethik die Basis bilden, auf der sich der Staat gründet. Der Staat verkörpert dann die Allgemeinheit, ist Ausdruck des

kollektiven Willens, aber gleichzeitig auch an das (eigene) Recht gebunden. Die Herrschenden sind die ersten Diener des Staates, die Partikularinteressen und Allgemeinwohl in Einklang bringen sollen. Diese Sichtweise des Staates wird durch den Neoliberalismus infrage gestellt, denn die Partikularinteressen werden zunehmend von staatsfremden, externen Kategorien bestimmt. Der „kollektive Wille“ ist dann, zumindest als Summe der Partikularinteressen, nicht mehr identisch mit dem der Bevölkerung, während gleichzeitig die Bindung des Staates an externes (internationales) Recht zunimmt, dessen Rückbindung an den (nationalstaatlichen) demokratischen Souverän zumindest indirekt ist.

Im Neoliberalismus ist der Staat deshalb eher als Terrain zu verstehen, auf dem gesellschaftliche Partikularinteressen um ihre Verallgemeinerung ringen. Die Chancen hierzu sind allerdings äußerst ungleich verteilt, denn der Staat ist dann eine Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und dient immer auch der Aufrechterhaltung von Herrschaft (Poulantzas). Er wird zum Ausdruck von Hegemonie und ist immer herrschaftsförmig strukturiert und strukturierend.

Der Staat zieht sich nicht zurück

Nationalstaaten und Ökonomien stehen zwar in einem Konkurrenzverhältnis um Handlungsmacht, das durch die neoliberale Globalisierung zu Gunsten der Ökonomien entschieden scheint. Die neoliberale Globalisierung ist aber selbst ein politischer Prozess, an dem die Nationalstaaten durch Steuer-, Struktur-, Standort-, Technologie- und Sicherheitspolitik aktiv beteiligt sind. Der Staat bleibt weiterhin Dreh- und Angelpunkt des politischen Koordinatensystems, wandelt sich aber zum Wettbewerbsstaat, der die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse und den (Wirtschafts-)Standort politisch absichert und vorantreibt. Die transnationalen Konzerne profitieren zwar durchaus von „Frei“-Handel und „De“-Regulierung, beides bedeutet aber letztlich nur Verzicht auf bisherige Regelungen zu Gunsten neuer Regeln. Die WTO als größter Deregulierungskomplex der Weltwirtschaft ist ein von hegemonialen (zum großen Teil einzelstaatlichen!) Interessen durchzogener bürokratischer Apparat, der genau auf die Einhaltung der selbstgesetzten Regeln achtet. Der Staat zieht sich also nicht zu Gunsten des Marktes zurück und beschränkt sich auch nicht darauf, Regulierungen der Marktkräfte aufzubauen. Der Staat ist ein konstitutives Element der neoliberalen Globalisierung.

Deshalb wird die Souveränität des Staates nach wie vor über den Schutz und das Wohl von MigrantInnen gesetzt. Auch im Bereich der inneren Sicherheit, bei angebotspolitischen Maßnahmen oder bei den Staatsbürgerschaftsgesetzen ist keine Schwäche des Nationalstaates erkennbar. Eine tatsächliche massive Schwächung der nationalen Politikoptionen gibt es nur an der „Peripherie“, z.B. in Teilen Afrikas.

Politische Handlungsspielräume, die auf nationaler Ebene verloren gehen, können teilweise auf regionaler oder internationaler Ebene zurückgewonnen werden, wie es etwa im Rahmen der EU geschieht oder durch die Bildung von transnationalen Parteien. Durch den Aufbau multinationaler Regime werden zwar Teile der staatlichen Souveränität abgegeben und gebündelt, meist führen die grenzüberschreitenden Interdependenzen aber funktionalistisch zu internationalen Regulierungen, die den Interessen der „stärksten“ Nationalstaaten entsprechen.

Die globalisierungskritische Bewegung braucht sich also um den Fortbestand der politischen Kategorie Staat keine Sorgen zu machen, als konstitutives Element des Neoliberalismus kann er aber auch nicht der Heilsbringer sein. Die Globalisierungskritik muss deshalb die Vielschichtigkeit von Herausbildung und Festigung von Hegemonie in Gesellschaft und Staat offen legen und versuchen, die eigenen Verstrickungen in Herrschaftsverhältnisse zu erfassen.

sen. Nur auf dieser Basis kann ein angemessenes Verständnis der zukünftigen Rolle des Staates entwickelt werden.

Herrschaftskritik versus Steuerungsfähigkeit

Das dominante und das kritische Staatsverständnis

Von Andrea Theocharis

Das unterschiedliche Verständnis von Funktion und Aufgaben des Staates ist ein grundlegender Ausgangspunkt für die Analyse der globalisierungskritischen Bewegung. Auf der Grundlage der im Seminar behandelten Texte gehe ich hier auf die zwei bedeutsamsten Staatsverständnisse ein, die ich vereinfachend als das *dominante* und das *kritische* Staatsverständnis bezeichne (Brand 2001).

Das *dominante* Staatsverständnis, das sich unter anderem in den Global Governance Ansätzen widerspiegelt, wird von großen Teilen der globalisierungskritischen Bewegung geteilt. Die Globalisierung wird dabei vor allem als Gefahr für die Nationalstaaten und für die Demokratie angesehen. Dabei ist von der „Krise der Nationalstaaten und der Politik“ (Messner 1998) sowie von der „Erosion des Staates“ (Bourdieu 1998) die Rede. Vertreter dieses Ansatzes sehen die Globalisierung unter anderem als Gefahr für die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates, die durch den entfesselten Kapitalismus und die unkontrollierten internationalen Finanzmärkte ausgelöst wurde. Ihre Kritik richtet sich gegen den für sie dadurch erkennbar hervorgerufenen Prozess der Rückbildung des Staates. Vom Staat wird eine Steuerung der Globalisierungsprozesse und die Bewahrung vor einem ungebremsen Kapitalismus erwartet. Die etablierte Politik soll zum Partner im Kampf gegen die Dominanz der Finanzmärkte werden. Als Hauptakteur einer neuen Ordnungspolitik (Brunnengräber/Stock 1999) wird der Staat mit dem politischen Institutionensystem gleichgesetzt und als rational agierender Akteur verstanden. Durch die Betonung von Fragen der Steuerungsfähigkeit und Ordnung wird der Staat als relativ neutral und zweckrational gesehen.

Korrekturinstanz

Exemplarisch für dieses Staatsverständnis steht das Global Governance Konzept. Es bekennt sich deutlich zur Dominanz von Staaten und dem System der Vereinten Nationen und betont die Notwendigkeit einer politischen Führung. Aufgaben und Funktionen des Staates werden im Global Governance Konzept mit den Bezeichnungen Interdependenzmanager, Moderator, Impulsgeber, Integrationsinstanz und Scharnier beschrieben. Zur Lösung von Problemen, die von Nationalstaaten nicht mehr alleine bewältigt werden können, werden Handlungskompetenzen auf lokale, regionale und globale Organisationen übertragen. Der Staat bleibt zwar zur Wahrung des Gemeinwohlinteresses entscheidende Instanz, er muss jedoch traditionelle Aufgaben abgeben, um seine Steuerungsfähigkeit zu stärken. Der Zivilgesellschaft und den NGOs wird eine Rolle als Korrekturinstanz zugeschrieben (Messner 1998).

Auffälliges Merkmal und Gefahr dieses Staatsverständnisses ist, dass bei verkürzter Betrachtung Staat, Markt und Zivilgesellschaft als voneinander nahezu unabhängig agierende Ebenen erscheinen.

Mit Bezug u.a. auf Poulantzas und Gramsci verstehen Vertreter eines kritischen Staatsverständnisses den Staat nicht als rationalen Akteur, sondern als soziales Verhältnis und Gebiet sozialer Konflikte und Gegensätze. Das kritische Staatsverständnis geht davon aus, dass institutionelle und gesellschaftliche Veränderungen nicht von oben durchsetzbar, sondern Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen sind.

Dem dominanten Staatsverständnis wird vorgeworfen, das dialektische Verhältnis von Politik und Ökonomie bzw. von Staat und Markt nicht zu reflektieren und deshalb die Komplexität globaler Vorgänge nicht adäquat zu erfassen. Der Staat ist nach kritischem Verständnis weder neutrale noch zweckrationale Instanz, sondern eine Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Diese Verdichtung sei wesentlich durch Klassen- und Geschlechterverhältnisse strukturiert und entwickle strukturelle Selektivitäten, indem bestimmte Interessen eher berücksichtigt würden als andere (Brand 2001). Eine wesentliche Funktion und Aufgabe des Staates besteht in der Erhaltung allgemeiner Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft. Damit sind u.a. das Eigentum, die Planbarkeit sozialen Handelns und die Rechtssicherheit gemeint.

Während es dem dominanten Verständnis vor allem um Fragen der Steuerungsfähigkeit und möglichst effizientem Funktionieren der existierenden Institutionen geht, nimmt das kritische Verständnis eher die gesamtgesellschaftlichen hegemonialen Kräfteverhältnisse in den Blick, die es für bestimmte staatliche Politiken als konstitutiv ansieht. Normativ geht es diesem Ansatz weniger um Fragen effizienter Steuerung als um den Abbau von Herrschaft. Die Hauptkritik am dominanten Staatsverständnis bezieht sich deshalb auf den Verzicht der Analyse von Machtstrukturen. Indem der Mangel an globaler politischer Steuerung als hauptsächliche Ursache von globalen Problemen betrachtet werde, blieben Herrschaftsverhältnisse weitgehend unberücksichtigt.

Parallelität der Ansätze

Der kritische Ansatz thematisiert unter Rückgriff auf Gramscis Konzept des „integralen Staates“, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft. Die Entstehung und Erhaltung hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse findet nach Gramsci insbesondere in der Zivilgesellschaft statt. Er spricht dabei sogar von der Hegemonie als einem „aktiven Konsens der Regierten“. Ausgehend von der These, dass staatliche Macht auch immer gesellschaftlich ermöglicht ist, wird argumentiert, dass Staat und Zivilgesellschaft keine eigenständigen Ebenen darstellen, sondern symbiotisch-dialektisch Prozesse durchlaufen und gestaltet werden.

Im Hinblick auf die Diskussion um die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung lassen sich folgende Schlüsse aus den vorangegangenen Überlegungen ziehen.

Die beschriebenen Staatsverständnisse unterscheiden sich fundamental. Der kritische Ansatz versteht sich als grundsätzliche Kritik an Staat und Kapitalismus. Der dominante Ansatz ist dagegen von einem technokratischen, effizienzorientierten und modernisierungstheoretischen Politikverständnis geprägt. Gleichzeitig hat damit eine bewusste Abgrenzung von marxistischen und dependenztheoretischen Konflikttheorien stattgefunden und positiv besetzte Prinzipien wie Steuerung und Ordnung sind in den Vordergrund gerückt (Brunnengraber/Stock 1999). Da dieser Ansatz eher einen strategischen Ansatz für handlungsrelevante Alternativen bietet, wird er auch von großen Teilen der institutionalisierten Linken vertreten.

Die Kritik von Links, dass sich damit eine linksliberale bürgerliche Politik durchsetzt, die reformistisch ist und nur punktuelle Verbesserungen im Blick hat, wird weiterhin bestehen bleiben. Auch wird von dieser Seite beanstandet, dass lediglich die Verteilung von Wohlstand als Problem erkannt wird, nicht jedoch die Art und Weise seiner Produktion.

Die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung wird mit Sicherheit von dem Diskurs dieser unterschiedlichen Grundprämissen geprägt sein. Ich befürworte die Parallelität der Ansätze und sehe keine akute Notwendigkeit für die heterogene globalisierungskritische Bewegung, sich auf ein Staatsverständnis zu einigen. Vielmehr sollte verstärkt ein offener Diskurs gesucht werden. Leider kristallisiert sich in aktuellen Debatten eine konfrontative Herangehensweise heraus. Dies resultiert wahrscheinlich aus der Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung und einem daraus entstandenen Bedürfnis nach klareren Grundsätzen und handlungspolitischen Zuspitzungen. Im Zuge konkreter Schritte zugunsten einer „besseren Welt“, die von allen in der Bewegung gefordert wird, werden sich die unterschiedlichen Grundprämissen heraus kristallisieren und zu einer verstärkten „Parteienbildung“ führen. Es bleibt zu hoffen, dass Gemeinsamkeiten dadurch nicht aus dem Blickfeld geraten und ein offener Meinungsaustausch weiterhin erfolgt.

Kooperation oder Konfrontation?

Das Staatsverständnis der Globalisierungskritiker beeinflusst ihre politischen Strategien

Von Florian Römmele

In den verschiedenen theoretischen Ansätzen, in denen sich Kritik an der Ausgestaltung von Globalisierung regt, wird ein sehr unterschiedliches Verständnis von den Aufgaben und Funktionen des Staates deutlich. Diese werden in einigen Arbeiten explizit benannt, in anderen ist es den politischen Forderungen immanent und kann aus ihnen abgeleitet werden. In dem vorliegenden Essay sollen die wichtigsten Staatsverständnisse dargestellt werden und danach bewertet werden, welche Implikationen sie für die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung beinhalten.

Global Governance und Linkskeynesianer

In dem aktuellen Diskurs über Global oder Good Governance wird von einem neutralen und rational handelnden Staat ausgegangen, der aber mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Über zunehmende Interdependenzen in politischen und wirtschaftlichen Systemen und der zunehmend unscharfen Trennung von Innen- und Außenpolitik büßt der Staat seine Rolle als allmächtiger und alleinzuständiger Problemlöser ein. Er muss also Teile seiner Aufgaben an kompetentere Akteure delegieren, sowohl an überstaatliche (supra- und internationale) als auch an substaatliche (lokale, regionale) Akteure. Auch zivilgesellschaftliche Akteure sollen mit ihrem spezifischen Know-how Defizite staatlicher Steuerungsfähigkeit kompensieren. Der Staat bleibt aber die entscheidende Instanz, um das Gemeinwohl zu sichern, dieser Begriff ist hierbei aber nicht mehr allein national konnotiert, sondern wird um eine internationale Dimension erweitert (Weltgemeinwohl). Durch die Akzeptanz geteilter Souveränität werden Probleme wie die Steuerungsunfähigkeit des Staates abgeschwächt oder sogar behoben.

Mit einem ähnlichen Staatsbegriff argumentieren auch linkskeynesianische Reformkonzepte. Über den Rückgriff auf wirtschaftswissenschaftliche Konzepte, die einer Globalsteuerung grundsätzlich positiv gegenüberstehen, wird gleichzeitig ein positives Bild des Staates gezeichnet. Hinter den Befürwortern keynesianischer Steuerungsinstrumente steckt das Bild

eines neutralen, rationalen Staates, dem ein höheres Maß an Steuerungsfähigkeit eingeräumt wird. Durch eine starke Fokussierung auf ökonomische Sachverhalte wird eine dichotome Trennung von Politik- und Wirtschaftssystem postuliert, der Staat besitzt eine „gewisse Unabhängigkeit gegenüber den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mächten“ (Pierre Bourdieu). Auch hier wird, ähnlich wie bei der Global Governance-Debatte eine Repolitisierung der Politik gefordert, das Primat der Politik soll wieder hergestellt werden, um den entfesselten Kapitalismus wieder einzufangen (dis-/ reembedding).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beide Konzepte keine grundlegende Kritik am Staat äußern, es werden Kompetenzabtretungen gefordert bzw. wird für eine Ausfüllung der Politik mit anderen Inhalten geworben. Bei beiden Konzepten geht es hauptsächlich um eine Verbesserung der Steuerungsfähigkeit und damit der Effizienz staatlichen Handelns.

Neo-Gramscianer und die Sicht aus dem „Süden“

Aus einer kritisch-materialistischen Perspektive beschreibt diese Sichtweise den Staat nicht adäquat. Laut Ulrich Brand etwa wird dabei übersehen, dass der Staat und seine Institutionen kein zweckrationaler Akteur sind, sondern ein soziales Verhältnis darstellen. Daher sei es auch kaum möglich, Veränderungen „von oben“ herab in die Gesellschaft hineinzutragen, diese seien immer Resultat sozialer Auseinandersetzungen. Es wird dafür plädiert, den Staat in Anlehnung an den Begriff des „integralen Staates“ von Antonio Gramsci innerhalb der Gesellschaft zu verorten, und zu dessen Beschreibung die gesamten, hegemonialen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Der Staat ist auch im Innern hierarchisch aufgebaut und vertritt teilweise ambivalente Positionen, er ist ein Abbild der gesellschaftlichen Widersprüche. Dieses Staatsverständnis differiert auch von einer streng marxistischen Kritik, die den Staat lediglich als Instrument der herrschenden Klasse ansieht, der nur dazu diene, die Kapitalverwertung aufrecht zu erhalten.

In anderen Strömungen werden Kräfteverhältnisse eher im internationalen System thematisiert. Gerade bei Autoren aus dem Süden hat die Zentrum-Peripherie-Differenz einen deutlich höheren Stellenwert als innergesellschaftliche Machtasymmetrien. Hier wird die Herstellung von starken nationalen Ökonomien gefordert, die Deglobalisierung erscheint als Ausweg, um neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse zurückzudrängen. In den Forderungen von Walden Bello nach verstärkter Produktion für lokale Märkte, mehr Investitionen in die eigene Entwicklung und dem Ausschluss transnationaler Konzerne wird ein Staatsverständnis deutlich, das die bestehenden Kräfteverhältnisse im internationalen System thematisiert, die eigene machtförmig strukturierte Gesellschaft in der Analyse aber außen vor lässt.

Zusammenfassend lassen sich die unterschiedlichen Staatsverständnisse an einem wichtigen Punkt voneinander trennen: Während Global-Governance und Linkskeynesianismus hauptsächlich Steuerungsprobleme aufgreifen und versuchen, diese durch Reformen der Institutionen zu lösen, wird der Staat aus kritisch-emanzipatorischer Sichtweise in seiner machtförmigen Verfasstheit grundsätzlich in Frage gestellt.

Optionen der Globalisierungskritik

Aus unterschiedlichen Staatsverständnissen ergeben sich auch andere Herangehensweisen an bestehende Probleme. An der Frage, ob entscheidende Veränderungen in Kooperation mit staatlichen Institutionen herbeigeführt oder konfrontativ gegen den Staat durchgesetzt werden müssen, werden die zukünftige Entwicklungslinien der globalisierungskritischen Bewegung deutlich. Ein Beispiel: Die Vorstellung, über Steuern Veränderungen der globalen Finanzarchitektur durchzusetzen, ist mit dem Bild des Staates als sozialem Verhältnis und Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nur schwer vereinbar.

Es sollten aber auch keine scheinbaren Gegensätze konstruiert werden, denn die Wahrheit liegt, wie so oft, dazwischen. Die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung liegt m.E. in der Nutzung verschiedener Anknüpfungspunkte, an die unterschiedliche Bewegungsteile andocken. Der Staat ist einer dieser Punkte, die als Adressat für Forderungen genutzt werden können, auch weil er am ehesten Öffentlichkeit herstellen kann. Es sollte aber deutlich gemacht werden, dass der Staat nicht der einzige Ansprechpartner ist, gerade wenn seine Steuerungsfähigkeit kritisch hinterfragt werden muss. Wenn man z.B. Attac einen strategischen Etatismus unterstellen kann, dann sollte diese Haltung auch klar kommuniziert werden, um keine unbegründeten Hoffnungen zu wecken.

In einer Analyse des Staates sollten auch strukturelle Steuerungsdefizite thematisiert werden. Darüber hinaus darf es nicht zu einer Vernachlässigung anderer gesellschaftlicher Akteure kommen, da sich sozialer Wandel immer auf mehreren Ebenen einer Gesellschaft abspielt und nicht „von oben“ durchgesetzt werden kann. Die vollständige Ablehnung von Kooperation ist jedoch kontraproduktiv, da dadurch ein zentraler Akteur überhaupt nicht in den Fokus gerückt wird. Die Möglichkeit, auf mehreren Ebenen gleichzeitig zu agieren, ist für eine heterogene Bewegung sehr wohl gegeben und man kann über eine intelligente Vernetzung und Arbeitsteilung durchaus auch verschiedene Positionen miteinander vereinen.

3. Die Kritik von Links

Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik

Attac und Linksruck machen es sich zu einfach

Von Arne Gniech

Die Breite der unter dem Label der Globalisierungskritik agierenden politischen Gruppierungen bringt es mit sich, dass innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung die verschiedensten Auffassungen über kapitalistisches Wirtschaften kursieren und teilweise miteinander konkurrieren. Kapitalismus als das weltweit dominante ökonomische Prinzip wird von allen Flügeln der Bewegung in den Mittelpunkt der Kritik gestellt, ohne dass jedoch von einer durchgehend antikapitalistischen Bewegung gesprochen werden könnte. Die „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik“ widmet sich jenen Bewegungsteilen, die es an einer radikalen, d.h. grundsätzlichen und tiefgreifenden Kapitalismuskritik vermissen lassen oder deren Kapitalismuskritik trotz vordergründiger Radikalität analytisch nicht hinreichend begründet ist. Unter „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik“ sind also sowohl eine Auseinandersetzung mit eher zaghafter oder reformorientierter Kapitalismuskritik zu verstehen als auch die kritische Betrachtung vorgeblich antikapitalistischer Positionen.

Verkürzte Kritik

Gemeinsamer Kern der Kritik sind die durchaus verschiedenen Aspekte des Kapitalismusbegriffs und die vorhandenen Abstufungen der vorgefundenen Globalisierungskritik. So lassen sich die kapitalismuskritischen Äußerungen so unterschiedlicher Gruppierungen wie Attac und Linksruck mit dem Begriff der verkürzten Kapitalismuskritik umreißen und gemeinsam einer genaueren Betrachtung unterziehen, wie es die Gruppe *inkak* (Institut für nachhaltige Kapitalismuskritik) in ihrer Broschüre „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik“ zielsicher tut.¹⁶ Hintergrund dieser Kritik an anderen Bewegungsteilen ist das Interesse an einer Qualifizierung der Kapitalismuskritik sowie die Entwicklung einer antikapitalistischen Perspektive, die diese Bezeichnung auch verdient hat.

Ein zentraler Punkt der „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik“ ist die Ablehnung der sehr verbreiteten analytischen Trennung der Wirtschaftstätigkeit in die Bereiche Spekulation und Produktion. Diese Trennung sei zum einen nicht wirklich aufrechtzuerhalten (Stichwort Konzern als Aktiengesellschaft, ArbeitnehmerInnen als Kleinaktionäre), zum anderen entspreche sie der stereotypisch antisemitischen Trennung in „raffendes“ und „schaffendes“ Kapital. Gerade die Zuspitzung oder sogar Reduzierung der Kritik auf die (argumentativ konstruierte) Sphäre der Spekulation bzw. Zirkulation (wie es z.B. bei Attac der Fall ist) nähere die Illusion, ausschließlich produzierendes Kapital sei eine positive Angelegenheit.

¹⁶ <http://www.gipfelsturm.net/inkak.htm>.

Ein anderer wichtiger Aspekt der Kritik betrifft das Staatsverständnis. Der Nationalstaat werde fälschlich als Schutzinstanz gegen das globalisierte Kapital angerufen, anstatt als eigenständiger Akteur der Herrschaftssicherung und Projektionsfläche nationaler Ideologie begriffen zu werden. Soziale Brüche und z.B. soziale Umverteilungsforderungen innerhalb eines Nationalstaats lasse die verkürzte Kapitalismuskritik oftmals unberücksichtigt. Sie neige dazu, nationalstaatliches Wirtschaften zu verteidigen und argumentativ abzusichern, denn den Nationalstaat als weiteres Terrain der Kritik zu nutzen.

Renaissance des Hauptwiderspruchs

Mir erscheinen ebenso die Ehrenrettung der produktiven Arbeit durch die hier kritisierte Form der verkürzten Kapitalismuskritik problematisch wie auch die „Kriegserklärung“ an das spekulative Kapital. Die sich hier öffnende Flanke hin zu rechter bzw. antisemitischer Kapitalismuskritik ist unübersehbar, ganz abgesehen davon, dass der kapitalistischen Verwertungslogik damit nicht wirklich ein Bein gestellt werden kann. Noch mehr als die vergebenen Chancen einer Kritik auch innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens vermissem ich die Infragestellung des Konstrukts Nation (und Nationalstaat) als solchem. Der ideologische Apparat, der in der verkürzten Kapitalismuskritik en passant legitimiert wird, schafft ebenfalls eine Nähe zu Standortnationalismus jeglicher Couleur.

Den Protagonisten auf dem sich als antikapitalistisch bezeichnenden Flügel der globalisierungskritischen Bewegung mangelt es oftmals nicht am Willen zur Radikalität, wohl aber an einer analytisch fundierten und tiefergehenden Kritik des Kapitalismus. Mit der platten Reduktion auf stereotype Begriffe wie Klassenkampf, Arbeiterklasse, Revolution und Sozialismus lässt sich zwar prima agitieren, eine Erklärung des Kapitalismus können sie aber nicht leisten. So gehen in dem Begriff der „Weltarbeiterklasse“ (Linksruck) alle Interessensgegensätze unter, die sich aus verschiedenen sozialen Realitäten ergeben können.

Im Begriff des Klassenkampfes wird Kapitalismus nicht als gesellschaftlich dominantes soziales Verhältnis begriffen, sondern als Verbrechen einer herrschenden Klasse. Andere Unterdrückungsverhältnisse wie Rassismus, Homophobie oder Sexismus sind in diesem Verständnis bestenfalls Ideen der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und werden so ihrer Eigenständigkeit vollständig beraubt. Das Denken in Haupt- und Nebenwidersprüchen (Kapitalismus determiniert Sexismus und Rassismus) geht hier eine Verbindung mit einem schematischen Gut-Böse-Denken ein. Die ArbeitnehmerInnen sind in diesem Weltbild die Projektionsfläche einer nur durch die herrschende Klasse unterdrückten Revolutionsphantasie.

Der Staatsbegriff ist auf gleiche Weise verkürzt: Der Staat ist schlichtes Mittel der Repression, ein Instrument jener herrschenden Klasse. Ohne dabei das Konzept des Nationalstaats zu hinterfragen, bleibt dieses reduzierte Verständnis offen für die Möglichkeit, den Staat zu „erobern“ und seine Macht für die eigenen Interessen zu nutzen. Am Ende dieser verkürzten Kapitalismuskritik steht die Heilserwartung des Sozialismus: die zwingende Folge des per Revolution errungenen Siegs im Klassenkampf. Die dafür notwendigen organisatorischen Schritte bedürfen natürlich einer Führung: eine Rolle, die sich die entsprechenden Gruppen (u.a. Linksruck) selbst auf den Leib schreiben und als quasi naturgegeben rechtfertigen.

Die hier dargelegten Kritikpunkte sprechen eine deutliche Sprache und werfen ein erhellen-des Licht auf manche ProtagonistInnen der globalisierungskritischen Bewegung. Die Position von Linksruck etwa ist ein Dokument des intellektuellen Stillstands: eine Neuauflage einer vor ca. 80 Jahren massenfähigen politischen Linie, die über Schlagworte und klare Rollenverteilungen möglichst einfache Denksysteme bedient. So tauchen etwa kapitalistische Ver-

gesellschaftung und die Warenform als herrschende Kategorie gesellschaftlicher Systeme in diesem Kapitalismusverständnis gar nicht erst auf: sie sind zur Klärung der Schuldfrage auch vollkommen überflüssig. Die Renaissance des Hauptwiderspruchs benötigt neben der verschwörungstheoretischen Krücke auch die Ausblendung von Verschiedenheit in den Interessen und ein rein funktionales Verhältnis zu den „Massen“ und mündet folgerichtig in eine Führungsideologie. Damit offenbart diese Form der verkürzten Kapitalismuskritik eine bestenfalls naiv zu nennende, viel wahrscheinlicher jedoch selbst interessensgeleitete Blindheit für Herrschafts- und Autoritätsverhältnisse.

„Unverkürzte“ Kapitalismuskritik?

Obgleich den aufgeführten Kritikpunkten an verkürzter Kapitalismuskritik zum Teil grundverschiedene Annahmen über die Gestalt und die Veränderbarkeit des Kapitalismus zu Grunde liegen, kommen sie doch in dem Begriff der Verkürzung einer eigentlich komplexeren Begrifflichkeit zusammen. In den Vorschlägen, die u.a. von der Gruppe *inkak* für eine „unverkürzte Kapitalismuskritik“ gemacht werden, wird dieser Zusammenhang deutlich. In vier Punkten werden Eckpunkte festgehalten, die eine Verkürzung vermeiden helfen und den kritisierten Ansätzen entgegengestellt werden können: Zunächst die Anerkennung von Widersprüchlichkeiten im Verhältnis zwischen Beherrschten und Herrschenden, sowohl was die Eingebundenheit in die Unterdrückungsverhältnisse als auch vehemente Interessensgegensätze innerhalb der vermeintlich sauber trennbaren Gruppen angeht. Zum zweiten die Kritik auch am produktiven Kapital, das zugunsten einer selbstorganisierten Ressourcenverteilung aufgelöst werden soll. Drittens die differenzierte Kritik der Staatlichkeit an sich sowie jeglichen staatlichen Handelns als Politikfeld zu begreifen. Und viertens die Kritik an Warenform und kapitalistischer Vergesellschaftung über die Kritik am Arbeitsbegriff und an der Lohnarbeit in einen grundlegenden Antikapitalismus zu überführen.

An diesen Punkten lohnt es sich aus kapitalismuskritischer Sicht sicherlich weiterzudenken.

4. Zum Zivilgesellschaftsverständnis

Demokratisches Korrektiv oder Keimzelle des Widerstands?

Die Rolle der Zivilgesellschaft im Global Governance Konzept und bei den Neogramscianern

Von Lars Bretthauer

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist *das* Modewort im politikwissenschaftlichen Diskurs der 90er Jahre. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus begann in der liberal-demokratischen Strömung eine Diskussion über Formen demokratischer Partizipation, im herrschaftskritischen Diskurs eine Auseinandersetzung über Politikformen jenseits der Fixierung auf die Staatsapparate. Ich betrachte im folgenden die Zivilgesellschaftskonzeptionen der sozialdemokratisch inspirierten Global-Governance-Ansätze einerseits (und hierbei nach Dirk Messner, Messner 1998) und der neo-gramscianischen Ansätze andererseits. Exemplarisch stehen dafür Dirk Messner (Messner 1998) und Robert Cox (Cox 1999).

Der Global-Governance-Ansatz bestimmt die Zivilgesellschaft als eine Sphäre, in der demokratische Teilhabe und politische Meinungsbildung organisiert und Wissen produziert wird. Als maßgebliche Akteure der Zivilgesellschaft werden Nicht-Regierungsorganisationen, Interessensvertretungen und der wissenschaftliche Sektor gesehen (Messner 1998, 23). Im gesellschaftlichen Zusammenhang wird die Zivilgesellschaft als von Ökonomie und besonders vom Staat getrennte Sphäre interpretiert. Sie wird somit als von ökonomischen und politisch-administrativen Einflüssen getrennt betrachtet.

Vom souveränen Staat zum Interdependenzmanager

Globalisierung wird in dieser Konzeption vor allem als ein durch technologische Entwicklungen begünstigter ökonomischer Verselbständigungsprozess verstanden. Diesem „Verlust politischer Steuerungsfähigkeit“ (ebd., 18) müsse, im normativen Sinne, durch eine Reorganisation der Politik begegnet werden. Die internationalen Finanzmärkte und die eigendynamischen „Sach- und Systemlogiken“ (ebd.) müssten durch eine Globalisierung der Politik in Form einer Global-Governance-Architektur unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure neu eingebettet werden. In dieser Architektur, die die ungeteilte Souveränität von Nationalstaaten auf nationaler wie internationaler Ebene aufgibt, sollen die Nationalstaaten die Funktion eines „Interdependenzmanagers“ (22) einnehmen. In dieser Rolle sollen sie die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren wie privaten *global players*, zivilgesellschaftlichen Akteuren, UN-Organisationen und internationalen Regimen im Sinne einer möglichst konsensualen Problemlösung koordinieren.

Die zentrale Prämisse des Global-Governance-Ansatzes, der sich durch eine Vermengung von normativen und analytischen Aspekten auszeichnet, ist, dass der zunehmende globale Problemdruck durch ökologische Zerstörung, Migration etc. bei den Akteuren das Bewusst-

sein für die Notwendigkeit von Zusammenarbeit erhöhen wird. Die zivilgesellschaftlichen Akteure sollen in dieser Konzeption ihr spezifisches Know-How und ihren starken demokratischen Impetus einbringen.

Eine Strategiebestimmung für die globalisierungskritische Bewegung nach dieser Konzeption hat maßgebliche Folgen. Demzufolge würde sich die globalisierungskritische Bewegung, sollte sie in der Global-Governance-Architektur als nicht-institutionalisierter Akteur überhaupt berücksichtigt werden, in einen kooperativen Dialog zu staatlichen Institutionen treten. Grundlage hierfür wäre, dass die Bewegung mit allen ihren Charakteristika bricht, die ihr den Status einer neuen sozialen Bewegung verliehen haben. Hierzu zählt ein konfliktiver Politikbegriff in Abgrenzung zum Politikverständnis der NGOs in den 90er Jahren („Politik des besseren Arguments“), eine strikte Ablehnung der gegenwärtigen Richtung gesellschaftlichen Wandels und die Weigerung, die Ursachen sozialer Probleme auf Steuerungsdefizite zu reduzieren.

Des weiteren beruhen eventuell erfolgreiche Ansätze im Sinne des Global-Governance-Ansatzes von Dirk Messner auf der theoretischen Konzeption einer homogenen und partizipationsorientierten Zivilgesellschaft. Das diese in vielen Punkten verkürzt ist, zeigen neo-gramscianische Konzeptionen von Zivilgesellschaft.

Neo-gramscianische Ansätze zur Funktionsbestimmung der Zivilgesellschaft basieren auf der Annahme einer organischen Verbindung zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft, die im Begriff des integralen Staats gebündelt wird. Unter der Kategorie der Zivilgesellschaft werden alle formell privaten Organisationen und Institutionen sowie außerinstitutionellen Verhältnisse gefasst. Die Organisation stabiler politischer und kultureller Hegemonie, deren Thematisierung in den GG-Ansätzen ausgespart wird, vollzieht sich im integralen Staat über Gewalt und Zwang seitens des Staates und einem gesellschaftlich organisierten Konsens in Bezug auf die Politik der herrschenden Klasse (Cox 1999, 17ff.).

Dieser Konsens wird in der Zivilgesellschaft durch sog. organische Intellektuelle der herrschenden Klassen organisiert, umfasst aber nie alle Gruppen oder Individuen. Daher wird die Zivilgesellschaft als eine in sich widersprüchliche Sphäre verstanden. In dieser befinden sich zum einen Repräsentanten der herrschenden Klassen sowie in den herrschenden Konsens integrierte subalterne Klassen, zum anderen jedoch auch marginalisierte subalterne Klassen. Mit dem Ziel der Verwirklichung eigener Klasseninteressen ringen diese unterschiedlichen Gruppen um die Hegemonie.

Theoretisch können nach Robert Cox zwei Bewegungen zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat unterschieden werden. Zum einen der schon beschriebene top-down Prozess zur Organisation kultureller Hegemonie „von oben“, zum anderen jedoch ein bottom-up Prozess, der die Formierung einer Gegenhegemonie zum Ziel hat (Cox 1999, 7).

Implikationen für die Globalisierungskritiker

Diese Sicht führt für die globalisierungskritische Bewegung zu wesentlichen Erkenntnissen, von denen ich drei anführen möchte. Erstens wird die Globalisierung unter den Vorzeichen neoliberaler Hegemonie betrachtet und in den Kontext bürgerlicher Klassenherrschaft gestellt, die sich sowohl in der politischen Gesellschaft als auch in der Zivilgesellschaft manifestiert und reproduziert. Daher könne diese nicht als ein rein ökonomischer Prozess verstanden werden. Vielmehr beruhe politische Herrschaft nicht ausschließlich auf Zwang und Ausschluss, sondern ebenfalls auf der aktiven Organisation von Konsens. Dieser ist in der Sphäre der Zivilgesellschaft verortet.

Dies bedeutet für die globalisierungskritische Bewegung als Akteur in der Zivilgesellschaft, dass sie sich einem historisch gewachsenen neoliberalen Block gegenübersteht. Dieser besteht nicht nur aus den staatlichen Akteuren, sondern auch aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, die den neoliberalen Konsens organisieren. Dazu zählen Verbände, Gewerkschaften, aber auch politische Interessengruppen, die auf denselben Bereich der Bewusstseinsveränderung abzielen wie die globalisierungskritische Bewegung. Die oftmals vorgenommene Selbstzuschreibung der globalisierungskritischen Bewegung, das Sprachrohr einer „globalen Zivilgesellschaft“ in einem bottom-up Prozess zu sein, wird somit entscheidend relativiert und um parallel wirkende top-down-Prozesse im Sinne eines Hegemonieerhaltes erweitert. Bedauerlicherweise widerspricht Robert Cox dieser Einsicht trotz aller Gramsci-Lektüre, indem er emphatisch die Gestaltung einer „vibrant civil society“ (Cox 1999, 27) durch die globalisierungskritische Bewegung antizipiert. Die theoretische Fruchtbarkeit der hegemonietheoretischen Analyse Gramscis bleibt jedoch unverändert.

Zum zweiten widersprechen die neo-gramscianischen Ansätze der impliziten Prämisse Dirk Messners, die Zivilgesellschaft sei ein in sich homogenes Feld demokratischer Partizipation. Neo-gramscianische Ansätze analysieren die Zivilgesellschaft als eine von gesellschaftlichen Kämpfen durchzogene Sphäre. Demzufolge wäre es irritierend, wenn die globalisierungskritische Bewegung, den Global-Governance-Konzepten folgend, die oftmals instinktiv geführten Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft aufgäbe und den kooperativen Umgang mit staatlichen Institutionen suchte. Dieses würde ihren Versuch einer Destabilisierung der neoliberalen Hegemonie entscheidend schwächen und die Einbindung in einen neu formierten, den Grundprinzipien nach aber unveränderten neoliberalen Konsens bedeuten.

Drittens besteht die Organisation eines gesellschaftlichen Konsens nach Gramsci aus materiellen Zugeständnissen sowie ideologischen Sinngebungen. Hieraus folgt, dass der Konsens über oder die Ablehnung einer bestimmten Form politischer Herrschaft nicht liberal-demokratisch auf das Ja/Nein-Votum am Wahltag reduziert werden kann. Dieses erscheint besonders relevant für den Politisierungsanspruch der globalisierungskritischen Bewegung, der sich meist auf diesen liberal-demokratischen Begriff des Konsenses stützt. Eine Re-Polisierung von Öffentlichkeit ist ein nicht zu unterschätzender Gewinn für das Anliegen der Bewegung. Jedoch protestiert sie gegen eine Form neoliberaler Herrschaft, die stärkere gesellschaftliche Bindungskräfte entwickelt hat, als in den meisten phänomenorientierten Analysen konstatiert wird.

Optionen des Widerstands

Über das „Wo“ gesellschaftlichen Wandels

Von Steffen Vogel

Zu den wichtigsten Fragen, die soziale Bewegungen beantworten müssen, gehört die nach dem "Wo" gesellschaftlicher Veränderungen. In welchen gesellschaftlichen Räumen bilden sich Akteure sozialen Wandels? Wo schließlich können oder müssen diese Koalitionen ansetzen, um Veränderungen anzustoßen und durchzusetzen?

Der Begriff der "Zivilgesellschaft" nimmt in dieser Diskussion einen prominenten Platz ein. Grob gesagt konkurrieren zwei Verständnisse von Zivilgesellschaft, ein eher akteurszentrier-

tes und ein eher analytisches. Die derzeit dominante Auffassung fasst Zivilgesellschaft als Ensemble gesellschaftlicher Akteure und rekurriert damit (wohl oft unbewusst) auf Vorstellungen aus dem Liberalismus, in denen die Zivilgesellschaft in herrschaftskritischer Absicht der staatlichen Macht gegenüber gestellt wird. Als typische VertreterInnen der Zivilgesellschaft gelten hier NGOs im allgemeinen, Menschenrechtsvereine, Bürgerinitiativen und -verbände etc, gelegentlich auch "mündige BürgerInnen".

Dieses Verständnis von Zivilgesellschaft ist normativ aufgeladen, was gewisse Probleme mit sich bringt. So wird oft nicht klar definiert, wer dieser Zivilgesellschaft angehört und wer nicht: sind militante GlobalisierungskritikerInnen Teil der Zivilgesellschaft? Passen organisierte NeofaschistInnen in diesen Rahmen? Und wenn nein, welches ist das maßgebliche Abgrenzungskriterium? Über die Legitimität von Gewalt lässt sich anhaltend diskutieren, über den menschenverachtenden Charakter faschistischer Ideologien und Bewegungen hingegen nicht. Offen bleibt dennoch, woran die (Nicht-) Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft festgemacht werden kann. Politische Unerwünschtheit bestimmter Auffassungen ist ein mögliches Kriterium, jedoch kein besonders stichhaltiges. Als problematisch kann sich bei solch einem normativen Verständnis darüber hinaus der Umgang mit Widersprüchen erweisen. Wird Zivilgesellschaft quasi a priori als progressiver Akteur betrachtet, so lassen sich die notwendig auftretenden Konflikte wesentlich weniger differenziert beschreiben.

Antonio Gramsci und in der Folgezeit sich auf ihn berufende VertreterInnen v.a. des westlichen Marxismus haben ein anderes Verständnis von Zivilgesellschaft in die Debatte eingeführt (Kebir 1991). Gramsci verwendet Zivilgesellschaft nicht durchgängig mit dem selben Bedeutungsgehalt. Entscheidend ist seine Analyse von Zivilgesellschaft als gesellschaftlichem Raum. Als Bestandteil des integralen Staates ist Zivilgesellschaft der Ort, wo gesellschaftliche Kräfte um die Hegemonie ringen. Über die "società civile" wird somit im Verbund mit der politischen Gesellschaft (also dem „eigentlichen“ Staat) Herrschaft gesichert, gleichzeitig können in der Zivilgesellschaft aber auch subalterne Klassen, Oppositionsbewegungen etc. versuchen, in einem "Stellungskrieg" (Gramsci) selbst hegemoniefähig zu werden. Erfolgreiches Handeln auf dem Terrain der Zivilgesellschaft kann zwar, so Gramsci, konkrete ökonomische Veränderungen nicht ersetzen, ist aber unerlässlich für jegliche Form tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, bei der Sozialreform angefangen.

Globale Zivilgesellschaft?

Gramscis Überlegungen zielten auf das faschistische Italien bzw. auf den Beginn des bis zu einem gewissen Grade nationalstaatlich gebundenen Kapitalismus fordistischer Prägung. Unter postfordistischen Bedingungen muss ein solches Verständnis von Zivilgesellschaft wenigstens teilweise neu diskutiert werden. Dabei stellt sich vor allem die Frage der Gültigkeit territorialer Repräsentation. Ebenso wie politische Steuerung teilweise auf die supra-staatliche Ebene verlagert wurde, wie ökonomische Rahmenbedingungen oder sozial- und kontrollstaatliche Funktionen beispielsweise auf europäischer Ebene einander angenähert oder gebündelt werden, so müssten sich ähnliche Entwicklungen in der Produktion von Ideologie und symbolischer Herrschaft sowie der Erzeugung von Konsens beobachten lassen. Mit dem Neogramscianer Robert W. Cox von "globaler Zivilgesellschaft" zu sprechen, erscheint allerdings (noch) übertrieben. Die von links wie rechts gleichermaßen befürchtete kulturelle Homogenisierung ("McWorld") ist bislang auf keinem kulturellen Feld eingetreten, schon gar nicht im Bereich der politischen Kultur.

Die globalisierungskritische Bewegung müsste also das Spannungsfeld zwischen dem Vorhandensein jeweils spezifischer nationaler politischer Kulturen und den tendenziell globalen Hegemoniebestrebungen neoliberaler Legitimationsideologie(n) ausloten, ohne dabei in die

Falle des kulturellen Protektionismus zu tappen. Der Bedeutungsverlust der Nation als politischer Einheit und kulturellem Bezugsrahmen sollte jeder fortschrittlichen Bewegung zur Freude gereichen. Hier zeigt sich so etwas wie die kulturelle Dialektik der Globalisierung: einerseits erzeugt sie als Abwehrreaktion Rückorientierungen auf kleinräumliche Einheiten wie Nation, "Volk" oder Region, andererseits teilen sowohl KritikerInnen wie ApologetInnen des weltweiten postfordistischen Kapitalismus die Vorstellung von grenzüberschreitendem Austausch und globaler Zusammenarbeit.

Global und lokal denken und handeln

Die beliebte Forderung "think global, act local" scheint vor diesem Hintergrund nicht ausreichend zu sein. Vielmehr müssen lokale *und* globale Kämpfe geführt und miteinander in Beziehung gesetzt werden. An der Bekämpfung neoliberaler Hegemonie in den jeweiligen nationalen Zivilgesellschaften führt kein Weg vorbei. Das Aufbrechen dominanter Vorstellungen über wirtschaftliche und politische Prozesse wäre zum Einen ein erster großer Erfolg der Bewegung, stellt zum Anderen aber eine wesentliche Bedingung für ihr Wachsen und sogar ihren Fortbestand dar. Noch speisen sich Kämpfe in vielen Ländern hauptsächlich aus dortigen politischen Konstellationen (die Unterschiede zwischen Stärke und Verankerung der globalisierungskritischen Bewegung in Belgien und Deutschland einerseits und in Frankreich und Spanien andererseits lässt sich teilweise darauf zurückführen).

Die oft als Eventhopping kritisierten Gipfel-Demonstrationen stellen einen ersten Schritt hin zur Internationalisierung der Kämpfe dar. Als vorbildhafter Ansatz für den europäischen Raum kann der gemeinsame Streik französischer, belgischer und deutscher Renault-ArbeiterInnen gegen den von der Konzernführung beschlossenen Stellenabbau gelten. Das derzeit hegemoniale neoliberale TINA-Credo ("There is no alternative", Margaret Thatcher) muss aufgebrochen werden. Politisches Handeln, nationalstaatliches wie globales, muss wieder als solches benannt und sichtbar gemacht werden. Dabei gilt es, kritisch anknüpfend an die jeweilige politische Kultur, eine Form von Widerstand stark zu machen, die den Bezug zwischen lokalen und globalen Problemen in den Blick nimmt und diese auf beiden Ebenen gleichzeitig zu bekämpfen versucht.

Hegemonie und neoliberaler Alltagsverstand

Was die Globalisierungskritiker von Gramsci lernen können

Von Claudia Prinz

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird höchst unterschiedlich gefüllt. Entscheidende Kriterien für Unterscheidungen sind für mich, ob der Begriff inhaltlich oder funktional definiert wird, was überhaupt mit ihm beschrieben werden soll, die Frage nach dem Zusammenhang von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie sowie die Frage nach herrschaftsförmiger Strukturierung. Anhand dieser Kriterien sehe ich große Diskrepanzen zwischen einem emphatischen sozialdemokratisch orientierten Begriff und dem Verständnis von Zivilgesellschaft von Antonio Gramsci und neogramscianischen Theoretikern.

Gramscis „Hauptwerk“ sind die fragmentarischen „Gefängnishefte“, die im Italien der 1930er Jahre entstanden. Wer heute mit Gramscis Theorie arbeitet, muss sich m.E. ihres Entstehungszeitraums bewusst sein.

Hegemonie bei Gramsci

Gramsci geht davon aus, dass in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten Westeuropas Anfang des 20. Jahrhunderts die herrschenden Klassen gleichzeitig herrschen und führen: Sie herrschen über die Möglichkeit zur Ausübung von Gewalt und Zwang und führen, indem sie sich die Zustimmung der Subalternen sichern. Die hegemonialen Gruppen bestimmen den Diskurs; sie setzen Wirklichkeit, legitimieren sich damit und verallgemeinern ihre Partikularinteressen. Ihre Herrschaft sichern sie auch durch eine Vermittlung zwischen persönlichem Sinn und den gesellschaftlichen Bedingungen über ein hegemoniales, ausstrahlendes Weltverständnis, das die gesellschaftlichen Zwänge und Strukturen als vernünftig erscheinen lässt. Dies schafft den „aktiven Konsens“ der subalternen Klassen: Sie stimmen den bestehenden Verhältnissen nicht nur zu, sondern reproduzieren sie auch in ihren Alltagspraktiken. Der Kampf um Hegemonie ist damit u.a. ein Kampf um den Alltagsverstand, eine zentrale Kategorie. Dieser Alltagsverstand ist keineswegs einheitlich, er ist inkohärent, vielschichtig und von Widersprüchen durchzogen – wie die widersprüchlichen Lebensbedingungen der Menschen.

Gramsci fasst den bürgerlich-kapitalistischen Staat als „integralen Staat“, der sowohl die politische Gesellschaft, also den Staat und seine Apparate im engeren Sinn, als auch die Zivilgesellschaft umfasst. Die politische Gesellschaft übt über ihre repressiven Apparate Zwang aus. Die Zivilgesellschaft ist nicht einfach „da“, sondern historisch entstanden und je nach Gesellschaft unterschiedlich ausgeprägt. Sie beinhaltet alle Strukturen und Institutionen, die formell privat sind – die Familie, Kirchen, Unternehmen, soziale Bewegungen, Organe der öffentlichen Meinung, aber auch scheinbar unwichtige Dinge (wie z.B. die Benennung von Straßen), die den Blick der Menschen auf ihre Gesellschaft beeinflussen. Der wichtigste (nicht der einzige) umkämpfte Ort der Hegemonieerlangung und -stabilisierung ist die Zivilgesellschaft. Der integrale Staat ist somit „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“.

Der Zusammenhang zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist zentral für das Verständnis bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften: Letztere ist keineswegs unabhängig, hat allerdings eine gewisse, historisch variierende Autonomie. Da die „Vereinigung der herrschenden Klassen“ sich im Staat (im engeren Sinne) vollzieht, aber ohne zivilgesellschaftliche Hegemonie nicht erlangt oder erhalten werden kann, greift der Staat ständig in die Bereiche der Zivilgesellschaft ein; Hegemonie wird also auch über staatliche Tätigkeit und Institutionen (Schule, Parlamente etc.) ausgeübt. Der Staat ist das Instrument zur Anpassung der Zivilgesellschaft an die ökonomische Struktur und die Interessen der herrschenden Klassen. Die Zivilgesellschaft ist daher in hohem Maße machtförmig strukturiert.

Aus der Uneinheitlichkeit des Alltagsverstands und der relativen Autonomie der Zivilgesellschaft ergibt sich ihre Ambivalenz: Einerseits ist sie das zentrale Terrain zur Durchsetzung und Erhaltung von Herrschaft, andererseits kann von ihr Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse ausgehen. Für die Gegenwart heißt dies, dass zur Zivilgesellschaft Kräfte gehören, die die neoliberale Globalisierung entscheidend mit voran treiben, dass aber auch die globalisierungskritische Bewegung ein Teil von ihr ist.

Politische Konsequenzen

Für die Globalisierungskritiker stellt sich die Frage nach möglichen politischen Konsequenzen aus diesem Verständnis von Staat und Zivilgesellschaft. Aufgrund der Inkohärenz des

Alltagsverstands sind zivilgesellschaftliche Bestrebungen, sich unabhängig von der politischen Gesellschaft und gegen diese zu organisieren, nicht per se emanzipativ. Neogramsci-
aner neigen manchmal dazu, einen emphatischen positiven Begriff zu verwenden, der die Zivilgesellschaft zum Hoffnungsträger für emanzipative Veränderungen stilisiert. Diese Gefahr sehe ich z.B. bei Robert Cox. In der politischen Praxis könnten so ungewollt reaktionäre Tendenzen mit gestärkt werden.

Wichtigster Ansatzpunkt für eine kritische Praxis ist der Alltagsverstand. Die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf dem zivilgesellschaftlichen Terrain kann nur über die Entwicklung eigenständiger gesellschaftlicher Praxen und einer Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse erreicht werden, die den herrschenden entgegenstehen. Damit sollte emanzipative Politik sich nicht vorrangig auf die Institutionen der politischen Gesellschaft richten, sondern beim Alltagsverstand ansetzen und hier auch ideologische Kämpfe führen.

Gramsci bezeichnet die zivilgesellschaftlichen Institutionen als „Schützengräben“ der herrschenden Klassen, die so ihre Herrschaft für Krisenzeiten absichern. Eine schnelle Revolution durch die Eroberung des Staates i.e.S. ist in Gesellschaften mit entwickelter Zivilgesellschaft nicht realistisch (ganz abgesehen davon, ob sie wünschenswert wäre). Veränderungen laufen vielmehr über einen „Stellungskrieg“, in dem die „Schützengräben“ der Zivilgesellschaft erobert werden. Ulrich Brand weist zu Recht darauf hin, dass der Alltagsverstand, die Stabilitätsreserve der herrschenden Klassen, gegenwärtig weitgehend neoliberal ist. Diese Stabilität kann über punktuellen Protest nicht gebrochen werden. Der Alltagsverstand hat kein Steuerungszentrum, Veränderung muss daher auf mehreren Ebenen in verschiedenen Bereichen ansetzen. Die Heterogenität der Globalisierungskritiker könnte sich hier als Vorteil erweisen.

In seinem Hegemoniekonzept zeigt Gramsci, dass emanzipative Akteure nicht deterministisch aus gemeinsamen ökonomischen Interessen heraus entstehen; sie schaffen sich vielmehr selbst in einem politischen Prozess der Artikulation und Verbindung. Auch der Erhalt einer sozialen Bewegung ist ein ständiger aktiver Veränderungsprozess der Abgleichung von Perspektiven und Interessen.

Eine Anlehnung an Gramsci kann politischen Voluntarismus begünstigen. Daher ist es notwendig, auf Gramscis Verständnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einzugehen. Gramsci unterscheidet ein „objektives“ Kräfteverhältnis, das hauptsächlich die ökonomische Struktur umfasst, ein politisches Kräfteverhältnis, das in ständiger Veränderung sein kann (z.B. durch die Artikulation neuer Interessen und die Selbstkonstitution neuer kollektiver Akteure) und ein militärisches Kräfteverhältnis (zu nennen wäre hier die internationale militärische Situation oder das staatliche Gewaltmonopol in den westlichen Nationalstaaten). Diese Verhältnisse können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Wer sich ausschließlich auf das politische Kräfteverhältnis konzentriert, blendet wichtige ökonomische Aspekte der Hegemonieerlangung aus.

Gramscis Hegemoniekonzept bezieht sich auf kapitalistische bürgerliche Gesellschaften. Wer eine grundlegend „andere Welt“ und die Verringerung von Herrschaft anstrebt, muss also auch neue Praxen entwickeln, die nicht einfach auf die Hegemonieerlangung einer anderen (der eigenen) gesellschaftlichen Gruppe hinauslaufen. Die Zivilgesellschaft als etwas historisch Hergestelltes ist nicht in allen Gesellschaften gleich oder gleich ausgeprägt. Die politischen Strategien der Globalisierungskritiker müssen sich daher je nach Gesellschaft unterscheiden, eine globale, „richtige“ Vorgehensweise gibt es nicht.

5. Offene Flanke nach Rechts?

Unheimliche Nähe

In Symbolik und Inhalten ist die Bewegung anschlussfähig nach Rechts

Von Arne Gniech

Ein kurzer Querschnitt durch die unter dem Oberbegriff der Globalisierungskritik versammelten Gruppen lässt schnell erkennen, dass sich hier höchst unterschiedliche politische Schattierungen zusammenfinden und die öffentliche Bühne betreten. Trotz der inhaltlichen Heterogenität werden die globalisierungskritische Bewegung und ihre AktivistInnen sowohl in der medialen Wahrnehmung als auch in den Analysen von Bewegungsforschern wie Dieter Rucht jedoch insgesamt im klassischen Sinne als „links“ identifiziert. Auch die Eigenwahrnehmung der Globalisierungsbewegten ist die einer Protestbewegung aus dem linken Lager. Ebenso stammen sowohl die prominenten Köpfe der Globalisierungskritik aus dem linken politischen Spektrum als auch diejenigen Gruppierungen, die schon vor dem Durchbruch der globalisierungskritischen Bewegung politisch aktiv waren. Diese Zuschreibung gilt länder- und kontinentübergreifend und folgt der traditionellen Einteilung des politischen Aktivismus ins Rechts-Links-Schema. Das weite Feld, das durch den Begriff des Linksseins aufgespannt wird, versuchen einzelne Flügel der GlobalisierungskritikerInnen durch präzisere Selbstverortungen weiter einzugrenzen. So grenzen sich Gruppen aus dem autonomen Spektrum gerne mit dem Begriff „linksradikal“ weiter ab, andere führen Zusätze wie „revolutionär“ oder „sozialistisch“ im Namen.

What's Left?

Die weitgehende Rezeption der globalisierungskritischen Bewegung als links ist allerdings kein Garant für eine tatsächlich linke Politik oder gar eine klare Absage an rechte Gesinnung. Denn wie die Geschichte immer wieder zeigt, sind selbst ernannte Linke durchaus in der Lage, ultrarechte Politikkonzepte zu vollstrecken und dem Gedanken der Emanzipation den Garaus zu machen. Ohne die Begriffe „rechts“ und „links“ tiefer diskutieren zu wollen, scheint mir die scheinbare Distanz und Unüberbrückbarkeit zwischen Positionierungen und Haltungen beider Seiten des Spektrums nicht so eindeutig, wie die strenge Begriffstrennung suggeriert. Anhaltspunkte finden sich in nahezu allen Bewegungen, die ähnlich eindeutig als links identifiziert wurden, inhaltlich aber durchaus anschlussfähige Elemente an rechte Denkweisen und Positionen aufwiesen und auch entsprechende Klientel angezogen haben (als Beispiele mögen hier der „Heimatschutz“-Flügel der Öko-Bewegung sowie der auf Deutschlands Unabhängigkeit von den USA ausgerichtete Flügel der Friedensbewegung dienen).

Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung finden sich allerhand Indizien dafür, dass mindestens Versatzstücke rechten Denkens in manchen Bewegungsköpfen kursieren und sich sowohl Übergänge als auch Bündnisse zu rechten, konservativen und rechtsradikalen Gruppierungen finden lassen.

Dass es Globalisierungskritik auch von rechts in nicht unwesentlicher Dimension gibt, ist bereits lange offenkundig. Schon bei im Anlauf zu den Protesten 1999 in Seattle war die Präsenz rechter und konservativer Positionen und Gruppierungen unübersehbar (u.a. Pat Buchanan, Sierra Club), so dass bereits im Vorfeld die Jungle World fragte: „Wie können sich linke WTO-Gegner nach Rechts abgrenzen?“ Diese Frage drängte bereits damals, denn im Spektrum der linken Globalisierungskritiker gab es durchaus Stimmen, die für breite Bündnisse ohne Ansehen der politischen Herkunft warben, um gemeinsam gegen die Globalisierung an Stärke zu gewinnen.

Auch in Deutschland versuchen sich Neonazis und insbesondere die NPD seit einigen Jahren in Globalisierungskritik und verwenden auf ihren Aufzügen immer häufiger entsprechende Parolen (z.B.: "Globalisierung stoppen - Stoppt die Weltpolizei USA", oder: „Arbeit statt Globalisierung“). Die entsprechende Aufrufe enthalten verblüffende (wenn auch sprachlich oft entlarvend simple) Parallelen zu linken globalisierungskritischen Texten. Ins Horn der Zusammenarbeit wird hierzulande bislang fast ausschließlich von rechts geblasen, wenngleich es unter dem Begriff der „Querfront“ Initiativen aus beiden politischen Lagern gibt, die Kategorien von rechts und links zu überwinden und gemeinsam zu einer neuen politischen Kraft zu werden. Von rechter Seite wird dabei vor allem auf das nationale Ticket gesetzt: auf den Versuch, die Globalisierungskritik mit nationaler Identifikation aufzufangen. Für die derzeitige Globalisierungskritik sind die organisatorischen Erfolge dieser Bemühungen zwar zu vernachlässigen; die Komponente einer gegen die Globalisierung gerichteten Stärkung des nationalen Kollektivs allerdings kommt inhaltlich bereits in der Nähe derjenigen linken Positionen, die den Nationalstaat absichern wollen oder gegen die Auswirkungen der Globalisierung implizit aufwerten.

Der in der Bewegung allerorten hochgehaltene plakative Internationalismus darf nicht voreilig als reflektierter Antinationalismus interpretiert werden etwa in der Art, dass die Nation als ein zwar materiell gewordenes, jedoch ideologisch immer aufs Neue hergestellte Konstrukt der Aus- und Abgrenzung erkannt und zur Abwicklung freigegeben würde. Im Gegenteil wird der Staat (und damit die ihm zugrunde liegende nationale Gemeinschaft) auch von vielen Linken in die Pflicht genommen, seinen Angehörigen gegen die Globalisierungsfolgen Schutz zu gewähren und wird somit auf vollkommen unkritische Weise affirmiert. Von seinen ganz und gar nicht internationalistischen Auswirkungen etwa in Gestalt des Abschieberegimes gegen alle Nicht-Angehörigen schweigt der Großteil der globalisierungskritischen Gruppen dezent und steht in dieser Frage ganz unschuldig Seite an Seite mit den „Ausländer raus“-Phantasien der Rechten.

Flanke weit offen

Auch die Kapitalismusanalyse ist eine genauere Betrachtung wert: So stehen Teile der kapitalismuskritischen Position von einflussreichen globalisierungskritischen Gruppen wie Attac in einer antisemitisch anschlussfähigen Argumentationstradition, die von rechten Gruppen voll und ganz geteilt werden kann. Die Fokussierung der Attac-Kritik auf das international operierende Finanzkapital setzt eine analytische Trennung in Spekulation und Produktion voraus: die klassische antisemitische Denkfigur von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital steht Pate. Die ganz ähnlich argumentierende globalisierungskritische Nouvelle Droite kann eine solche Kritik durchaus als diskursiven Angelhaken innerhalb der Bewegung verwerten. Die hier bereits angelegte Trennung in gutes und schlechtes Kapital kippt spätestens in der Sprache der Straße in ein einfaches Gut-Böse-Denken um, das sich in schlichten Symbolen und Parolen verengt.

Wenn es um die gängigen Symbole und Aushängeschilder der Globalisierung geht, sind die linken Gruppierungen in einer erschreckenden Weise zu weiteren antisemitisch interpretierbaren Vorlagen fähig. So mangelt es nach wie vor nicht an bildhaften Darstellungen des ideellen Gesamtkapitalisten, der noch immer wie eine Retusche aus den Propagandaschriften der Nationalsozialisten daherkommt. Auch das immer wieder neu aufgeschäumte verschwörungstheoretische Potpourri linker Agitation weist frappierende Ähnlichkeiten zu antisemitischen Stereotypen auf. Augenfällig sind diese Verweise und Überschneidungen rechter und linker Propaganda in der Kritik an der Politik der USA sowie der gegenwärtigen Zustände in Israel/Palästina. Hier ist zur Zeit das Feld der Vereinfachungen besonders reichhaltig bestellt: Die im wesentlichen von deutschen globalisierungskritischen Gruppen sowie den Resten der Friedensbewegung getragenen Mobilisierungen gegen den Besuch von US-Präsident George W. Bush brechen eine kapitalismuskritische Politik auf „President Evil“ und brennende US-Fahnen herunter. Dass auf solchen Demonstration auch Neonazis ihr Plätzchen finden und Menschen mit Israel-Fahnen tödlich angegriffen werden (wie am Rande der großen Anti-Bush-Demo geschehen), braucht dann niemanden mehr zu verwundern. Die Flanke nach rechts hat sich insbesondere in der deutschen Debatte weit geöffnet.

Nationale und internationale Solidarität

Die internationalistische Linke muss eine Antwort auf die Ängste der Bevölkerung finden

Von Jakob Hurrele

Eine zentrale Asymmetrie des Globalisierungsprozesses, welche dessen Ausrichtung und Gestalt prägt, ist jene zwischen global denkenden „Globalisierern“ und ihren Gegenspielern, welche überwiegend noch in nationalen Bezügen denken, argumentieren und handeln. Spektakuläre Erfolge international organisierter Globalisierungskritiker, wie etwa die Demonstrationen von Seattle, Prag und Genua, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gegenparts der „Globalisierer“ an entscheidender Stelle national, und nicht international denken und handeln: Entscheidende Stellen, dass sind in dieser Frage sowohl die Vertretungen der Arbeitnehmerschaft (als klassischen Gegenspielern der Konzerne auf dem Feld des Arbeitskampfes) als auch nationale Regierungen und Verwaltungen (als Gegenspieler der Wirtschaft auf dem Feld der Regulierung). Die Zeitläufe zwingen beide dabei in eine defensive Haltung, aus der sie sich solange nicht werden befreien können, solange sie es nicht vermögen, sich aus dem nationalen Bezugsrahmen zu lösen.

Dabei sind in Westeuropa - trotz Haider, Le Pen und Pim Fortuyn - die wirklich großen Zeiten des aggressiven Nationalismus schon lange vorbei. Abstrakte Ziele wie *internationale Solidarität* und *faire Marktzugangsbedingungen für alle* sind heute durchaus populär, solange sie nichts, beziehungsweise nicht allzu viel kosten. Anders sieht es jedoch aus, wenn internationale Solidarität nicht nur zu einer geringen Mehrbelastung im Haushaltsbudget jedes Bürgers führt, sondern *tatsächliche Opfer* im eigenen Lande produziert. Opfer, die bei wegfallenden Handelsbarrieren zum größten Teil in jenen Schichten zu beklagen wären, die stark vom Strukturwandel betroffen sind: Textilarbeiter zum Beispiel, Bauern, oder auch Arbeiter in der Stahl- und Kohleindustrie.

Die neoliberale Ideologie hat diesen, sich vor den Veränderungen um ihre Existenz oder Identität fürchtenden Menschen kaum etwas anzubieten. Schließlich sind ihr zufolge solche Opfer notwendig, da letzten Endes zwar nicht jedes Individuum oder jede Berufsgruppe, aber die Gesellschaft als ganzes vom Segen offener Handelsgrenzen und damit einhergehender Modernisierungsschübe profitieren würde. Unabhängig von der Frage, ob die Rechnung aufgeht, ist diese Aussicht für die Opfer von Veränderung wenig verlockend: Ihre Lebenszeit ist begrenzt; somit ist nicht gesagt, dass sie selbst noch in den Genuss der angeblich durch Strukturanpassung geförderten Wohlstandsgewinne kommen werden.

Die Wahlerfolge rechter Demagogen innerhalb solcher, sich als Globalisierungsverlierer begreifender Schichten sind eine direkte Folge davon, dass mit dem globalen Wettbewerb auch innerhalb der reichen westlichen Welt prekäre soziale Verhältnisse Einzug halten. Angst vor sozialem Abstieg ist eine Ursache dafür, dass das Fremde als Bedrohung empfunden wird. Dies verleiht konservativ-reaktionären Bewegungen Auftrieb, welche die individuelle und vielfach diffuse Angst vor dem Fremden, vor dem Verlust der kulturellen Identität, der Verfremdung der eigenen Sprache, dem Verlust wirtschaftlicher Sicherheit, zu artikulieren und zu kanalisieren verstehen.

Nationale Solidarsysteme

Aber auch die Linke und gemäßigte Konservative widersprechen der neoliberalen These vom bedauerlichen, jedoch unvermeidlichen Opfer, empfinden sie doch den zunehmenden globalen Wettbewerb als offenen Angriff auf die Solidarsysteme. Zumindest in den Ländern des Nordens ist die Mehrzahl der von der Globalisierung bedrohten Solidarsysteme auf nationaler Ebene organisiert. Ihre Grundlage ist ein *nationales* Zusammengehörigkeitsgefühl, welches sich zum einen durch die diffuse Vorstellung einer gemeinsamen geschichtlichen Herkunft, zum anderen aber durch Abgrenzung nach außen definiert. Zumindest für die Bürger in der Mitte der deutschen Gesellschaft haben heute Begriffe wie „nationale Schicksalsgemeinschaft“ einen etwas altbackenen Klang. Allerdings beschreiben sie im Grunde noch immer treffend die Grundlage unseres Solidaritätsverständnisses – dem wird wohl jeder zustimmen, der z.B. als Flüchtling in Deutschland erlebt hat, wie Menschen behandelt werden, die nicht „dazugehören“.

Aufgrund des *nationalen* Charakters der in unseren Gesellschaften praktizierten Solidarität wird aber auch die Bedrohung solcher funktionierender Solidarsysteme durch ungebremschte Marktkräfte zu einer *nationalen* Frage. Für richtige Linke mag sich das alles wirr und ein bisschen gefährlich anhören. Gefährlich ist es tatsächlich: Zwar ist „Solidarität“ einer der Schlüsselbegriffe im politischen Programm der Linken, doch bleibt bei der linken Rhetorik vielfach unklar, wer da genau mit wem (und wem nicht?) und aus welchem Grunde solidarisch ist. Die Diskreditierung des Nationalen aus historischen Gründen führt hierbei dazu, dass die Grundlagen des Solidaritätsvertrages, nämlich Nationalismus und Rassismus, zwar unbewusst akzeptiert, aus guten Gründen jedoch nicht offensiv verteidigt werden.

In einer Zeit, in der solidarische Beziehungen zwischen Menschen immer stärker von der Logik des Marktes herausgefordert sind, wird es jedoch nicht ausbleiben, dass die Frage nach ihrer normativen Berechtigung gestellt wird. Rechte Globalisierungsgegner haben hierfür eine Antwort:

„Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die *Volksgemeinschaft* sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation

im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“ (Grundsatz-erklärung des Parteivorstandes der NPD, 9. Dezember 2000).

Marx und die weltweite Solidarität

Das zitierte Beispiel kommt aus einer finsternen Ecke. Zumindest in Deutschland ist das hoffentlich nicht die Richtung, in die wir uns bewegen. Dennoch ist deutlich geworden, dass Globalisierungskritik, die auf die tatsächlichen Ängste der meisten Menschen reagiert, kaum umhinkommen wird, sich *nationaler* Argumente zu bedienen. Es bleibt abzuwarten, ob diese, in meinen Augen zukunftssträchtigste Variante von Globalisierungskritik am Ende nur in konservativem, oder aber auch im linken Gewande daher kommen wird. Letzteres erleben wir bereits heute massiv in Osteuropa. Ein besseres Erkennungsmerkmal als die Verwendung „rechter“ oder „linker“ Rhetorik erscheint mir deshalb die Frage zu sein, ob in politischen Programmen von einer Priorität von *nationaler* gegenüber *internationaler* Solidarität ausgegangen wird.

Die internationalistische Linke hingegen steckt in der Klemme. Mit guten Gründen lehnt sie Modelle von Solidarität ab, die auf Abstammungskriterien beruhen. Auf der anderen Seite erscheint die Vorstellung einer universalistisch-menschlichen Solidarität im politischen Tagesgeschäft als humanistisches Wolkengebilde, welches in den realen Verteilungskonflikten dieser Welt kaum Orientierung bietet. Zudem erscheint es fraglich, ob Solidaritätssysteme überhaupt ohne Ausschlussmechanismen funktionieren können.

Was bleibt ist Marx und die weltweite Solidarität der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Ein solches Verständnis allein erscheint mir angemessen für eine tatsächlich linke Denktradition. Wie aber soll diese Solidarität praktisch aussehen; in einer Welt, in der ein Arbeiter in Wuppertal besser lebt als mancher Fabrikant in Afrika und in der ein deutscher Lehrer in Görlitz zehnmal mehr verdient als sein polnischer Kollege auf der gegenüberliegenden Neißeseite? Dieser Frage müssen sich die Globalisierungskritiker stellen.

Gemeinsame Feindbilder

Die Abgrenzung nach Rechts wird den Globalisierungskritikern schwer fallen

Von Sanin Hasibovic

Die europäische Geschichte hat uns vielfach gezeigt, dass sich scheinbar Unversöhnliches manchmal in merkwürdigen Koalitionen wiederfinden kann. Solche Allianzen sind in aller Regel nicht auf intentionales Verhalten, sondern auf strukturelle Ähnlichkeiten oder gemeinsame Feindbilder zurückzuführen. Dies gilt auch für jene politischen Kräfte, die man gewöhnlich mit Kategorien wie rechts und links umschreibt. Dass es in der Geschichte Schnittstellen zwischen links und rechts gab, ist keine bahnbrechende Erkenntnis. In der jüngsten Vergangenheit sind vor allem globalisierungskritische Bewegungen mit dem Problem unerwünschter Vereinnahmungsversuche und Koalitionsbildungen konfrontiert worden. In ihrer Ablehnung des Finanzkapitals sitzen sie plötzlich mit rechtskonservativen Gruppen in einem Boot. Was sind die Gründe für diese unheimliche Verwandtschaft?

Verkürzte Kapitalismuskritik

Die wichtigste Ursache liegt sicherlich im Fehlen einer umfassenden Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse. Weiter in der Tradition linker Irrungen und Wirrungen stehend, ist ihre Kapitalismuskritik weit davon entfernt, die strukturelle Logik des Kapitalismus zureichend zu beschreiben. Zu dieser theoretischen Kopflosigkeit gesellt sich noch ein recht unkritischer Staatsbegriff. Angesichts dieser Situation von einer *verkürzten* Kapitalismuskritik zu reden, grenzt an Euphemismus. Die Kapitalismuskritik der globalisierungskritischen Bewegung macht an den „Folgewirkungen“ des Kapitalwertungsprozesses im Weltmarktzusammenhang halt und vernachlässigt die konstitutiven Merkmale der kapitalistischen Formation: das kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsverhältnis, den Akkumulationsprozess, das Regulationssystem.

Die folgenschwerste Verkürzung resultiert jedoch aus der positiven Betonung der Produktionssphäre im Unterschied zur vom internationalen Finanzkapital dominierten Zirkulationssphäre. Die Unterscheidung zwischen gutem, produktivem Kapital einerseits und schlechtem, spekulativem Kapital andererseits war schon im Mittelalter verbreitet und trug schon damals mehr oder weniger deutliche Züge eines ökonomischen Antisemitismus. Diese diskriminierende Unterscheidung wurde mehr oder weniger explizit auf die internationalen Finanzmärkte übertragen, und äußert sich vor allem in der Feststellung, dass das parasitäre internationale Finanzkapital einen produktiven Einsatz des Investitionskapitals auf nationalstaatlicher Ebene behindere. Es ist kein Wunder, dass rechts gesinnte Gruppierungen dankbar diese Argumentationshilfe annehmen. Nur eine umfassende Kapitalismusanalyse kann solche unzulässigen Verkürzungen korrigieren bzw. verhindern und damit die vorhandene Berührungsfläche mit dem rechten Lager verkleinern.

Personalisierung der Globalisierung

Während der unbestrittene Wegbereiter des Wirtschaftsliberalismus, der schottische Nationalökonom Adam Smith, noch von einer unsichtbaren Hand hinter dem Markt sprach, tendieren die Globalisierungskritiker dazu, die unsichtbaren Kräfte hinter den internationalen Finanzmärkten an Personen oder Personengruppen fest zu machen. So wird der hoch komplexe kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang verdinglicht und personalisiert. Es wird wie selbstverständlich von einer kleinen Machtclique des internationalen Finanzkapitals, von mächtigen Wirtschaftsbossen und gierigen Wall Street-Spekulanten gesprochen. Die Globalisierung wird damit zu einem bewusst gesteuerten Prozess zum Zwecke der Machtausweitung der herrschenden Minderheit auf Kosten der ausgebeuteten Mehrheit. Dadurch werden die komplexen Prozesse der *Durchkapitalisierung* der Gesamtgesellschaft mit ihren systemimmanenten Restriktionen vollkommen ausgeblendet.

Ein gutes Beispiel einer gelungenen Personalisierung waren die Anti-Bush-Demonstrationen in Berlin. Als das personifizierte Böse („President Evil“) mobilisierte Bush mit seinem Besuch gleichermaßen die rechten wie die linken Globalisierungskritiker. Irgendwann mal war es nicht mehr möglich zu unterscheiden, wo links endete und rechts begann. Auch dieses Phänomen hängt mit der verkürzten Kapitalismuskritik zusammen und erinnert leider sehr stark an unheilvolle antisemitische Verschwörungstheorien. Jede Personalisierung von kapitalistischer Herrschaft hat das Potential, strukturell antisemitisch zu sein.

Fehlen eines kritischen Staatsbegriffs

Im globalisierungskritischen Diskurs ist der Nationalstaat sehr oft mit positiven Konnotationen verbunden. Er solle als Gegengewicht zu den entfesselten internationalen Finanzmärkten fungieren, die seine schwer erkämpften sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften

gefährdeten. Als Opfer des von der internationalen Finanzoligarchie betriebenen Globalisierungsprozesses müsse er gestärkt werden, wenn die zu beobachtende Deregulierung nicht weiter voranschreiten solle. Nur ein starker Staat sei in der Lage, seine sozialen Errungenschaften gegen die „Rückkehr zu einem wilden, rationalisierten und zynischen Kapitalismus“ zu verteidigen (Bourdieu 1998).

Die neue Rechte sieht in der Aushöhlung des Nationalstaates eine ähnliche Bedrohung und betrachtet ihn als Spielball der internationalen Politik. Der Nationalstaat ist aber weder neutral noch kann er sich der Hegemonie der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise einfach entziehen. Er steht weder unter Kontrolle einer einflussreichen Minderheit noch ist er Repräsentant des Allgemeinwohls. *„Der kapitalistische Staat ist Produkt und Ausdruck der kapitalistischen Vergesellschaftungsform und der mit ihr verbundenen materiellen Reproduktions- und Klassenverhältnisse. Er ist nicht als Subjekt zu verstehen, sondern als institutionalisierter Kristallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer wie repressiver Beziehungen zwischen allen Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe“* (Poulantzas 1978, zitiert nach Hirsch 1990, S. 45). Solange die Globalisierungskritiker mit unrealistischen und teilweise falschen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft operieren, bleibt auch die Gefahr der möglichen Nähe zur rechten Staatsauffassung.

Antiamerikanismus

Die Schnittstelle der Globalisierungskritischen Bewegung zur politischen Rechten ist nirgends so groß, wie wenn es um die USA geht. Die einheilige Ablehnung des US-amerikanischen Führungsanspruchs führte nicht selten zu seltsamen Koalitionen beider politischer Fraktionen. Die USA verkörpern für die Linken seit eh und je einen ungezügelter Kapitalismus, der zwar überall schlecht ist, aber nirgendwo sonst in dieser reinen Form anzutreffen. Die Rechten wiederum setzten Amerika mit Juden gleich, die jene zersetzende Modernität verbreiteten, die sie so fürchteten.

In der bundesrepublikanischen Geschichte gab es immer wieder antiamerikanische Koalitionen, zuletzt in den 80er Jahren, als die Aktionen der Rote Armee Fraktion gegen US-amerikanische Einrichtungen großen Zuspruch im rechten Milieu fanden. In ihrer Ablehnung der kulturellen und wirtschaftlichen Hegemonie der am weitesten entwickelten kapitalistischen Macht unterscheiden sich die linken wie die rechten Globalisierungskritiker nicht wesentlich voneinander.

Linksruck: *„Die USA stehen vor einem Widerstand der Bevölkerung auf allen Erdteilen, [...] die ihre Kräfte aus der Erbitterung gegen die neoliberale Politik, gegen die bestechlichen Herrscher, die multinationalen Konzerne und überhaupt gegen den Kapitalismus zieht“* (Jungle World 22/2002). Der „Befreiungskrieg der Völker“ (Horst Mahler) war immer ein wichtiger Bestandteil des rechten Antiamerikanismus. Dass dieses Motiv jetzt von linken Gruppierungen wie Linksruck übernommen und argumentativ unterfüttert wird, beweist, wie fließend der Übergang zwischen den beiden politischen Lagern geworden ist.

Fazit

Angesichts der festgestellten Unzulänglichkeiten der Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse der rechten wie der linken Globalisierungskritiker ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich auch ihre Argumentationsmuster in vielen Fällen stark ähneln. Udo Wolter bemerkte dazu: *„...die verblüffende Ähnlichkeit vieler Diskursfiguren verweist eben auch auf unheimliche Verwandtschaften falscher antikapitalistischer Weltbilder.“* (Jungle World 30/2001).

Ein Ausweg liegt also in einer umfassenden Kapitalismus- und Gesellschaftskritik, die alle Bereiche der kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise erfassen sollte. Sie darf auch nicht an *vorkapitalistischen* gesellschaftlichen Strukturen halt machen (Geschlechterverhältnisse, Rassismus etc.), weil diese trotz zahlreicher Schnittstellen zum Kapitalismus durch seine Veränderung oder gar Überwindung nicht verschwinden werden.

Dass diese Kritik von Teilen der globalisierungskritischen Bewegung ernst genommen wird, zeigen zahlreiche Grundsatzpapiere, die jede Form von Unterdrückung und Herrschaft aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung etc. strikt ablehnen. Den rechten Globalisierungskritikern wird es wohl kaum gelingen, diese Grundsätze in ihr Programm zu integrieren.

Es wird den globalisierungskritischen Bewegungen weiter sehr schwer fallen, sich von den rechten Kreisen abzugrenzen. Manche Gemeinsamkeiten wie z.B. der Antiamerikanismus haben eine zu lange Tradition, als dass sie durch noch so ausgefeilte Konzepte schnell aus der Welt geschaffen werden können. Insofern kann man festhalten: Die globalisierungskritischen Bewegungen werden noch lange eine offene Flanke nach rechts haben. Sich dieser Tatsache immer gewahr zu bleiben, ist vorerst die wichtigste Aufgabe der linken Globalisierungskritiker.

Alle wollen die „bessere Welt“

Die Linken müssen sich mit rechten Positionen auseinandersetzen und genauer sagen, was sie wollen

Von Valerie Engler

Die Frage nach der offenen Flanke nach Rechts berührt zwei Aspekte: Zum einen lassen sich innerhalb der „gemäßigten“ globalisierungskritischen Bewegung Forderungen und Zielsetzungen ausmachen, die Nährboden bieten für rechte und nationalistische Bestrebungen. Zum anderen findet sich unter dem Dach der Globalisierungskritiker auch eine Vielzahl rechter Gruppierungen, die zumindest ähnliche Kritikpunkte, wenn auch nicht die gleichen Ziele vertreten wie die anderen Bewegungsteile linker oder radikal linker Ausrichtung.

Gemäßigte Bewegungen wie Attac bieten durchaus Ansatzpunkte für die Kritik einer „offenen Flanke nach Rechts“. So beinhaltet die Forderung nach einer Stärkung des Staates zur Abfederung der negativen Folgen der Globalisierung eine „Gemeinschaftsideologie“ (Udo Wolter), die den Bedürfnissen der Menschen innerhalb des „nationalen Kollektivs“ gerecht werden will und somit Ausgrenzung impliziert. Ebenso lässt sich das Ziel einer Stärkung der EU als supranationaler Staat auch so auslegen, dass damit die „Ideologie von den guten europäischen Traditionen“ (Wolter) sowie antiamerikanische Tendenzen bedient werden.

Diese Vorwürfe sind aber nur in Ansätzen gerechtfertigt. Denn zum einen sprechen Globalisierungskritiker wie Pierre Bourdieu ausdrücklich davon, dass die Politik heute ihren Platz jenseits der Grenzen des Nationalstaates haben muss und berufen sich auf einen „neuen Internationalismus“. Zum anderen denke ich, dass in dieser Kritik auch überempfindliche und nicht eben produktive Stimmen anklingen, die ein wenig zu oft die Gefahr eines reaktionären

Nationalismus wittern. Dabei können wichtige Elemente verloren gehen; so z.B. der für mich durchaus produktive Aspekt einer Erhaltung und Förderung der Traditionen und Kulturen.

Schlüssige Analysen von Rechts

Dass auch nationalistische, reaktionäre, chauvinistische und andere rechte Gruppierungen auf den Zug der Globalisierungskritik aufgesprungen sind, liegt aber nicht nur daran, dass die linke Globalisierungskritik Anschlussstellen für rechte Trittbrettfahrer bietet. Vielmehr vereint die globalisierungskritische Bewegung zumindest bislang in erster Linie nur das gemeinsame Feindbild "Globalisierung" bzw. "Neoliberalismus" und die Forderung nach einer "besseren" oder "gerechteren" Welt. Dass auch rechte Gruppierungen sich dieser allgemeinen Forderung anschließen können, scheint nur logisch. Am Beispiel des rechten Kritikers Alain de Benoist (*Nouvelle Droite*) lässt sich zeigen, dass auch hier sehr schlüssige globalisierungskritische Analysen aufgestellt werden, die in ihrer Argumentation kaum von einer linken Kritik zu unterscheiden sind. Argumentiert wird gegen die Individualisierung, Vermassung, Rationalisierung, Universalisierung als Folge der Moderne und des Liberalismus; auch interessante Aspekte wie die vorherrschende "verallgemeinerte Unverantwortlichkeit" in einer Gesellschaft, der der Wohlfahrtsstaat alle Entscheidungen abgenommen hat, werden diskutiert. (de Benoist 1999)

An diesen Beispielen soll nur gezeigt werden, dass es meiner Meinung nach ein Fehler wäre, Globalisierungskritik mit "linker Kritik", wie es in der Öffentlichkeit bisweilen passiert, gleichzusetzen, sondern dass auch Analysen "von Rechts" durchaus Berechtigung haben können, im Rahmen der Globalisierungskritik beachtet zu werden. Denn eine Bewegung, die unter dem Etikett "Globalisierungskritik" zusammengefasst sein will – die Schwierigkeit dieses Begriffs und die Frage, ob diese Vereinheitlichung sinnvoll ist, seien hier mal dahingestellt – muss sich auch mit Stimmen "von Rechts" auseinandersetzen, die kritisch und manchmal durchaus fundiert die negativen Folgen von Globalisierung und Neoliberalismus analysieren.

Es stellt sich aber die Frage, inwieweit "rechte" Gruppierungen solche Analysen nur aus taktischen Gründen proklamieren, um die Öffentlichkeit für ihre sonstigen ideologischen Ziele zu gewinnen. Denn welche Konsequenz aus den Analysen gezogen werden können, zeigt ein Beispiel aus Deutschland: Die "Deutsche Stimme" konstatiert, ein Gegenentwurf zu Globalisierung und Kapitalismus könne nur "strikt nationalistisch" sein. Hier wird direkt darauf hingewiesen, dass man sich den Kritikpunkten der Globalisierungskritiker bewusst anschließt ("aus Gründen des Volksinteresses muss der deutsche Nationalismus die [...] Positionen der Anti-Globalisierungsbewegung mittragen" Deutsche Stimme 2001), um in einem nächsten Schritt eine Ausgrenzung oder "Bekehrung" derjenigen Globalisierungskritiker anzustreben, die nicht "für die Mobilisierung des deutschen Volkes gegen die Zumutungen des Haifisch-Kapitalismus [...] gebraucht werden können".

Interessant ist der Aspekt, dass auch die "Deutsche Stimme" Bewegungen wie Attac vorwirft, sie betreibe nur "systemerhaltende Minimalkritik" und stelle das kapitalistische System nicht in Frage; als Antwort auf den "Universalismus", den Attac mit seinen Vorstellungen von der "globalen Zivilgesellschaft" proklamiere, wird als einzige Lösung ein "völkerbefreiender und kulturbewahrender Nationalismus" gegeben. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie gut "rechte" Gruppierungen die öffentliche Diskussion um die Globalisierungskritik studiert haben, um die gängigen Begriffe aufzugreifen und als eigene Argumente zu verwenden. Dass solche Gruppierungen dem neoliberalen Weltmodell ein nicht minder totalitäres Modell entgegensetzen, muss an dieser Stelle wohl nicht eigens erwähnt werden.

Linkes Bündnis gegen Rechts

Wichtiger als die Frage - die in der Öffentlichkeit ja mit Vorliebe diskutiert wird -, inwiefern "rechte" Gruppen den Diskurs der globalisierungskritischen Bewegung benutzen können und wie man sich "links" davon abgrenzen kann, scheint mir die Frage, warum solche Gruppierungen und "rechte" Ideologien überhaupt entstehen, woher sie ihre Anhängerschaft rekrutieren und warum sie beachtlichen Zulauf verbuchen können. Meiner Meinung nach kann die Antwort darauf nicht eine mangelnde Abgrenzung von Seiten der "linken" Kritiker sein. Mit solchen Argumenten wird vielmehr von der Problematik abgelenkt, dass auch der Zuspruch für "rechte" Gruppierungen jeglicher Art im Rahmen der Folgen von Neoliberalismus und Globalisierung zu sehen ist. Offensichtlich ist nicht nur, dass die "Rechten" die Frage sozialer Ungerechtigkeit geschickt thematisiert, sondern auch, dass sie eine sofortige Antwort und Lösung aller sozialen Probleme bietet – und gerade die Suche nach eindeutigen, sofortige Veränderungen versprechende Lösungen ist eine Taktik, zu der das neoliberale Modell mit all seiner Erziehung zu "sozialer Unverantwortlichkeit" (de Benoist) die Menschen führt.

Hier ist nicht der Raum, um diese Frage befriedigend zu diskutieren, festhalten möchte ich aber, dass der Erfolg einer globalisierungskritischen Bewegung meines Erachtens nach nicht darin bestehen kann, sich möglichst gut "nach Rechts" abzugrenzen, sondern sich im Gegenteil um den Dialog mit allen, auch radikalen Vertretern der linken Globalisierungskritik zu bemühen, um mit ihnen nach anderen Antworten zu suchen, als sie die "rechten" Gruppen bieten können.

6. Die Gewaltfrage

Kein Protest ohne Gewalt – keine Gewalt ohne Protest

Sozialwissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Gewalt in Protestbewegungen

Von Sanin Hasibovic

Die Themen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft von sozialen Bewegungen haben Konjunktur, nicht nur im engeren Kreise der Bewegungsaktivisten, sondern auch in der soziologischen Bewegungs- und Protestforschung. Zunächst stellt sich die Gewaltfrage als ein Problem des Aktionsrepertoires bzw. der Zweck-Mittel-Relation dar. Die Gewaltanwendung wird vor diesem Hintergrund meistens als Mittel oder Ressource zur Protestmobilisierung erachtet. Diese unideologische Perspektive geht von einem gemeinsamen Auftreten von Protest und Gewalt aus. Kein Protest ohne Gewaltpotential, keine Gewalt ohne jedes Protestresiduum (Hellmann 1998), was nicht heißen soll, dass zwischen diesen beiden Formen sozialen Handelns eine notwendige Beziehung besteht. Gleichzeitig wird betont, dass es sich bei Protest und Gewalt um multifunktionale Phänomene handelt: Es gibt weder *die* Gewalt noch *den* Protest.

Aufgrund ihrer Situationsbedingtheit, Prozesshaftigkeit, ideologischen Überformung und Multikausalität ist die Erforschung von Gewaltphänomenen kein leichtes Unterfangen. Deshalb beschränke ich mich zunächst auf eine Vorstellung theoretischer und empirischer Befunde über den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Gewalt und versuche, sie auf die globalisierungskritische Bewegung zu übertragen.

Empirische und theoretische Befunde der Gewaltforschung

Die Gewaltdebatte ist sehr stark vom Negativismus geprägt. Es werden in der Regel nur dysfunktionale, destruktive, also allgemein negative Eigenschaften von Gewalt thematisiert, ohne Rücksicht auf mögliche positive Effekte und Konsequenzen der Gewaltanwendung, frei nach der Art „evil causes – evil fallacy“ (Kreissl/Sack 1998). Dieser allgemeine Befund gilt ohne Einschränkungen auch für die globalisierungskritischen Bewegungen. Die schweren Ausschreitungen von Genua und Stockholm führten zu einer weitreichenden Kriminalisierung und Diffamierung der gesamten Bewegung, nicht zuletzt aufgrund der recht einheitlichen Berichterstattung der Mainstream-Massenmedien.

Wenn Gewalt in Konfrontationen zwischen sozialen Bewegungen und staatlichen Akteuren im Spiel ist, wird sie nicht selten von staatlicher Seite initiiert, zum Teil als präventive Maßnahme oder aufgrund der Fehleinschätzung des Gewaltpotentials der Protestierenden. Skolnick bringt dies auf den Punkt: „It is not unusual [...] for a riot to begin and end with police violence“ (Skolnick 1969, zitiert nach Kreissl/Sack 1998). Damit widerspricht er der allgemein akzeptierten These vom *reaktiven* Eingreifen staatlicher Ordnungskräfte. Zahlreiche Untersuchungen der Protestaktionen der Bürgerrechts- und Studentenbewegung in

Deutschland und in den USA in den 60er Jahren belegen eindrucksvoll, dass sich staatliche Sicherheitsbehörden häufig in der *aktiven* Rolle befanden: „The authorities do not lightly and randomly initiate violence as a rule. Nevertheless, it is their actions or reactions that start violence, and, when the confrontation is under way, their actions that produce the bulk of the casualties“ (Oberschall 1973, zitiert nach Kreissl/Sack 1998).

So ist es z.B. bei den bisher schwersten Ausschreitungen in der Geschichte der Globalisierungsbewegung geschehen: in Genua. Die italienischen Ordnungskräfte setzten eindeutig auf Eskalation und hartes Durchgreifen. Dass es zu schweren Ausschreitungen auch bei einer relativen Zurückhaltung der Polizei kommen kann, lässt sich gut am Beispiel von Stockholm beobachten. Hier wurden die schwedischen Sicherheitsbehörden stark kritisiert, weil sie das Gefährdungspotential der globalisierungskritischen Massenproteste unterschätzt haben. Trotz der unbestreitbaren staatlichen Repression, geht auch ein beachtliches Gefährdungspotential von einer gewaltbereiten Minderheit innerhalb der Bewegung aus. Diese Gruppierung trägt zweifelsohne zur weiteren Legitimierung des proaktiven staatlichen Eingreifens bei, sowie zur schon postulierten pauschalen Kriminalisierung der gesamten Bewegung.

Eine weitere wichtige Unterscheidung betrifft die Zielobjekte der Anwendung von Gewalt: Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen.

Es scheint so, als ob es zur Zeit innerhalb der Bewegung eine viel geringere Opposition gegen Sachbeschädigung als gegen Personenschaden gäbe. Gewalt gegen Sachen scheint inzwischen weitgehend als zwar bedauernswerter aber unvermeidlicher „Kollateralschaden“ akzeptiert zu sein. Manche Angriffe (wie z.B. auf die weltweite Fastfood-Kette McDonalds) haben sogar einen hohen symbolischen Wert und leisten damit einen *funktionalen* Beitrag zur Protestmobilisierung und Identitätsstiftung.

Ein letzter empirischer Befund betrifft die Entstehungsbedingungen von Gewalt. Die polizeiliche Führungselite unterstellt den militanten Globalisierungskritikern eine taktisch-operative Handlungslogik, nach der Gewaltexzesse immer als geplante und gesteuerte Aktivitäten erscheinen. In einer Studie des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments wird sogar von langwierigen und intensiven Vorbereitungen in kleinen konspirativen Gruppen im Vorfeld jeder größeren Veranstaltung gesprochen.

Soziale Bewegungen im Allgemeinen und die globalisierungskritischen Bewegungen im Besonderen neigen höchst selten zur strategischen Planung ihrer Gewalthandlungen. Meist ist es so, dass „most collective violence [...] grows out of actions which are not intrinsically violent“ (Tilly 1975, zitiert nach Kreissl/Sack 1998). Gewalt ist so gesehen in der Regel das Ergebnis eines faktischen interaktiven Geschehens (Kreissl/Sack 1998).

Der Primat der institutionellen Gewalt

Die dominante Assoziationskette „gewaltbereit – kriminell“ wirft auch Fragen nach der Rolle staatlicher Gewalt auf. Der das öffentliche Bewusstsein prägende Topos des staatlichen Gewaltmonopols trägt nicht unwesentlich dazu bei, dass außerinstitutionelle Protestaktionen (sie müssen gar nicht gewalttätig sein) als illegal wahrgenommen werden. In einer parlamentarischen Demokratie mit ihrer institutionalisierten Kanalisierung gesellschaftlicher Konflikte erscheint kollektiver Protest als Widerstand. Dabei wird die Gewaltfrage in aller Regel von den Hütern der staatlichen Ordnung gestellt, und erst im zweiten Schritt von den Bewegungsaktivisten übernommen. Das Leitbild des staatlichen Gewaltmonopols dominiert alle gesellschaftlichen Konflikte, selbst die kleinste private Auseinandersetzung. Auf dieser Interpretationsfolie muss auch die bewegungsinterne Gewaltdebatte betrachtet werden. Das

staatliche Gewaltmonopol ist eine Art *Master Frame*, eine übergeordnete Meta-Rahmenbedingung, die unsere Denkstrukturen und Interpretationsleistungen stark beeinflusst.

Der Staat setzt diesen Frame einerseits als Mittel zur Delegitimierung und damit auch zur Demobilisierung der Bewegung ein, andererseits legitimiert er dadurch sein eigenes repressives Verhalten. Die globalisierungskritischen Bewegungen erfahren große Mobilisierungsprobleme, wenn sie sich diesem Topos widersetzen. Das Leitbild des staatlichen Gewaltmonopols ist so stark, dass es sogar auf die bewegungsinterne Rhetorik einen starken restriktiven Einfluss ausübt. Deswegen erhebt die überwiegende Mehrheit der globalisierungskritischen Bewegungen die Gewaltfreiheit zum konstitutiven Merkmal ihres Handelns. Nur so können sie sich einer breiteren öffentlichen Akzeptanz sicher sein, und ihren Fortbestand langfristig sichern. Bewusst gewaltbereite Bewegungsaktivisten können an diesem mächtigen *Frame* kaum etwas ändern. Sie begeben sich durch ihre Aktivitäten in die kriminelle Sphäre und verlieren dadurch die Verbindung zum Bewegungskern.

Gewalt hat aber auch ein ungeheures Mobilisierungspotential, wenn sie als erlittene Gewalt auftritt. Kaum ein anderes Ereignis kann mehr Solidarität und Zusammenhalt hervorrufen wie eine kollektive Gewalterfahrung. Insofern wäre eine Eindämmung der proaktiven polizeilichen Gewalt nur im Interesse des Staates.

Fazit

Der mächtige Topos des staatlichen Gewaltmonopols verhindert eine „unvoreingenommene“ Gewaltdebatte. Jegliche funktional anmutende Thematisierung der Gewaltfrage bleibt vor diesem Hintergrund eine Ausnahmeerscheinung, sowohl bewegungsintern als auch im öffentlichen Raum.

Die anfangs vorgestellten empirischen Befunde zeigen, dass Gewalt selten ein bewusst geplanter kommunikativer Akt ist, sondern in aller Regel im spezifischen Interaktionszusammenhang auftaucht. Das heißt konkret, Gewaltanwendung ist ein dauerhaftes Phänomen, das durch strategische Entscheidungen nicht in hohem Maße beeinflussbar ist. Insofern werden wir uns weiterhin mit einzelnen Gewalthandlungen der globalisierungskritischen Bewegung konfrontiert sehen. Aber auf der diskursiven Ebene, vor allem was die Darstellung nach außen angeht, wird der Topos der Gewaltlosigkeit eine herausragende Rolle spielen (müssen). Dies wird aber manche Bewegungsaktivisten nicht davon abbringen, Gewalt situationsabhängig einzusetzen, wenn sie zielführend erscheint. Es gibt auch eine relativ hohe Bereitschaft innerhalb der Bewegung, diese *situative* Gewalt zu akzeptieren, nur darf sie mit der gewaltfreien Diskursebene nicht kollidieren. Die Folge wäre ein fataler Methodenstreit und ein progressiver Schwund der sozialen Basis.

Wichtig sind außerdem die Interpretations- und Zuschreibungsleistungen von globalisierungskritischen Bewegungen in Bezug auf Gewalt. Solange Gewalt als legitime Notwehr oder als erlittene Gewalt wahrgenommen wird, kann die Gewaltfrage kein großes Demobilisierungspotential entfalten (reaktive Gewalt). Die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Handlung Gewalt ist oder nicht, obliegt nicht nur dem Handelnden, sondern auch dem Adressaten der Handlung. Von seinen Zurechungsaktivitäten hängt ja auch die öffentliche (z.T. auch die bewegungsinterne) Wahrnehmung der Gewalt ab. Insofern kommt der Öffentlichkeit eine kaum zu überschätzende Rolle bei der Interpretation von Gewalthandlungen zu. Solange keine alternative Kommunikationsinfrastruktur vorhanden ist, bedürfen globalisierungskritische Bewegungen eines schlagkräftigen PR-Managements, wenn sie sich nicht bei jeder Protestaktion dem Gewaltvorwurf ausgesetzt sehen wollen.

Gandhi oder Marcuse?

Die destruktiven Aktionen der schwarzen Blöcke haben kein soziales Veränderungspotenzial

Von J. Jurriaan Anijs

Kaum ein Gipfel von G8, WTO oder EU verläuft heute ohne Proteste der globalisierungskritischen Bewegung. Kaum ein Treffen der "großen Politik" verstreicht heute ohne militante Gegenaktionen. Ob in Seattle, Göteborg, Prag oder Barcelona, immer haben Teile der Protestierer für medienwirksame Bilder gesorgt, indem sie Schaufensterscheiben eingeworfen oder Autoreifen entflammt haben. Nur selten musste der Beobachter bislang auf das gewohnte Frontalzusammentreffen von maskierten Demonstranten und Polizisten verzichten: Steine und Flaschen von der einen Seite, Wasserwerfer und Tränengas von der anderen – und gelegentlich wird scharf geschossen.

Spätestens seit den gewaltsamen Ausschreitungen während des G8-Gipfels in Genua im Sommer 2001, denen ein Demonstrant zum Opfer fiel, ist die Gewaltfrage innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung zu einem akuten Thema geworden. Seitdem wird heftig gestritten. So hat beispielsweise Susan George starke Kritik aus den Reihen ihrer Mitstreiter bei Attac hinnehmen müssen, als sie sich öffentlich von militanten Globalisierungskritikern distanzierte. George hatte auf die kontraproduktive Wirkung von Gewalt hingewiesen. Ihre Kritiker heiligten die angezweifelte Mittel durch den vorgeblich guten Zweck. Seitdem verhärten sich die Fronten. Während von der einen Seite Mahatma Gandhi als Ikone des gewaltlosen Protests zum Vorbild stilisiert wird, beruft sich die andere Seite auf Herbert Marcuses Pauschallegitimation der Gewalt von unten.

Die Gewaltfrage an sich ist weder sonderlich originell noch weiterführend, wenn es um die programmatische Fortentwicklung oder die Umsetzung bestimmter Ziele einer heterogenen sozialen Bewegung geht. Die Gewaltfrage dividiert die globalisierungskritische Bewegung. Denn die Frage, ob militantes Vorgehen positive Veränderungen zu bewirken im Stande ist, kann nicht einheitlich beantwortet werden. Die Spaltung verläuft hierbei jedoch nicht, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag, zwischen revolutionären Hardlinern und reformistischen Zauderern. Die Kluft ist eine soziale. Sie liegt zwischen den Gesellschaften, ihre Konturen sind durch die verschiedenen Ausprägungen der nationalstaatlichen Strukturen vorgezeichnet. Das aber heißt, dass die Gewaltfrage zu aller erst auf nationaler Ebene und mit Bezug auf die eigene Gesellschaft, deren Entwicklung und deren Status quo beantwortet werden muss. Also wenden wir uns der Bundesrepublik zu.

In der Bundesrepublik ist die Gewaltfrage keineswegs neu. Obwohl ihre Allgegenwärtigkeit insgesamt nur ein kurzes Jahrzehnt währte, war sie doch intensiv. Ende der 60er-Jahre war kein anderes Thema öfter auf der Tagesordnung der Diskussionen innerhalb des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Und wenngleich die Repräsentanten der Generation der 68er heute viele gesellschaftliche Veränderungen als eigene Erfolge zu verbuchen suchen, die wahren Ziele der Bewegung sind an den Fragen der Zulässigkeit und Anwendbarkeit von gewaltsamen Mitteln gescheitert. Ein Grund, aus der Vergangenheit zu lernen?

Der Deutsche Herbst 1977 offenbarte sich als Wellenbrecher für das letzte Anrauschen der Gewaltfrage in der Bundesrepublik. Seitdem sind die Kräfteverhältnisse faktisch geklärt. Die breite Mehrheit der Bevölkerung steht gegen die Selbstmandatierung terroristischer Weltverbesserer. "Der deutsche Herbst war ein letztes Rezidiv, eine atavistische Wiederkehr verdrängter Gewaltphantasien" (Hans-Magnus Enzensberger). Anlass für ein paar Schlussfolgerungen?

Gewalt als Selbstzweck

Die Renaissance der Gewaltfrage innerhalb der deutschen Linken, diesmal unter den Vorzeichen der Globalisierung und begleitet von einer vorgeblichen Kritik an deren Verlauf, gebiert sich äußerst widersinnig. Einige wenige Frustrierte reisen durch die Welt und geben sich im Schutz einer breiten gewaltfreien Bewegung dionysischen Trieben hin. Blind, wer nicht erkennt, dass hier Gewalt zum Selbstzweck verkommt. Oder sollten die Initiatoren der schwarzen Blöcke tatsächlich davon überzeugt sein, dass ihren destruktiven Aktionen ein soziales Veränderungspotential innewohnt?

Noch bieten die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung vielfältigen Aktionsformen Raum. Allerdings wird immer offenkundiger, dass eine überdeutliche Mehrheit der Demonstranten unterschiedslose Formen des gewaltsamen Protest ablehnt. Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen blinder Wut oder triebgeleiteter Gewaltsamkeit und strategischem Widerstand bzw. zivilem Ungehorsam. Zudem hat die Anwendung unüberlegter und sinnloser Gewalt seitens feiger Einzeltäter bisher zu einer schädlichen Kollektivhaftung der gesamten Bewegung geführt. Tränengas und Gummigeschosse treffen meistens die Falschen, ein Umstand, der glücklicherweise bislang noch nicht zu einer breiten Radikalisierung der Bewegung geführt hat. Denn dies wiederum hätte allenfalls noch mehr Tote und eine nachhaltige Delegitimierung der Bewegung zur Folge.

Alle Teile der globalisierungskritischen Bewegung, sowohl die verschiedenen Gruppierungen als auch die einzelnen Personen, denen ernsthaft an einer positiven Veränderung der bestehenden Strukturen gelegen ist, stehen vor der Aufgabe, sich in Bezug auf die Anwendung von unterschiedsloser Gewalt klar zu positionieren und dabei die Akzeptabilität ihrer Protestformen und die Dienlichkeit der Mittel für ihre Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Denn auch der Blick auf die mediale Präsenz täuscht, wenn man die bloße Thematisierung der Bewegung für einen Erfolg hält. Zwar hat der militante Aktionismus der globalisierungskritischen Bewegung zu breiter Aufmerksamkeit verholfen; allerdings hat er auch viel zu lange das öffentliche Meinungsbild über die Bewegung verzerrend dominiert.

Rückzug der Krawalltouristen

Der globalisierungskritischen Bewegung wird eine Externalisierung der Steinewerfer nicht schaden, ganz im Gegenteil, ein Rückzug der vergleichsweise wenigen Krawalltouristen wäre eine Befreiung für alle Globalisierungskritiker. Denn die wirklichen Chancen des zivilen Ungehorsams fangen erst dort an, wo sich eine Verbindung von Mittel und Zweck ergibt, die sich aus der Aktionsform selbst vermittelt. Das heißt aber gerade nicht, dass sich die Möglichkeiten des Protests in staatskonformen Verhaltensweisen erschöpfen müssen. Hierüber sollten sich alle klar sein.

Auch die globalisierungskritische Bewegung kann die Gewaltfrage nicht annäherungsweise klären, dafür gibt es weder ein Forum noch eine gemeinsame Sprache von Demonstranten und Gewaltfanatikern. Die Bewegung kann die unterschiedslose Gewalt allenfalls – und das sei ihr von hier aus inständig zu wünschen – überwinden, indem sie selbst für die Isolation derjenigen sorgt, deren primäres Ziel Gewalt ist. Ansonsten wird sie sich, der Logik der Sys-

temtheorie entsprechend, bis zu ihrem Verschwinden in den Paradoxien selbstreferentieller Existenzgründe verstricken.

Eine aufgezwungene Diskussion

Die Gewaltdebatte und ihre Bedeutung für die Vielfalt in der globalisierungskritischen Bewegung

Von Jenny Meyszner

Die schweren Ausschreitungen beim EU-Gipfel in Göteborg und dem G8-Gipfel in Genua haben eine weitere Debatte unter den Globalisierungskritikern ausgelöst: die Frage nach dem Verhältnis zu den gewaltbereiten Teilen der Bewegung. Dabei haben sich im wesentlichen zwei unterschiedliche Positionen herausgebildet.

Attac als der „gemäßigte“ Teil der globalisierungskritischen Bewegung lehnt Gewalt prinzipiell ab. In verschiedenen Positionspapieren von Attac Deutschland und auch von Attac Frankreich wurde diese Haltung bekräftigt und wie folgt erläutert: Erstens lehne man grundsätzlich jede Form von Gewalt ab, da sie „einen Bruch mit der Praxis demokratischer Vereinbarungen“ (Attac Frankreich) bedeute und man eine Delegitimierung und/oder Kriminalisierung der Bewegung fürchtet, bei der die anderen politischen Ziele der Bewegung nicht mehr wahrgenommen werden. Zweitens fürchtet Attac die politische Instrumentalisierbarkeit der Gewaltfrage insbesondere angesichts des Einflusses der Medien auf die Meinungsbildung, „denn Gewaltszenen kommen der visuellen Logik des Mediums (Fernsehen) in besonderem Maße entgegen“ (Attac Deutschland).

Eine grundsätzlich andere Haltung vertritt (u.a.) der Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im BUKO. Für sie ist Gewalt zwar „kein legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung, hat die Mobilisierung sozialer Bewegungen aber schon oft vorangetrieben.“ Als positives Beispiel werden die Zapatistas genannt, in deren Militanz sie eine „Art Initialzündung für eine internationale kapitalismuskritische Protestbewegung“ sehen. Auch die Rolle der Medien schätzen sie anders ein als z.B. Susan George oder Peter Wahl von Attac. Nicht über die friedlichen Demonstrationen sei berichtet worden, sondern gerade erst der „radikale Flügel hat ihr Anliegen in die Schlagzeilen gebracht.“ Differenzierend fügt der BUKO allerdings noch ein, dass zwischen den Aktionsformen unterschieden werden müsse. Verantwortungslose Gewalt, bei denen Teile der eigenen Bewegung als sogenannte „nützliche Idioten“ gefährdet werden, wie z.B. wenn friedliche Demonstranten als Schutzschilde benutzt werden, lehnt auch der BUKO ab.

Militanz kein neues Phänomen

Die Gewaltdebatte gehört sicherlich nicht zu den vordringlichsten Problemen, mit denen sich die globalisierungskritische Bewegung jetzt und in Zukunft auseinandersetzen muss. Sie ist auch kein neues Phänomen. Militanz hat es auch schon in anderen sozialen Bewegungen gegeben. Beispiele dafür sind die Häuserkampfbewegung, die Anti-AKW-Bewegung oder die Bewegung gegen die Startbahn West. Aber auch die Bereitschaft von Militanten in den 90er Jahren, Flüchtlingsheime vor dem rassistischen Mob zu schützen lässt sich dazuzählen. Angesichts dieser Beispiele wäre darüber zu diskutieren, ob Gewalt und Militanz, Bewegungen

grundsätzlich schadet. Es lässt sich daraus aber auch kein Argument für Gewalt entwickeln. Denn weder die Bewegungen, die Gewalt in ihren Reihen zugelassen haben, noch Bewegungen, die Gewalt auch schon früher abgelehnt haben (wie z.B. die Friedensbewegung), konnten nennenswerte Erfolge außerhalb der Politisierung und Mobilisierung der „Zivilgesellschaft“ vorweisen.

Ist es also überflüssig über dieses Thema zu diskutieren? Sollte sich die Bewegung anderen, wichtigeren Themen zuwenden? Ja und Nein.

Die Diskussion um eine Distanzierung von gewaltbereiten Teilen innerhalb der Bewegung ist von außen aufgezwungen. Von außen bezeichnet hier zum einen die staatlichen Gewaltapparate, die versuchen, die Bewegung zu kriminalisieren, um eigene Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Der Umgang der Polizei mit den Demonstranten in Genua markierte den bisherigen Höhepunkt staatlicher Gewaltanwendung und richtete sich keineswegs nur gegen den gewaltbereiten Teil der Demonstranten. Von außen bezeichnet aber auch die offizielle Politik, die sich – zum Teil besorgt, zum Teil empört - zu den Unruhen in Genua und Göteborg geäußert hat. Das reicht von Joschka Fischer (in Genua hätte man doch eigentlich „eine Demonstration der Freude veranstalten müssen“, SPIEGEL 30/2001) bis Silvio Berlusconi, der die Globalisierungskritiker mit Al-Qaida-Terroristen verglich. Auch die Medien haben mit ihrer fast durchweg einseitigen Konzentration auf die Unruhen ihren Teil zur Gewaltdebatte beigetragen. Gemeinsamer Tenor dieser Stimmen war: Die gesamte Bewegung muss sich von den „Krawallmachern“ distanzieren, sonst können wir sie nicht länger als Verhandlungspartner ernst nehmen.

Vorauselender Gehorsam

Mit ihren zahlreichen Positionspapieren und Statements in der Presse hat sich vor allem Attac von Gewalt distanziert und so – polemisch formuliert – in vorauselendem Gehorsam pariert. Man kann nun argumentieren, dass sei ihr gutes Recht, denn Attac bildet nur einen Teil der globalisierungskritischen Bewegung und kann eigene Regeln aufstellen. Problematisch ist das aber trotzdem in zweierlei Hinsicht: erstens weil Attac als Synonym für die gesamte Bewegung gesehen wird, wozu allerdings die Medien beitragen, die sich nur auf wenige Akteure konzentrieren und damit andere Gruppen marginalisiert. Entscheidender ist der zweite Grund: Ein Merkmal von Attac ist die Betonung eines weltanschaulichen Pluralismus („Vielfalt ist eine Stärke!“, Attac-Manifest). Die Distanzierung von Teilen der Bewegung markiert den ersten Schritt in Richtung einer Spaltung der Bewegung und damit zu ihrer Homogenisierung – zulasten der Vielfalt.

Betrachtet man die Gewaltdebatte aus diesem Blickwinkel, so erscheint sie nicht überflüssig. Im Gegenteil sogar sehr notwendig, denn jetzt geht es nicht mehr ausschließlich um die Gewaltfrage, sondern vielmehr darum, wer in Zukunft die Diskurshoheit innerhalb der Bewegung erlangt. Mit ihrem gemäßigten – manche sagen: sozialdemokratischen – Forderungen, hat Attac gute Chancen noch mehr Zuspruch seitens der Politik, der Medien und der Bevölkerung zu bekommen, der Weg zur Partei ist dann nicht weit. Das Beispiel der Grünen sollte aber ein abschreckendes Beispiel bleiben. Auch hier sind sich die beiden Flügel der Partei („Fundis“ und „Realos“) nicht einig geworden, auch hier kam es zu einer Spaltung und auch hier war es der radikalere Teil der Partei, der anschließend marginalisiert wurde. Eine Bewegung, die sich die Vielfalt ins Programm geschrieben hat, sollte aber keine Spaltung anstreben, sondern die Vielfalt erhalten und eine Streitkultur entwickeln, die nicht auf Kosten von Minoritäten geht. Beide Optionen, die radikale wie die verhandelnde, sollten erhalten und im Sinne einer taktischen, situativen Strategie entwickelt werden.

7. Zur Motivation der Globalisierungskritiker

Planetenbürger im Widerstand

Ihre Identität als globale Bürger bewegt die Globalisierungskritiker zum Engagement

Von Axel Dorloff

Es mag zunächst verwundern, dass die globalisierungskritische Bewegung insbesondere in den westlichen Industrienationen zahlreiche Anhänger und Sympathisanten findet. Die Motivation, die beispielsweise eine deutsche Studentin aus der gehobenen Mittelschicht dazu bewegt, sich für ein gerechtes Regelwerk in der internationalen Ökonomie einzusetzen und gegen die mit der neoliberalen Globalisierung verbundenen Ungerechtigkeiten zu protestieren, ist auf den ersten Blick schwer ersichtlich. Gelten die westlichen Industrienationen noch am ehesten als Gewinner der ökonomischen Globalisierung, ist die Motivation der Aktivisten aus diesen Ländern nicht automatisch aus der persönlichen und konkreten Lebenssituation heraus zu erklären. Reinhard Mohr versucht den globalisierungskritischen Aktivismus im „Spiegel“ als eine Art Modeerscheinung nach Loveparade und New Economy zu entlarven. Vom neuen „Vulgärmarxismus, computergerüstet und medienfit“ ist die Rede und davon, dass es „schick, Pardon, cool“ sei, links zu sein (Mohr 2001). Es bedarf einer gehörigen Portion Zynismus und Polemik, dieser Argumentationslinie zu folgen. Im folgenden wird dagegen die These vertreten, dass die Identität des *global citizen* bei der Motivationsfindung westlicher Globalisierungskritiker eine entscheidende Rolle spielt.

Bei den Erklärungsansätzen für politisches Engagement spielt immer auch die Frage mit, um welche Form politischer Identität es sich handelt. In welchem Rahmen denkt der Engagierte politisch und aus welchen Quellen leitet er sein eigenes politisches Handeln ab? Entsprechend der realistischen Schule in der Theorie internationaler Beziehungen ist der Nationalstaat die zentrale Analyseeinheit des Politischen. Politisches Denken und Handeln erklären sich aus einem nationalstaatlichen Bezugsrahmen heraus. Im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre tauchte der Begriff *identity politics* in den politikwissenschaftlichen Debatten auf. Der Begriff *identity politics* wird überwiegend dazu verwendet, politisches und gesellschaftliches Engagement zu beschreiben, das sich aus der eigenen Identität ableitet und die Menschen in partikuläre Interessen bzw. Identitäten einteilt (vgl. Bennett).

Neue Ausrichtung von *identity politics*

Beide Ansätze bieten aber keine überzeugende Argumentation, um das Engagement der Aktivisten der globalisierungskritischen Bewegung hinreichend zu erklären. Weder spielt sich ihr politisches Denken und Handeln in einem nationalstaatlichen Bezugsrahmen ab, denn die globalisierungskritische Bewegung ist per se eine transnationale Bewegung, mit transnationalen Zielen, Inhalten und Strategien. Noch spielen partikuläre Identitäten eine übergeordnete Rolle, die sich aus der eigenen Lebenssituation heraus erklären lassen. Wie bereits angedeutet, ist es nicht offensichtlich, warum sich eine wohlhabende Studentin einer westlichen Industrienation für den Schuldenerlass der Entwicklungsländer engagiert. Aus ihrer eigenen, unmittelbaren Lebenswelt heraus lässt sich das jedenfalls schwer erklären. Es muss also ein

anderer Erklärungsansatz gefunden werden, der nicht ausschließlich auf den Nationalstaat Bezug nimmt und über die herkömmliche Definition von *identity politics* hinausgeht.

Steven M. Buechler gibt zu bedenken, dass der Begriff *identity politics* im Zusammenhang mit transnationalen sozialen Bewegungen durchaus eine neue Ausrichtung bekommt: "Transnational movements promote a different type of identity politics. In these movements, attempts to build bridges across groups promote an identity as global or planetary citizen that transcends the bonds of any one collectivity, organization, or place" (Buechler 2000: 78). Genau hier liegt der Anknüpfungspunkt zur Motivation der globalisierungskritischen Aktivisten. Diese sind ebenfalls Teil einer transnationalen Bewegung, die Identität des *global* oder *planetary citizen* spielt in der Erklärung ihres politischen und gesellschaftlichen Engagements eine entscheidende Rolle. Das Bewusstsein dafür, ein Teil des globalen Ganzen zu sein, rückt im Zuge des Globalisierungsdiskurses und des Selbstverständnisses transnationaler sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt.

Aus diesem Bewusstsein heraus resultiert die Forderung nach einer Demokratisierung der internationalen politischen Ökonomie, nach einem funktionierenden Regelwerk, das die Ökonomie in die Pflicht nimmt, Ressourcen gerechter verteilt und den Bürgern Rechte garantiert, die der Nationalstaat nicht mehr garantieren kann. Aufgrund wachsender globaler Interdependenzen – ökonomischer, politischer und kultureller Art – verändert sich das Verhältnis des Individuums zum Nationalstaat. So stellt Richard Falk fest: "the erosion of state autonomy and the emergence of arenas of decisions and power beyond the control of the state have been weakening traditional bonds of identity between individuals and the state" (Falk 2000: 5). Bei den Globalisierungskritikern aus den westlichen Industrienationen lässt sich genau diese Entwicklung beobachten. Sie sehen sich nicht als Vertreter ihrer eigenen nationalstaatsspezifischen Probleme oder haben ausschließlich eine Agenda, die auf einen einzelnen Nationalstaat zugeschnitten ist. Ihr politisches Denken und Handeln bezieht sich vielmehr auf den globalen Raum.

Global citizenship

Die klassische Definition von *citizenship*, die bürgerliche, politische und soziale Rechte des Individuums im Nationalstaat umfasst, reicht als Kategorie nicht aus, um die Identität des *global citizen* adäquat zu beschreiben. Gemeint ist hier auch kein rechtlicher Status, der eine *global citizenship* definieren würde, sondern lediglich ein Bewusstsein, eine Identität: Diese beruht auf der Erkenntnis, dass die maßgeblichen Akteure in der internationalen Ökonomie und Politik weder demokratisch legitimiert sind noch von der Bevölkerung bzw. ihren demokratisch gewählten Repräsentanten kontrolliert werden können. Gemeint sind hier z.B. multinationale Institutionen wie die Weltbank, die Welthandelsorganisation oder der Internationale Währungsfonds, die mit ihrer Politik die ökonomischen Verhältnisse von Nationalstaaten beeinflussen, aber auch multinationale Unternehmen. Damit geht die Einsicht einher, dass Forderungen hinsichtlich Umweltstandards, Menschenrechten oder sozialen Rechten nur dann wirklich Sinn machen, wenn sie auch global durchgesetzt werden.

Die neoliberale Globalisierung selbst ist der Grund für die Globalisierung des Protestes und für die Herausbildung einer Identität des *global citizen* unter den Protestierenden. Westliche Globalisierungskritiker sind nicht immer direkt spürbar in ihrer Lebenswelt von den Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung betroffen (wie z.B. vietnamesische ArbeiterInnen in den Nike Fabrikhallen), haben aber das Bewusstsein entwickelt, dass sie indirekt unter transnationalen Machtarrangements (durch multinationale Institutionen, multinationale Unternehmen) zu leben haben, die jenseits des Einflusses des Nationalstaates im globalen Rahmen stattfinden und dort die Ungerechtigkeiten verstärken. Deshalb versuchen Globali-

sierungskritiker jenseits des nationalen Rahmens ihren Protest zu artikulieren. Insbesondere die Kommunikations-Revolution der letzten zehn Jahre in Form von Internet, E-Mail, Newsletters, Newsgroups macht es den transnationalen Protestbewegungen entschieden leichter, ihren Protest zu organisieren und zu koordinieren. Die jüngsten Fortschritte in der weltweiten Kommunikation tragen einen großen Teil dazu bei, die Identität des *global citizen* zu formen, indem sie globale Vernetzung und globalen Protest in dieser Form erst möglich machen.

Der globalisierungstaugliche Mensch

Auch die Menschen in den westlichen Industrieländern sind Globalisierungsverlierer

Von Nina Wolff

In den letzten Jahren hat die globalisierungskritische Bewegung einen regelrechten Boom erfahren. Die Heterogenität der Globalisierungskritiker ist ein viel diskutiertes Phänomen, ebenso wie die Tatsache, dass die Bewegung neben vielen Gruppen aus der sogenannten Dritten Welt, aus Südamerika und auch Afrika, deren Motivation unmittelbar nachvollziehbar scheint, auch viele Menschen aus den westlichen Industrieländern anzieht. Sie kommen aus unterschiedlichen sozialen Klassen, Altersgruppen und Milieus; neben der Arbeiterbewegung engagieren sich auch viele Angehörige des Bildungsbürgertums und der Mittelschicht, ungewöhnlich viele Menschen, die sich zuvor noch nie politisch engagiert haben, und junge Leute, die in den letzten Jahren von Medien und Politikern unter dem Begriff der „Spassgesellschaft“ zusammengefasst wurden und die gemeinhin als Globalisierungsgewinner gelten.

Wurde in den letzten Jahren eine stetig zunehmende Politikverdrossenheit beklagt, scheint es nun umso erstaunlicher, daß junge, gut ausgebildete Menschen, denen in Zeiten neoliberaler Globalisierung alle Chancen offen stehen sollten, ihre „Privatparty“ verlassen, um gegen neoliberale Globalisierung und für eine bessere Welt zu protestieren. Mohr bezeichnet diesen Protest abwertend als „Schluchzen des weißen Mannes“, als Gewissenberuhigung in den einstigen Kolonialmächten. Die Protestbewegung, die die westliche Gesellschaft erfasst hat, wird als neuer Trend abgetan, der die langweilig gewordene New Economy und ihr kulturelles Beiwerk ablöst.

Reichtum macht nicht glücklich

Mag darin auch ein Körnchen Wahrheit stecken, so wäre es nicht nur zynisch, sondern auch vereinfachend und in vielen Fällen schlicht falsch, die Hintergründe des zunehmenden Engagements vieler Menschen des westlichen Kulturraumes auf schlechtes Gewissen und eine Mode zu reduzieren. Ich denke, ein Grund für das Engagement der sogenannten Globalisierungsgewinner ist der, daß diese sich nicht als solche fühlen und auch keine sind, wenn man davon ausgeht, daß die Akkumulation von Reichtum und Wohlstand und die Befriedigung des Konsumrausches weder erfüllend sind noch glücklich machen. Vielmehr kommen immer mehr Menschen dahinter, dass ihre angeblichen Bedürfnisse von der Werbeindustrie, bzw. vom kapitalistischen System produziert werden, um die Menschen in das System einzubinden und dieses aufrecht zu erhalten. Das kapitalistische System ist aus reinem Selbserhal-

tungstrieb darauf angewiesen, sich in den Köpfen der Menschen zu reproduzieren, so dass uns unsere Art zu leben als die einzig mögliche und erstrebenswerte erscheint.

Doch sind die meisten Menschen durch die fortschreitende Globalisierung einem immer größeren Druck ausgesetzt, wie am Fließband zu funktionieren, Leistung zu erbringen und sich einen perfekten, interessant individuellen und doch konformistischen Lebenslauf zusammenzustellen, der vom Kindergarten bis in die Rente die Funktion hat, ein globalisierungstauglicher Mensch zu werden, auf allen Gebieten gebildet, erfahren, praxistauglich, belastbar, kreativ und unbedingt auch jung, kommunikativ und flexibel. Diesem Anspruch genügen die Wenigsten, so dass sich immer mehr als Versager fühlen, die oberflächlich als erfolgreich angesehen werden.

Individualität ist nicht mehr Freiheit, sondern ein Muss

Die Zahl der depressiven und psychisch oder sozial gestörten nimmt stetig zu, was nicht nur daran liegt, daß derartige Probleme früher kein Thema waren. Das rein wirtschaftliche Denken, dessen einziges Prinzip Profitmaximierung ist und menschliche Bedürfnisse nur als Störfaktor sehen kann, verheizt die Menschen als Funktionsträger im System. Selbst Individualität ist nicht mehr Freiheit, sondern ein Muss im Kampf um den besten Posten.

Ich glaube, daß sich deswegen immer mehr Menschen in der Protestbewegung wiederfinden, denen dadurch bewußt geworden ist, dass dieser Weg sie nicht glücklich macht und dass es noch etwas anderes geben muß. Man kann das auch die altbekannte Suche nach einem Sinn in unserem Leben nennen, für den der Konsumrausch nur eine Ersatzbefriedigung ist. Das Gefühl, etwas verändern zu können, ist nicht ersetzbar. Nicht allein zu sein, gemeinsam für etwas zu kämpfen, statt in jedem einen Konkurrenten zu sehen, ist für viele Menschen zumindest unterbewußt eine wichtige Motivation.

Eine solche Motivation ist sicher eher bei Menschen der westlichen Welt zu vermuten, als in Entwicklungsländern, in denen die Menschen weitaus mehr mit dem täglichen Überleben beschäftigt sind. Doch auch in Industrieländern leiden die Menschen nicht nur indirekt und oft unbewußt, sondern konkret und offensichtlich unter dem Neoliberalismus, da auch hier durch Einsparungen, Fusionen, Technologisierung und Ausweichen auf Billiglohnländer viele Menschen ihre Stellen verlieren, wodurch zwar nicht ihr Leben bedroht wird, aber ihre Würde und Selbstachtung. Neben das Gefühl einer allgemeinen Sinnleere treten also auch konkrete Ängste vor dem sozialen Abstieg.

Rebellion oder Generation Golf?

Das Engagement jugendlicher Globalisierungskritiker erklärt sich auch als Generationenkonflikt – und passt in die Zeit

Von Marcus Grätsch

*"Sag ja zum Leben,
sag ja zum Job,
sag ja zur Karriere,
sag ja zur Familie.
Sag ja zu einem pervers großen Fernseher.
Sag ja zu Waschmaschinen, Autos, CD-Playern und elektrischen Dosenöffnern.
Sag ja zur Gesundheit, niedrigem Cholesterinspiegel und Zahnzusatzversicherung.
Sag ja zur Bausparkasse,
sag ja zur ersten Eigentumswohnung,
sag ja zu den richtigen Freunden.
Sag ja zur Freizeitkleidung mit passenden Koffern,
sag ja zum dreiteiligen Anzug auf Ratenzahlung in Hunderten von Scheiß-Stoffen.
Sag ja zu do-it-yourself und dazu, auf Deiner Couch zu hocken und Dir hirnlähmende
Gameshows reinzuziehen, und Dich dabei mit Scheiß Junk-Fraß vollzustopfen.
[...]
Aber warum sollte ich das machen?
Ich habe zum ja sagen nein gesagt.
Die Gründe?
[...]"*

Obwohl die meisten Jugendlichen nicht den heroindurchtränkten Weg von Renton, Sick Boy und den anderen Figuren des Films *Trainspotting* wählen, würden viele die Absage an Konsumgeilheit und Spießbürgertum unterschreiben, mit der dieser Kultfilm der 90er Jahre beginnt.

Zwar ist die Rebellion gegen den Lebensstil der älteren Generation nichts Außergewöhnliches, trotzdem unterscheiden sich diese Art der Jugendkultur und die damit transportierten Einstellungen von anderen. Grundlegend scheinen gerade bei den in der globalisierungskritischen Bewegung organisierten Jugendlichen eine durch die Kulturindustrie, Marketing, Public Relations Apparate usw. eingehämmerte Popkultur auf Skepsis oder Ablehnung zu stoßen. Douglas Coupland zeichnete dazu ein passendes Bild, in seinem Buch "Generation X".

Von der „Generation X“...

"Generation X" umschrieb Anfang der 1990 Jahre eine ganze Generation der damaligen *twenty-somethings*. Andy, Claire und Dag, die drei Helden des Romans, verlassen das "Hotel Mama", ziehen in drei Bungalows am Rande der Wüste, um dort zu leben und sich Geschichten zu erzählen. Sie sind Aussteiger aus der oberen Mittelklasse, die zuvor als Marketing Experten oder ähnliches gearbeitet haben, es aber nach einem Schlüsselerlebnis vorziehen, sich mit Aushilfsjobs über Wasser zu halten. Sie versuchen, als bürgerliche Aussteiger den *Mid Twenties Breakdown*, die vorverlegte Midlife-Crisis, zu überwinden, der Glaube an Yuppie-Glück und schnellen Wohlstand ist ihnen vergangen.

Die Krise hatte auch politische und ökonomische Gründe: In jenen Jahren war die Atmosphäre in den USA geprägt von einer wirtschaftlichen und sozialen Krisenstimmung: Die Reallohne in den USA fielen ebenso auf einen Tiefstand wie die staatliche Sozialhilfe, die seit 1970 um die Hälfte gekürzt worden war. Der staatlich garantierte Mindeststundenlohn belief sich auf 4.25\$ (brutto!), die Anzahl der Obdachlosen auf etwa drei Millionen. Die Mittelklasse

schrumpfte, woraufhin die College-Absolventen aus der weißen Bevölkerungsschicht die Konsequenz ziehen mussten, dass sie nach dem Studium entweder Karriere machen oder McJobs antreten mussten. Die Vision der sorgenfreien Zukunft ihrer Eltern, die ja der Flower-Power-Generation angehörten, konnten die damaligen Mittezwanziger nicht teilen.

In Europa entwickelte es sich ähnlich: Die Welt war in Bewegung und vermittelte den Eindruck von Schnelllebigkeit und Orientierungslosigkeit. Die jungen 90er Jahre steckten voller Ambivalenzen: Selbstverwirklichung vs. Karriere, Sexuelle Freiheit vs. AIDS, Rassismus vs. Political Correctness, Partnerwunsch vs. Singledasein. Und das alles angesichts einer zunehmenden Kriminalisierung der Städte und fortschreitenden Zerstörung der Umwelt.

...zur „Generation Why“

Der Individualismus erlangte einen neuen Schub, so dass zu den bereits bestehenden Jugendsubkulturen neue hinzukamen. Viele von jenen ausdrücklich mit dem Ziel, *independent*, *alternative* und nicht profitorientiert zu sein. Kapitalistische Unternehmen reagierten allerdings schnell auf die neuesten Trends aus den alternativen Szenen und adaptierten und vermarktetten sie. Naomi Klein sieht dies als Ursache für das Aufkeimen einer neuen Generation, die auf diese Wandlungsfähigkeit des polit-ökonomischen System reagiert:

"Forget Generation X and say hello to Generation Why. Are you drawn to the shiny surface of pop culture? Have you ever tried to be different but yet sung along with a commercial, bought designer trainers, drunk Coca-cola or hummed chart music? If you have, you're one of us. In a world in which all that is 'alternative' is sold as soon as it appears, where any innovation or subversion is immediately adopted by un-radical, faceless corporations, gradually, tentatively, a new -our- generation is beginning to fight consumerism with its own best weapons;[...]" (Klein 2000)

In „No Logo“, angeblich dem „Kapital“ der Globalisierungskritiker, beschreibt Naomi Klein (Klein 2000), wie die „Generation X“ und Teile der noch jüngeren „Generation @“ versuchen, ihrem Leben wieder Sinn zu verleihen, indem sie sich ins *summit hopping* stürzen, *streets reclaiming* oder *ad-busting* betreiben oder *no-border camps* besuchen. Noch wichtiger aber scheint, sich ohne vorgefertigte Antworten über die Lage der Welt zu unterhalten, *teach-ins* zu organisieren und so zu versuchen, die Fragen der Generation Why zu beantworten.

Gegen eine Welt, in der...

Fragend und Polit-Events organisierend, versucht diese Generation, sich gegen eine Welt zu stellen, in der Kriege im Namen der Demokratie geführt werden, in der die großen Ölmultis durch Havarien und Menschenrechtsverletzungen das Elend der Welt noch weiter vorantreiben. Sie lehnen sich auf gegen eine Welt, die sie von zunehmendem Rassismus (in Deutschland etwa Hoyerswerda, Rostock Lichtenhagen, Mölln) und steigender Armut in der sog. dritten und der ersten Welt gezeichnet sehen. Einer Welt, in der das politische System eine gesichtslose technokratische Politik betreibt, die auf Vernunft begründet sein soll, einer Vernunft, die zur Diktatur wird (Saul 1992) weil sie "keine Alternativen" zulässt. Sie reagieren auf eine politische Klasse, die auf humanitäre Katastrophen wie die Abschachtung Tausender Menschen in Ruanda, die zunehmende Zerstörung der Umwelt oder die Ausbreitung von AIDS nicht oder nur mangelhaft reagiert; eine politische Klasse, die vermeintlich den Profit über die Menschen stellt und dabei immer offensichtlichere Allianzen mit den Chefs der Großunternehmen eingeht, oder mit diesen gleich in Personalunion auftritt, wie im Fall des italienischen Medienmoguls Berlusconi.

Sie protestieren gegen eine Welt, in der die Medien die wirklichen Probleme nicht richtig aufarbeiten oder verschweigen, ein Umstand, der umso dramatischer erscheint, wenn man Nik-

las Luhmann in der Einschätzung folgt, dass die Menschen alles, was sie wissen, aus den Massenmedien wissen. Dort wird, wie Noam Chomsky und Edward S. Herman (1988) es darlegten, der Konsens zum politischen System und dessen Entscheidungen hergestellt. Daraus folgt eine Welt, in der das "Leben selbst [...] ein Objekt der Macht" ist (Foucault 1984, S. 194) und die sich von einer Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft gewandelt hat: "Machtausübung findet durch maschinische Systeme statt, die direkt auf die Köpfe wirken (Kommunikationssystem, Informationsnetzwerke etc.), die Körper organisieren (Sozialsysteme, kontrollierte Aktivitäten etc.) und einen Zustand autonomer Entfremdung (vom Sinn des Lebens, vom Wunsch nach Kreativität) herbeiführen." (Negri/Hardt, 2002, S.38).

In dieser Welt hat sich ein Teil der Generation X zur Generation Golf gewandelt, die den Börsenboom der New Economy als erste große Leidenschaft erlebte und deren gesellschaftlicher Beitrag laut Florian Illies aus der "Ästhetisierung der Gesellschaft" und der Definition der menschlichen Existenz „über Werbesprüche und Labels in den Jacketts" besteht. Dies ist der angepasste Weg. Ein Teil der Jugend hat statt der "Ich Public Relations - AG" den Weg des Widerstandes gewählt.

„Ich will Teil einer Jugendbewegung sein!“

Nicht nur die Angst um das Bestehende motiviert die Kritik, es liegt auch im Trend

Von Annemarie Oberschmidt

Warum streiten sich die Deutschen über Mülltrennung, geben dreimal soviel Geld für eine Salatgurke im Bioladen aus und solidarisieren sich mit den Zapatistas am anderen Ende der Welt – Geht es ihnen zu gut? Tatsache ist, vielen Deutschen und vielen anderen Menschen in den westlichen Industrienationen geht es gut. Das Wohlstandsniveau ist hoch. Und doch gibt es trotz des relativen Reichtums auch hier Armut. Die Zahl der „gesellschaftlichen Verlierer“ in den westlichen Industriegesellschaften nimmt stetig zu. Fast wöchentlich gibt es neue Katastrophenmeldungen über Insolvenzen etablierter geglaubter Firmen, „feindliche Übernahmen“, „merger“ usw. bestimmen die Wirtschaftsseiten, die Aktienmärkte erleben Berg- und Talfahrten. Längst hat nicht nur der Durchschnittsbürger den Überblick verloren, fühlt sich überfahren von Schnelligkeit und Unüberschaubarkeit ökonomischer Transaktionen – und verspürt Wut einerseits und Angst andererseits: Als nächstes könnte es ihn treffen.

Diese Entwicklungen werden zunehmend nicht nur von den direkt Betroffenen als schwerwiegendes Problem wahrgenommen, sondern auch von denen, die von der Thematik (noch) nicht unmittelbar tangiert werden. Demzufolge handelt es sich bei einem Teil der Aktiven in der globalisierungskritischen Bewegung um eine neuartige Erscheinung für die Bewegungskultur in westlichen Industriestaaten, nämlich einen zunehmend verunsichertem Bevölkerungsteil, der um seinen Status quo bangt. Die Beweggründe dieser Aktivisten, sich zu engagieren, sind demnach eher persönlich motiviert.

Zum anderen finden sich unter den Globalisierungskritikern die Gruppierungen wieder, die schon in den Jahrzehnten zuvor zu den Hauptaktiven gehörten: die „altlinken“ Bewegungen der 60er Jahre sowie die Bürgerbewegungen der 70er und 80er Jahre. Beiden ist gemein,

dass sie in einer Phase der tiefen Desillusionierung endeten. Die traditionelle Linke erfuhr spätestens mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten des Ostblocks das Ende ihrer Utopie, was eine grundlegende Orientierungslosigkeit zur Folge hatte. Erst das Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegung half, dieses Vakuum zu füllen, indem sie entweder die Möglichkeit bot, den 1989 unterbrochenen ideologischen Weg fortzusetzen, oder aber sich neu zu orientieren. Die ursprünglichen Ziele konnten also aufgegriffen oder transformiert werden.

Die Bürgerbewegungen der 70er Jahre, insbesondere die Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung sind zu Beginn der 80er Jahre in den Grünen aufgegangen und haben mit zunehmender Institutionalisierung an Attraktivität verloren. Spätestens mit der Beteiligung der Grünen an der Regierungsverantwortung kam ihre ursprüngliche Dynamik zum Erliegen. Auch den Mitgliedern dieser Bewegungen eröffnet die globalisierungskritische Bewegung Möglichkeiten der Kontinuität oder der Neuorientierung. In anderen westlichen Ländern sind vergleichbare Prozesse zu beobachten.

Die Mehrheit der Mitglieder beider Gruppierungen sowie ihre Nachfolger, die heute zu den aktiven Globalisierungskritikern zählen, entspringt traditionell einem überwiegend gebildeten, bürgerlichen bis wohlhabenden Milieu. Ihnen gemein ist ein gewisser Bildungsstand und eine relative soziale sowie finanzielle Stabilität. Es scheint, als ob erst ein bestimmtes Wohlstandsniveau es erlaubt, sich mit Fragen, die über alltägliche Existenzbelange hinausgehen, zu beschäftigen. Auch ein gewisses Maß an Bildung fördert die Reflexionsfähigkeit über die bestehenden Verhältnisse. Natürlich sind die Ungerechtigkeiten dieser Welt auch ohne Abitur und Hochschulbildung ersichtlich. Dennoch spielen intellektuelle Vordenker eine große Rolle.

Mit der Bildung steigt auch das Bewusstsein für die Verantwortung der westlichen Gesellschaften gegenüber den Ländern des Südens. Dieses aus der Kolonialzeit resultierende „schlechte Gewissen“, das sich auch im Laufe des 20. Jahrhunderts kaum beruhigen konnte, ist ebenfalls ein Beweggrund für das Engagement der westlichen Globalisierungskritiker. Auch die Rolle der Medien, zu denen fast die gesamte westliche Bevölkerung im Gegensatz zu weiten Teilen in den Entwicklungsländern Zugriff hat, ist nicht zu unterschätzen: Das Wissen um die Missstände auch in entlegenen Regionen der Welt fördert das Bewusstsein für die Notwendigkeit, sich zu engagieren.

Trendfrage Globalisierungskritik

Für eine nicht zu unterschätzende Gruppe ist die Globalisierungskritik aber auch zur „Trendfrage“ geworden. Globalisierungskritik ist das Bewegungsschlagwort der späten 90er Jahre. Wer mitreden will, muss sich informieren und engagieren. Über ein anfängliches Dasein als „Schnupperaktivist“ entwickeln sich so nicht wenige zu hochmotivierten Mitstreitern. Ihr politisches Engagement soll gar nicht angezweifelt werden, aber die Motivation ist in ihrem Ursprung möglicherweise eher in der sozialen Anschlussfähigkeit zu suchen, die eine solche Bewegung bietet. Wer sich in gewissen Kreisen nicht engagiert, ist „asozial“ oder muss gute Gründe für sein Nicht-Engagement aufbieten können.

Zusammenfassend lässt sich also eine Art Prototyp der Mitglieder der westlichen Bewegungskultur erkennen – relativ gebildet, sozial gut positioniert, politisch engagiert, den klassischen Mitgliedern der früheren europäischen Protestkultur demnach sehr ähnlich. Die Motivationslagen sind jedoch sehr unterschiedlich, bei den einen überwiegt die Angst um den Erhalt des Status Quo, bei anderen das schlechte Gewissen, oder es dominiert das Bedürfnis, sich einer sozialen Bewegung anzuschließen.

8. Globalisierungskritik zwischen Theorie und Praxis

Schweinesystem contra Reformprojekt

Es war keine gute Idee, Anna und Lars gemeinsam zum Essen einzuladen...

Von Jakob Hurre

Die Spannung zwischen zähneknirschendem Realismus und fundamentaler Kritik ist ein beständig widerkehrendes Element unserer nächtlichen Küchentischdebatten: *Darf man Bomben werfen, um noch Schlimmeres abzuwenden? Ist Joschka Fischer gut, oder zählt er lange schon zu den Bösen? Was ist noch ein notwendiger Kompromiss mit der Wirklichkeit, und wo beginnt Opportunismus?*

Wenn Anna auftaucht, wird alles etwas zugespitzter. Denn Anna lehnt Realpolitik ab. Es gelingt Anna mit scharfem Verstand nachzuweisen, dass dieses System, in dem wir leben, ein Schweinesystem ist. Sie selbst nennt es nicht Schweinesystem, das passt nicht zu ihrer überlegenen, emotionslosen Art, die Dinge zu analysieren. Annas Argumentation zufolge ist es ein großer Fehler, wenn wir beim Versuch, das System zu kritisieren, der Logik genau dieses Systems verhaftet bleiben. Deshalb ist Anna auch parteilos und nicht im eigentlichen Sinne politisch aktiv. Ihre Aufgabe, so scheint es, ist ausschließlich die Kritik.

Keine gute Idee, Anna und Lars gemeinsam zum Essen einzuladen. Lars ist auch kritisch und links, vor allem aber doch ein Pragmatiker: Er schimpft und leidet mit, wenn seine Partei - die Grünen - mal wieder einen Kompromiss mit tragen, der am Ende dann doch verdächtig faul aussieht. Und verteidigt am Ende doch leidenschaftlich seine Partei gegen eine süffisante Bemerkung von Anna: „Was hätten wir tun sollen, wir sind nun mal eine 6,7-Prozent-Partei!“ Was hätten sie tun sollen? - Diese Frage stellt sich für Anna gar nicht erst: In ihren Augen sind Reformversuche innerhalb des bestehenden Systems schlechthin sinnlos: Gerade wenn sie ihr Ziel erreichen, trügen sie dazu bei, das System weiter zu stabilisieren. Deshalb verachtet sie insgeheim solche Leute wie Lars, die den Nerv haben, Stadtplanung zu studieren und sich für die Rettung von KITAS und Feuchtbiotopen zu engagieren, während sich die Menschheit auf ihr Ende zu bewegt.

Verführerisch radikal

Anna und Lars stehen stellvertretend für zwei unterschiedliche Ansätze von Gesellschaftskritik: Die beiden streiten zwar pausenlos, aber reden im Grunde doch aneinander vorbei. Dabei sind sich beide eigentlich einig in ihrer kritischen Einstellung gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Was sie tatsächlich trennt, ist weniger die Bewertung, sondern der Betrachtungspunkt: Lars fühlt und argumentiert als Teil von etwas, das er zu verändern versucht. Im Gegensatz hierzu kommt Annas Blick von außen, fast möchte ich sagen, von oben herab. Während Lars einen heiklen und manchmal schmerzhaften Spagat zwischen politischen Idealen und politischem Realismus unternimmt und dabei manchmal – gerade in der Diskussion mit politischen Widersachern – auch ein bisschen die Analyse zu rechtbiegt, ist Annas radikale Position durch keine Rücksichtnahme verbogen. Das macht

ihre Kritik verführerisch radikal; zugleich aber auch wenig angreifbar. Denn da sie die Legitimität der geltenden Ordnung ohnehin bestreitet, fällt es ihr auch leicht, Argumente, die auf dieser Ordnung fußen, vom Tisch zu wischen.

Am Küchentisch hatte ich immer wieder den Eindruck, dass Anna vor allem die Gunst jener Zuhörer zu gewinnen vermag, für die Politik weniger eine Notwendigkeit, denn ein emotionales Bedürfnis ist. Ihnen gefällt es, sich vom Funken des Radikalismus anstecken zu lassen. Ihre Triebkraft: Die Sehnsucht nach großen politischen Ideen, radikaler Kritik und Orientierungslosigkeit in diesen Zeiten, in denen es immer schwerer fällt, auszumachen, was „gut“ und „böse“, „rechts“ und „links“, ja sogar was „sozial“ und „unsozial“ ist. Radikalkritik öffnet dann die scheinbare Option einer radikalen Alternative.

Einer scheinbaren Alternative, wohlgemerkt. Denn Lars hat Recht, wenn er sich von Anna nicht zu weit hinaus aufs rhetorische Glatteis locken lässt. Schließlich macht Kritik alleine noch keine Alternative aus. Im Gegenteil: Jene Form von Radikalkritik, deren Prämisse zu sein scheint, grundsätzlich alles infrage zu stellen, verschleiert eher, dass es auch *innerhalb* des „Systems“, also innerhalb einer demokratisch-kapitalistisch verfassten Gesellschaftsform gesellschaftliche Fragen von extremer Sprengkraft gibt. Sie demotiviert hierdurch auf politischer Ebene, weil sie die tatsächlich ausgetragenen Kämpfe und Konflikte als „vergleichsweise unbedeutend“ abqualifiziert. Dabei wird vor lauter Ablehnung des Bestehenden verkannt, dass es auch zu diesem beständig schlechtere - weil undemokratischere, unsozialere oder unökologischere - Alternativen gibt. Es ist eben zum Beispiel keineswegs egal, ob man von Stoiber oder Berlusconi regiert wird. Selbst wenn beide grinsend und händeschüttelnd die Titelseite meiner Tageszeitung schmücken. Und es macht durchaus einen Unterschied, ob der seinen Gürtel enger schnallende Staat seine ersten Bemühungen auf diesem Gebiet bei Asylbewerbern, oder aber bei der Eigenheimförderung macht. Letztendlich sind es aber genau solche Fragen, die tagtäglich in demokratischen Kämpfen ausgefochten werden.

„Hier eine Demo, dort ein bisschen Global Governance...“

Das gilt im Grunde auch für den Umgang mit der Globalisierung, obwohl es hier Lars, der jetzt auch bei Attac mitmacht, schwer fällt, begeistert für seine Politik der kleinen Schritte zu werben. *Hier eine Demo, dort ein bisschen global governance, und hier ein UN-Protokoll zum Klimaschutz?* Angesichts der faktischen Ohnmacht der demokratischen Öffentlichkeit gegenüber dem Strom an Veränderungen und der Dominanz eines Landes, kann er damit kaum Punkte machen in unserer Küchenrunde. Na ja, immerhin: „Wir werden immer mehr. Und wir sind global vernetzt. Das ist eine ganz neue Form von globaler Bewegung.“

Eröffnet nicht aber auch die Radikalkritik Optionen für politisches Handeln? Allenfalls sehr eingeschränkt: Da die Ursachen von Problemen in globalen wirtschaftlichen und politischen Konstellationen gesehen werden, gegen die ein einziger auf demokratischem Wege nichts und auch ein Land wie Deutschland ziemlich wenig ausrichten kann, ergibt sich kaum ein Ansatz für politische Handlungen innerhalb der Gesellschaft. Ein möglicher – in meinen Augen der einzige philosophisch haltbare - Ausweg aus diesem Dilemma ist der Ausstieg: Der Ausstieg, das heißt die Abkopplung von der Gesellschaft, die man ablehnt und der Versuch, im Kleinen eine Alternative aufzubauen. Nicht um die Menschheit zu retten, sondern als gelebte Form politischen Protests. Anna aber zum Beispiel nimmt, wie die Mehrheit der Radikalkritiker, durchaus an der verachteten kapitalistischen Gesellschaft teil und profitiert von auch von deren Errungenschaften. Nimmt es da wunder, dass Annas politische Einstellung einen zynischen Beiklang bekommt?

Dennoch freue ich mich, wenn uns Anna besucht. Schließlich kann es – auch wenn man ihr nicht zustimmt - lehrreich sein, ihr zuzuhören. Denn ihre Analysen sind scharf und ihre Aussagen klug, auch wenn sich aus ihnen nicht gerade viele politische Handlungsoptionen ableiten lassen. Können aber analytische Schärfe und politische Praxis überhaupt in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden? Gramsci hat einmal gesagt „*Was wir brauchen, ist Pessimismus der Intelligenz und Optimismus der Tat*“. Wenn wir also, obwohl im Kopf vom allerschlimmsten ausgehend, dennoch nicht den Mut verlieren, tagtäglich erneut die Politik der kleinen Schritte zu wagen. Immer wieder, aller herben Rückschläge zum Trotz. Die großen Ziele fest vor Augen, wenn auch kaum zu erreichen.

Theorie braucht Praxis, Praxis braucht Theorie

Politisches Handeln bedarf der Anwendung theoretischer Erkenntnisse auf die sich wandelnde Welt

Von Steffen Vogel

"Verkürzte Kapitalismuskritik", "Anklänge an eine schon fast völkische Gemeinschaftsideologie" und ähnliches mehr diagnostiziert Udo Wolter und zielt damit nicht auf den nationalrevolutionären Flügel der NPD, sondern auf Attac. Ein Teil der sich als radikal verstehenden publizistischen bzw. akademischen Linken sieht seine Aufgabe momentan offenbar darin, jegliche Option auf gesellschaftsverändernde Praxis anhand eines Theorie-Reiheitsgebotes zu messen - und dann für unbrauchbar zu befinden. So gerne man manchem Schreibtischaktivisten Marx' elfte These über Feuerbach¹⁷ über den Schreibtisch hängen würde, so falsch wäre es, ihre Kritik als gänzlich unberechtigt abzutun und jegliches Handeln der globalisierungskritischen Bewegung unreflektiert zu begrüßen. Wie aber lässt sich eine im bloch'schen Sinne radikale Kritik mit einer adäquaten alltäglichen Praxis verbinden?

Bedingungen politischer Praxis

Um dies beantworten zu können, muss zuerst geklärt werden, unter welchen Bedingungen oppositionelle politische Praxis heute stattfindet und worauf sie zielt. Die Option, sich positiv auf linke Gesellschaftsvorstellungen, Reformvorschläge oder Organisationen zu beziehen, ist für einen Großteil der Menschen in den westlichen Industriestaaten (auf letztere beschränkt sich der vorliegende Essay) nicht erst seit dem Kollaps der nominalsozialistischen Staaten unattraktiv. Schon Mitte der 80er hat kein relevanter Flügel der Linken auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Transformation zum Postfordismus eine adäquate Antwort geben können. In den 90ern lässt sich die Herausbildung einer neoliberalen Hegemonie in der Zivilgesellschaft, zum Teil verbunden mit dem Wiedererstarken nationalistischer und rassistischer Deutungsmuster, beobachten. Dieses neoliberale Dispositiv (Foucault) lässt sich nicht innerhalb von wenigen Jahren aufbrechen. Zwar hat die globalisierungskritische Bewegung seit Seattle und vor allem nach Genua den Raum für linke Kritik vergrößert, die neoliberale Hegemonie aber wurde davon nicht in größerem Maße berührt, wovon die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in Holland, Frankreich und anderswo beredtes Zeugnis ab-

¹⁷ "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

legen (unter Rechtspopulismus verstehe ich weniger eine Ideologie denn eine Strategie, die erfolgreich Neoliberalismus mit rassistischen Elementen kombiniert).

Vor diesem Hintergrund kann sich politische Praxis nicht an kurzfristig sichtbar werdenden "Erfolgen" messen lassen. Wirkliche gesellschaftliche Veränderungen setzen im Gegenteil eine nicht von heute auf morgen zu erreichende Erschütterung der neoliberalen Hegemonie voraus ("Stellungskrieg" hat Gramsci das mit einem Begriff aus der Militärsprache treffend benannt). Insofern ist eine Praxis, die durch Appell an die etablierte Politik kurzfristige Erfolge verbuchen will, kontraproduktiv. Jegliche Hoffnung auf Veränderung würde somit auf das Handeln der Regierenden orientiert. Dies würde den Blickwinkel auf zweierlei Weise verengen, einmal in dem Sinne, dass individuelles Handeln als wenig erfolgsversprechend angesehen und als politisches Handeln nur solches innerhalb eines bestimmten Institutionengefüges gelten würde. Die globalisierungskritischen Bewegungen würden somit dazu beitragen, das dominante Verständnis von Politik, das zusehends auf Ohnmachtserfahrungen gründet, zu bestärken und somit ihren eigenen Spielraum zu verengen. Dies würde umso mehr dann gelten, wenn tatsächlich durchgesetzte Maßnahmen nicht die prognostizierten Verbesserungen erbrächten (was z.B. im Falle der Tobin Tax nicht ausgeschlossen ist).

¡Ya Basta!

Nun wäre es aber auch fatal, die für große Teile der globalisierungskritischen Bewegung diagnostizierte Herrschaftsferne auf einen Protestgestus zu reduzieren. In dem zapatistischen "Ya basta!" (es reicht!), das am Anfang vieler Bewegungen stand, liegt insofern ein progressiver Moment, als sich darin neben der Ablehnung von Form und Inhalt herrschender Politik auch der Wunsch ausdrückt, mit etwas Neuem zu beginnen. Ulrich Brand interpretiert diesen Ansatz als auf den Aufbau einer "Anti-Hegemonie" gerichtet, die nicht etwa versucht, staatliche Macht zu übernehmen (wie das bei gegenhegemonialen Bestrebungen der Fall wäre), sondern Alternativen aufzubauen. Mit naiver Utopistik hat dies nichts zu tun. Die EZLN¹⁸ beispielsweise, deren geistige Urheberschaft hier deutlich herauszuhören ist, ist sich ja durchaus der Tatsache bewusst, dass der weitgehend herrschaftsfreie Raum der autonomen zapatistischen Gemeinden u.a. durch den Einsatz von Waffengewalt verteidigt werden muss.

Die (auch nach Eigeneinschätzung) radikale Bewegung der Sans Papiers steht beispielhaft dafür, dass sich auch in Europa Staatsferne und konkrete Praxis verbinden lassen. Sie zielen neben der Veränderung von Diskursen selbstverständlich auf schnell zu realisierende politische Maßnahmen (das gebietet in ihrem Fall ja allein schon der Überlebenswille), vorrangig die Legalisierung illegalisierter MigrantInnen. Dies verbinden sie aber mit einer explizit herrschaftskritischen Praxis. Ihre Ziele wollen sie nicht durch Lobbyarbeit oder durch Appelle an die Moral der Herrschenden erreichen, sondern durch entschlossenes öffentliches Auftreten, die Thematisierung ihrer Situation und der Delegitimierung rassistischer Diskurse. Erfolge erscheinen dann mehr als das, was sie sind: erkämpft und abgetrotzt und weniger als progressive Regierungspolitik.

Kritik ist Praxis

Theorie ist in den seltensten Fällen der Auslöser politischen Handelns aber dessen unverzichtbare Komponente. Praxis besteht dabei im Idealfall nicht in der Umsetzung von abstrakten Doktrinen, sondern in der Anwendung theoretischer Erkenntnisse auf die sich beständig verändernde gesellschaftliche Wirklichkeit, da „alle theoretischen Hypothesen und Formen der politischen Aktion und sozialen Praxis sich unvermeidbar in Ideologien, in puren ‚Idea-

¹⁸ Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee); www.ezln.org.

lismus' verwandeln, wenn sie aus dem konkreten historischen Kontext herausgetrennt werden, wenn sie über die Zeit, die sie hervorgebracht hat, hinaus konserviert werden", wie es Chiara Cassurino von den Tute Bianche formuliert (Cassurino 2001). Praxis und Theorie bedingen einander wechselseitig. Ohne eine Vorstellung von Gesellschaft ist politisches Handeln zumindest längerfristig nicht denkbar und ohne wahrnehmbare politische Aktivitäten bleibt (linke) politische Theorie zu einem Nischendasein verdammt.

Theoretische Arbeit steigt in ihrer Bedeutung für die globalisierungskritische Bewegung in dem Maße, wie es ihr gelingt, Themen auf die Agenda zu setzen und zu politisieren. In solchen Momenten kommt es darauf an, sich nicht auf einfache Forderungen und Schlagwörter reduzieren zu lassen, sondern die Gedankengebäude, die hinter der Formel von der möglichen anderen Welt stehen, deutlich zu machen. Die Option anderer Politikformen und -inhalte als solche im Alltagsverstand zu verankern, stellt eine Grundvoraussetzung für das weitere Wachstum der Bewegung und die Möglichkeit dar, Herrschaftsstrukturen wirkungsvoll anzugreifen. Theoretische Kritik ist insofern mit Ulrich Brand durchaus als Praxis zu verstehen, als sie Raum schaffen kann, für die Reflexion über praktische Erfahrungen (v.a. solcher aus den Ländern des Südens) und nicht zuletzt für die "Entwicklung eines rebellischen Bewusstseins".

Theoretische Kritik als Chance

Der BUKO antizipiert mit seiner theoretischen Kritik künftige praktische Probleme der Bewegung

Von Lars Bretthauer

Unter dem Label der „Globalisierungskritik“ organisiert sich momentan ein weltweites Netzwerk von politischen Gruppen, das thematisch auf die sozialen Folgewirkungen der Globalisierungsprozesse abzielt. Oberflächlich betrachtet kann ihre Kritik als kohärent bezeichnet werden. Sie bezieht sich auf die zunehmende globale Armut und Fragmentierung, die Zerstörung ökologischer Ressourcen und eine Zunahme zwischen- und innerstaatlicher Gewalt.

In den Erklärungsansätzen für diese Entwicklungen lassen sich jedoch deutliche Unterschiede feststellen, die ich anhand der deutschen globalisierungskritischen Diskussion kurz umreißen möchte. Die Gruppe Attac beschreibt Globalisierung als einen Verselbständigungsprozess der internationalen Finanzmärkte und einen Abbau des Wohlfahrtsstaates, z.B. im Gesundheitswesen (Attac Deutschland 2002). Diese Analyse sieht sich einer Kritik von neogramscianischen und regulationstheoretischen TheoretikerInnen des BUKO ausgesetzt. Ihrer Ansicht nach krankt diese Analyse zum einen an einer theoretischen Verkürzung des Staatsverständnisses, zum anderen an einer Unterschätzung der Wirkungskraft politischer Hegemonie im Alltagsverstand (A. Gramsci) und in Alltagspraxen (M. Foucault) (Brand 2002, 5).

Politische Praxis und theoretische Fundierung

Diesen inhaltlichen Differenzen entsprechen unterschiedliche Ansätze für die politische Praxis in der globalisierungskritischen Bewegung. Attac erkennt die höhere Differenziertheit der Analysen des BUKO an, wirft diesem aber die mangelnde Vermittelbarkeit seiner theoretischen Positionen vor. Die analytischen Denkgebäude seien zu abstrakt, um sie in der politi-

sche Praxis anwenden zu können. Folgerichtig stärkt Attac seine Position innerhalb des globalisierungskritischen Diskurses primär über die hohe Verständlichkeit und die hohe Anschlussfähigkeit an den Alltagsverstand, die ihnen großen Zulauf bescheren (iz3w 2001, 64).

Demgegenüber kritisiert der BUKO eine gefährliche Vereinfachung der neoliberalen Umstrukturierungsprozesse durch die Strategie von Attac: der emphatische Ausruf einer „anderen Welt“ verschleierte den Erfolg neoliberaler Umstrukturierungsprozesse und dessen hohe Akzeptanzwerte innerhalb der Bevölkerung. Eine Bewegung, die sich dessen nicht bewusst sei, laufe Gefahr, eine Strategie zu wählen, die der subjektiven Selbstverhältnisse, auf die sie in Form der Politisierungsarbeit abziele, nicht gewahr sei (Brand 2002, 5). Sie besäße zudem das Potential zur Stärkung reaktionärer Dispositionen und individueller Enttäuschung.

Der BUKO-Arbeitskreis lässt jedoch offen, welche Politikformen ihren theoretische Analysen gerecht werden könnten. Bisherige Entwürfe sind lediglich vage Richtungsweisungen. So verlangt Markus Wissen, „radikale Kritik mit Bündnis- und Mobilisierungsfähigkeit“ (Wissen 2002, 7) zu verbinden. Ulrich Brand mahnt im praktischen Rahmen eines „radikalen Reformismus“ ein genaues Studium des Alltagsverstandes an, aus dem sich neue politische Strategien ergeben sollen. Im Konzept des radikalen Reformismus soll sich eine radikale theoretische Kritik mit einer Form politischer Praxis verbinden. Diese Praxis konzentriere sich im Bewusstsein ihrer widersprüchlichen, gesellschaftlichen Bedingungen stark auf Alltagssprachen und zielen auf Lern- und Erfahrungsprozesse (Brand 2002, 5).

Exaktere Strategieentwürfe bleiben jedoch aus, da der BUKO nicht konkretisiert, wie neoliberale Alltagsverständnisse strukturiert sind und wie sie wirken. Ohne eine genaue Bestimmung des Alltagsverstandes ist es m.E. jedoch fast unmöglich, eine lokale politische Praxis der globalisierungskritischen Bewegung abseits von einer symbolischen Anrufung des öffentlichen Raumes, wie sie von Gruppen wie Attac betrieben wird, zu entwickeln. Somit steht die globalisierungskritische Diskussion vor einem Strategiedilemma: Der gemäßigte Teil der Bewegung arbeitet mit seiner linkspopulistischen Politikstrategie mit (teilweise bewussten) theoretischen Verkürzungen. Die radikaleren Strömungen dagegen verweisen auf die wissenschaftliche Analyse, besitzen aber keine konkrete politische Praxis, die sich in die globalisierungskritische Diskussion einspeisen könnte.

M.E. wird der Umgang mit diesem Dilemma erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Bewegung haben. Eine Reduzierung der unterschiedlichen Strategiepositionen auf einen Strömungskonflikt wird der Produktivität der Positionen des BUKO für die Globalisierungskritik, insbesondere für die Attac-Strategie der Repolitisierung des öffentlichen Raumes, jedoch nicht gerecht. Die Strategieanregungen des BUKO sollten nicht als linksradikale Positionen abgetan werden, sie stellen statt dessen eine konstruktive Antizipation von möglichen zukünftigen Strategieproblemen der globalisierungskritischen Bewegung dar. Die Perspektive der Bewegung hängt maßgeblich davon ab, wie sie sich mit solchen Positionen auseinandersetzt. Diese These möchte ich anhand von drei Beispielen veranschaulichen.

Frustrationen vermeiden

Neben der netzwerkförmigen Organisation bereits aktiver politischer Akteure zielt Attac auf eine Repolitisierung des öffentlichen Raumes. Mit leicht verständlichen, linkspopulistischen Globalisierungsinterpretationen sollen die Menschen zur Partizipation bewegt werden. Die Emphase der politischen Agitation suggeriert insbesondere frisch politisierten Menschen eine leichte Veränderbarkeit der momentanen politischen Verhältnisse sowie eine geringe eigene Eingebundenheit in die momentanen Umstrukturierungsprozesse.

Die inhaltliche Kritik des BUKO, Machtverhältnisse und deren Einbettung in staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen würden unterbelichtet, könnte besonders für diesen „neuen Kern“ der Bewegung relevant werden. Denn es lässt sich absehen, dass langfristig die Beharrungskraft der zu reformierenden Teilbereiche wie Staat und Zivilgesellschaft deutlich werden wird, wenn die hohen Erwartungen auf Schritte in Richtung einer „anderen Welt“ (George 2002, 1) ausbleiben. Werden die Machtstrukturen nicht ausreichend reflektiert, könnte dieses zu Resignation und Rückzug des neu politisierten Teiles führen. Im Gegensatz dazu könnte das Praxisverständnis des „radikalen Reformismus“, das auf die Initiierung von komplexen und langfristigen Lern- und Veränderungsprozessen zielt, diese Entwicklungen antizipieren, auffangen und Frustrationen vermeiden helfen.

Zweitens könnte die Erkenntnis, dass auch die Globalisierungskritiker über ihr alltägliches Handeln in Prozesse neoliberaler Umstrukturierungen eingebunden sind, zu einer veränderten Wahrnehmung des Freund-Feind-Paradigmas führen. Die aktuelle Inszenierung „politischer Feinde“ wie WTO, IWF und Weltbank durch Gruppen wie Attac bestimmt eindeutig „schuldige Akteure“ im Globalisierungsprozess. Gleichzeitig wird dadurch Teilen der Bewegung das Selbstverständnis vermittelt, sie seien gewissermaßen die Inkarnation der universalen demokratischen Vernunft. Dieses missliche Selbstverständnis könnte der Einsicht weichen, dass neoliberale Hegemonie keine externe Form von Herrschaft ist, sondern subjektive Normen und Verhaltensweisen mit einschließt. Diese Aufweichung der simplen Freund-Feind-Unterscheidung könnte aber besonders bei politisch unerfahrenen GlobalisierungskritikerInnen zu einem Sinnverlust bezüglich der Möglichkeiten politischen Widerstands oder zu einem unreflektierten Wechsel zum „politisch Machbaren“ führen.

Drittens haben Teile der globalisierungskritischen Bewegung wie Attac durch ihre Politikstrategien besonders Menschen angesprochen, die ohnehin über ein Bewusstsein von den Problemen sozialer Desintegrationsprozesse verfügen. Wie sich Globalisierungskritik besonders auf lokaler Ebene und auch in einer für Menschen ohne dieses Problembewusstsein verständlichen Art artikulieren soll, bleibt unklar. Die Strategie des symbolischen Angriffs internationaler Regulierungsinstitutionen lässt sich sicherlich nicht in Mikrozusammenhängen reproduzieren. Denn schließlich stellt sich neoliberale Ordnungspolitik als wesentlicher Bestandteil von subjektiven Alltags- und Selbstverständnissen dar. Daher stellt sich für die globalisierungskritische Bewegung die Frage, wie sie ihr Anliegen in konkreten Lebenszusammenhängen veranschaulichen und die Folgen sozialer Desintegration aufzeigen will. Ohne eine Auseinandersetzung mit dieser Frage könnte die globalisierungskritische Bewegung in ihren Bestrebungen zur Integration neuer AktivistInnen zum Erliegen kommen.

In diesem Fall könnte von einer Konsolidierung der Bewegung gesprochen werden, was ihren Charakter entscheidend verändern würde. Denn nicht zuletzt erwächst die Energie der globalisierungskritischen Bewegung aus ihrem unbestimmbaren Potential an globalen AktivistInnen und potentiellen SympathisantInnen. Dieses Strukturmerkmal würde in Folge eines Konsolidierungsprozess eine entscheidende Schwächung erfahren, was allen Strategiediskussionen der globalisierungskritischen Bewegung eine klare Grenze setzen würde. In diesem Sinne stellen die Positionen des BUKO eine zukunftssträchtige Möglichkeit der Selbstkontextualisierung politischer Praxis dar.

Literatur

Im Seminar-Reader enthaltene Literatur

Amin, Samir (1997), *Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung*, Hamburg.

Autonome media (1994), *¡Zapatistas!: Documents of the New Mexican Revolution*, New York.

Attac Frankreich (2002), Mit Attac die Zukunft zurückerobern. Manifest 2002, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 47.3, S.347-362.

Bello, Walden (2000), From Seattle to Seoul: The Struggle for a Deglobalized World, paper presented at the ASEM 2000 People's Forum,

Conference People's Action and Solidarity Challenging Globalization, Seoul, Korea, 17-21 October 2000, online unter: <http://www.tni.org/archives/bello/struggle.html>, 27.3.2002.

Bourdieu, Pierre (1998), Der Mythos „Globalisierung“ und der europäische Sozialstaat, in: Bourdieu, Pierre: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz, S. 39-52.

Bourdieu, Pierre (2001), Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung, in: *WoZ*, April 2001, online unter: <http://www.woz.ch/wozhomepage/doku/bourdieu/aufruf15j01.html>.

Bourdieu, Pierre (2002), Für eine engagierte Wissenschaft, in: *Le Monde Diplomatique*, Februar 2002.

Brand, Ulrich (2001), Nichtregierungsorganisationen und postfordistische Politik. Aspekte eines kritischen NGO-Begriffs, in: Walk, Heike; Klein, Ansgar; Brunnengräber, Achim (Hg.): *NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipations- und Handlungsformen im Globalisierungsprozess*, Opladen, S. 73-94.

Brand, Ulrich (2002), „Globalisierungskritik“, in: Haug, Fritz (Hg.), *Das historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus*, Band 5, Berlin.

Brand, Ulrich; Ceceña, A. E. (Hg.) (2000), *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*, Münster.

Brunnengräber, Achim/ Stock, Christian (1999), Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt?, in: *PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 116; 29.3, S.445-468.

BUKO, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (2001), *Globalisierungskritik, Genua, Gewalt*, online unter: <http://www.gipfelsturm.net/buko.htm>, 4.4.2002.

Cox, Robert W. (1999), Civil Society at the turn of the millenium : prospects for an alternative world order, in: *Review of International Studies*, 25.3, S.3-28.

de Benoist, Alain (1999), *Die Nouvelle Droite (Neue Rechte) des Jahres 2000. Aufstand der Kulturen*, online unter: <http://www.junge-freiheit.de/benoist3.html>

Deutsche Stimme (2001), Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus. Chancen auf eine „Antikapitalistische Front der Jungen von rechts bis links“?, September, online unter: <http://www.deutsche-stimme.de/sites/09-01-hintergrund-mitte.htm>, 2.4.2002.

Ehrke, Michael (o.J.), Was wollen die Globalisierungsgegner?, Politikinfo der Analyseeinheit Internationale Politik in der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter: http://oraefes.de:8081/fes/docs/aktuell/globalisierungsgegner_0.html, 8.1.2002.

Eskola, Kaisa/Kolb, Felix (2002), Attac. Erfolgsgeschichte einer transnationalen Bewegungsorganisation, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15.1.

George, Susan (2001a), Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten, in: Candeias, Mario; Deppe, Frank (Hg.), Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, S. 207-217.

George, Susan (2001b), Democracy at the Barricades, in: *Le Monde Diplomatique*, August 2001.

George, Susan (2001c), The Global Citizens Movement: A New Actor for a New Politics, online unter: <http://www.tni.org/george/talks/Budapest.htm>, 15.4.2002.

George, Susan (2002), Another World is possible, online unter: <http://www.portoalegre2002.org>, 19.1.2002.

Gill, Stephen (2000), Toward a Postmodern Prince? The Battle in Seattle as a Moment in the New Politics of Globalisation, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 29.1, S.131-140

Habermann, Friederike (2002), Peoples' Global Action. Globalisierung von Unten, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15.1.

Halliday, Fred (2000), Getting Real about Seattle, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 29.1, S. 123-129.

Heinrich, Michael (2001), Lahme Politik, undemokratischer Markt. Zum Umgang der „Globalisierungsgegner“ mit Staat und Kapital, in: *Konkret* 9/2001, S.20-21.

Messner, Dirk (1998), Transformation von Politik und Staat im Globalisierungsprozess, in: Messner, Dirk (Hg.) Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S.14-43.

Mohr, Reinhard (2001), Das Schluchzen des weißen Mannes, in: *Spiegel Online*, 29.7.2001, online unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,147554,00.html>, 7.1.2002.

Morton, Adam David (2002), „La Resurreccion del maíz“: Globalization, Resistance and the Zapatistas, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 31.2.

Peoples' Global Action (2001), Globales Netz lokaler Kämpfe – Das Netzwerk „Peoples' Global Action“, online unter: <http://www.gipfelsturm.net/pga.html>

Rucht, Dieter (2002), Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15.1, S.

Smith, Jackie (2001), Globalizing Resistance: The Battle of Seattle and the Future of Social Movements, in: *Mobilization: an International Journal*, 6.1, S. 1-20.

Stock, Christian (2001), Gegenverkehr. Fortschritte und Fallstricke sozialer Bewegungen, in: Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, *iz3w Sonderheft*.

von Lucke, Albrecht (2002), Made by Attac. Eine Marke und ihr Marketing, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15.1.

Wissen, Markus (2001), Neoliberalismus, Globalisierung und Staat. Zu einigen Spannungsfeldern internationalen Protestes; online unter: <http://www.epo.de/buko/global.html>.

Wolter, Udo (2001), Gezähmte Dompteure. Wider den verkürzten Antikapitalismus der GlobalisierungsgegnerInnen, in: *iz3w-Sonderheft: Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus*, September 2001.

Außerdem in den Essays zitierte Literatur

Attac Deutschland (2002), Privatisierung im Gesundheitswesen macht krank! Globalisierung schreddert Sozialsysteme. Beilage zur *taz* vom 25.04.2002.

Attac Koordinierungskreis (2002), Zum Selbstverständnis von Attac. Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – 8 Thesen, in Attac Deutschland (Hrsg.), *Eine andere Welt ist möglich*, Hamburg.

BLUE 21 e.V. (2001) (Hg.), *Sand in die Augen oder ins Getriebe*, Berlin, online unter: www.berlinet.de/blue21.

Brand, Ulrich (2002), Radikaler Reformismus im globalisierten Kapitalismus. Neubestimmungen nach „Seattle“ und „Genua“, Download unter: www.ila-bonn.de/artikel/248neu.htm.

Buechler, Steven M. (2000), *Social Movements in Advanced Capitalism*. New York/ Oxford.

Cassurino, Chiara; Martelloni, Federico (2001), Die "Tute Bianche" = weisse Overalls, Interview mit Dario Azzellini, in: *Arranca!* 22, Sommer 2001, S. 12-15

Chomsky, Noam; Hermand, Edward S. (1988), *Manufacturing Consent - The Political Economy of the Mass Media*, New York.

Commission on Global Governance (1995), *Nachbarn in einer Welt*, Bonn.

Coupland, Douglas (1994), *"Generation X: Geschichten für eine immer schneller werdende Kultur*, Berlin/Weimar.

Falk, Richard (2000). "The Decline of Citizenship in an Era of Globalization," *Citizenship Studies*, 4:1, S. 5-17.

Foucault, Michel (1990), Was ist Aufklärung?, in: Erdmann, Eva u.a. (Hg.), *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*, Frankfurt/Main

Gills, Barry K. (2000) (Hg.), *Globalization and the Politics of Resistance*, Palgrave.

Hellmann, Kai-Uwe (1998) (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen

Hirsch, Joachim (1990), *Kapitalismus ohne Alternative?: Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*, Hamburg

Hirsch, Joachim (2002), *Globalisierungskritik: Systemstabilisierung oder Kampf um Hegemonie?*, online unter: www.linksnetz.de.

Illies, Florian (2000), *Generation Golf: eine Inspektion*, 2.Aufl., Berlin.

Ingrao, Pietro; Rossanda, Rossana (1996), Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken. Hamburg.

Kebir, Sabine (1991), Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg.

kleine anfrage (2002), Subcomandante Marcos: Lochkarte und Sanduhr, Interview mit Gabriel García Márquez und Roberto Pombo, in: *kleine anfrage* 4, Juli 2002. S. 11-14, online unter: <http://www.kleine-anfrage.org>.

Polanyi, Karl (1977), The great transformation, Wien.

Rucht, Dieter (2002b), Zum Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf transnationale Politik, in: Bauerkämper, Arnd (unter Mitarbeit von Manuel Borutta) (Hg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/M (erscheint Frühjahr 2003).

Saul, John Ralston (1992), Voltaire's Bastards - The dictatorship of Reason in the West, New York.

Shell International (2002), People and Connections. Global Scenarios to 2020, London, online unter: <http://www.shell.com/home/media-en/downloads/peopleandconnections.pdf>.

Slavoj Žizek (2002), The Matrix: The truth of exaggerations, online unter: <http://lacan.com/matrix.html>, 12.Juli 2002.

Stützle, Ingo (2001), Sand im antikapitalistischen Alltagsverstand, in: *Arranca!* 23, Winter 01/02, S. 36-39.

Teiar, Salah (1997), "Unsere Radikalität ist keine theoretische Radikalität", Interview, in: *Arranca!* 13, Herbst 1997, S. 42-45.

Wahl, Peter (2001), „Dienstleistungen im Fadenkreuz neoliberaler Globalisierung. Die GATS-Verhandlungen in der WTO“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2002, online unter: <http://www.blaetter.de/>

Auswahl weiterführender Literatur aus dem angelsächsischen Raum

Anheier, Helmut; Glasius, Marlies; Kaldor, Mary (Hg.) (2001), Global Civil Society 2001, Oxford.

Bircham, Emma; Charlton, John (2001), Anti Capitalism - A Guide to the Movement, London.

Blecker, Robert A. (1999), Taming Global Finance: A Better Architecture for Growth and Equity, Washington, D.C.

Brecher, Jeremy; Tim Costello; Brendan Smith (2000), Globalization from Below. The Power of Solidarity, San Francisco.

Caufield, Catherine (1996), Masters of Illusion: The World Bank and the Poverty of Nations, New York.

Chomsky, Noam (1999), Profit over People: Neoliberalism and Global Order, New York.

Danaher, Kevin (Hg.) (2001), *Democratizing the Global Economy: the Battle against the World*. Monro, ME.

Danaher, Kevin; Burbach, Roger (Hg.) (2000), *Globalize This!: The Battle Against the World Trade Organization and Corporate Rule*, Monro, ME.

Danaher, Kevin, (Hg.) (1996), *Corporations Are Gonna Get Your Mama: Globalization and the Downsizing of the American Dream*. Monro, ME.

Delanty, Gerard (2001), *Cosmopolitanism and Violence. The Limits of Global Civil Society*, in: *European Journal of Social Theory*, Jg. 4, H. 1, S. 41-52.

Della Porta, Donatella; Kriesi, Hanspeter; Rucht, Dieter (Hg.) (1999), *Social Movements in a Globalizing World*, Basingstoke.

Desai, Meghnad; Said, Yahia (2001), *The New Anti-Capitalist Movement: Money and Global Civil Society*, in: Helmut Anheier/Marlies Glasius/Mary Kaldor (Hg.), *Global Civil Society 2001*, Oxford, S. 51-78.

Ellwood, Wayne (2001), *The No-Nonsense Guide to Globalization*, Oxford.

Gill, Barry K. (Hg.) (2001), *Globalization and the politics of resistance*, Basingstoke.

Greider, William. (1997), *One world, ready or not : the manic logic of global capitalism*, New York.

Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000), *Empire*, Cambridge, MA.

Hines, Colin (2000), *Localization: A Global Manifesto*, London.

Johnston, Hank; Smith, Jackie (Hg.) (2002), *Globalization and Resistance: Transnational Dimensions of Social Movements*, Lanham, MD.

Kaldor, Mary (2000), „Civilizing“ Globalization? The Implications of the “Battle of Seattle”, in: *Millennium* 29(1), S. 105-114.

Kim, Jee (Hg.). (2002), *Another World is Possible: Conversations in a Time of Terror*, New Orleans.

Klein, Naomi (1999), *No Logo: Taking Aim at the Brand Bullies*, New York.

Korten, David. (2001), *When Corporations Rule the World* (2nd ed.), San Francisco, CA.

Korten, David (2000), *The Post Corporate World: Life After Capitalism*, San Francisco, CA.

Korten, David (1998), *Globalizing Civil Society: Reclaiming Our Right to Power*, *Open Media Pamphlet Series*, 4.

Lynch, Cecilia (1998), *Social Movements and the Problem of Globalization*, in: *Alternatives* 23, S.149-173.

Mander, Jerry; Goldsmith, Edward (Hg.) (1996), *The Case Against the Global Economy and For a Turn toward the Local*, San Francisco, CA.

McMurty, John (1999), *The Cancer Stage of Capitalism*, London.

McQuaig (1998), *The Cult of Impotence: Selling the Myth of Powerlessness in the Global Economy*, New York.

Michalos, Alex C. (1997), *Good Taxes: The Case for Taxing Foreign Currency Exchange and Other Financial Transactions*, Toronto.

Mobilization: (2001) An International Journal: "Globalization and Resistance", Special Issue, Vol. 6(1) 2001.

Roddick, Anita (Hg.) (2001), *Take it personally: how to make conscious choices to change the world*, Berkeley, CA.

Stiglitz, Joseph E. (2002) *Globalization and its discontents*. New York.

Teeple, Gary (1995) *Globalization and the Decline of Social Reform*, New Jersey.

Wallach, Lori; Sforza, Michelle (2000) *The WTO : five years of reasons to resist corporate globalization*, New York.

Welton, Neva., Wolf, Linda (2001) *Global uprising : confronting the tyrannies of the 21st century: stories from a new generation of activists*, Gabriola Island, B.C..

Auswahl weiterführender Literatur aus dem deutschsprachigen Raum

Azzellini, Dario (2001), Tute Bianchi. Weiße Overalls im zivilen Ungehorsam, in: *analyse&kritik*, Nr. 453/2001.

Berndt, Michael; Sack, Detlef (2001), *Global Governance. Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung*, Wiesbaden.

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (2001), *Kapitalismus und Protest*, Berlin.

Boehme, Nele; Walk, Heike (Hg.) (2002), *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster.

Brand, Ulrich (2002), *Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik. Jenseits des Pro und Contra "Attac"*, in: *alaska* 240, Mai, S. 28-31

Brand, Ulrich; Brunnergräber, Achim; Stock, Christian; Wahl, Peter (2000), *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Eine Studie von Heinrich-Böll-Stiftung und WEED*, Münster.

Brand, Ulrich; Cecena, Ana Esther (Hg.) (2000), *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*, Münster.

Brand, Ulrich; Demirovic, Alex; Görg, Christoph; Hirsch, Joachim (Hg.) (2001), *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster.

Brunnengräber, Achim; Klein, Ansgar; Walk, Heike (Hg.) (2001), *NGOs als Legitimationsressource*, Opladen.

Buchholz, Christine; Karrass, Anne; Nachtwey, Oliver; Schmidt, Ingo (Hg.) (2002), *Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker*, Köln.

- BUKO (2001), Globalisierungskritik, Genua, Gewalt, in: *analyse&kritik*, 31. Jg, August, S.8-9.
- Candeias, Marion; Deppe, Frank (Hg.) (2001), Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg.
- Cassen, Bernard et al. (2002), Eine andere Welt ist möglich. Attac: Globalisierung ist kein Schicksal, Hamburg.
- Chesnais, F.; C. Serfati; C.-A. Udry (2001), Die Zukunft der „Anti-Globalisierungs“-Bewegung, Zürich.
- Commission on Global Governance (1995), Nachbarn in einer Welt, Bonn.
- De Benoist, Alain (1999), Aufstand der Kulturen, Berlin.
- George, Susan (2001), Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten, in: Candeias, Marion, Frank Deppe (Hg.), Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg.
- George, Susan (2001), Der Lugano-Report, Reinbek.
- Heins, Volker (2002), »Der Mythos der globalen Zivilgesellschaft«, in: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.), Zivilgesellschaft international. Alte und neue Global Players, Opladen.
- Hirsch, Joachim (1995), Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
- Iz3w (2001), Zwei Seelen in einer Brust. Streitgespräch zwischen Attac-Deutschland und dem BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft. In: *iz3w-Sonderheft*. Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, September 2001, S. 63-66.
- Iz3w und BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (2002), *iz3w-Sonderheft*. Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik, zu bestellen unter: www.iz3w.de.
- Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Geiling, Heiko (Hg.) (2001), Globalisierung, Partizipation, Protest, Opladen.
- Kraushaar, Wolfgang (2001), Die Grenzen der Anti-Globalisierungsbewegung, in: *Mittelweg* 36, H. 6, S. 4-23.
- Mies, Maria (2000), Globalisierung von Unten, Berlin.
- Raschke, Joachim (1987), Zum Begriff der sozialen Bewegung ????
- REDaktion (Hg.) (1997), Chiapas und die Internationale der Hoffnung, Köln.
- Rucht, Dieter (2001), »Transnationaler politischer Protest im historischen Längsschnitt«, in: Ansgar Klein; Ruud Koopmans; Heiko Geiling (Hg.), Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Opladen, S. 77-96.
- Rucht, Dieter (2002), Social Movements Challenging Neo-liberal Globalization, in: Pedro Ibarra (Hg.), Social Movements and Democracy, New York.
- Saul, John R. (1997) Der Markt frisst seine Kinder: wider die Ökonomisierung der Gesellschaft, Frankfurt/M..

Saul, John R. (2000) Von Erdbeeren, Wirtschaftsgipfeln und anderen Zumutungen des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/M..

Scherrer, Christoph (2000), Die Spielregeln der Globalisierung ändern?, in: *Kommune* 9/2000, S.50-55.

Soros, George (1998), Die Krise des globalen Kapitalismus: offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin.

Wahl, Peter (1998), Von NGO-Multis, McGreenpeace und der Netzwerk-Guerilla. Zu einigen Trends in der internationalen Zivilgesellschaft; in: *Peripherie*, Nr.71, S.55-68.

Ziegler, Jean, (1999) Wie kommt der Hunger in die Welt?, München.

Links

<http://www.worldsocialforum.org>

Website des Weltsozialforums in Porto Alegre.

<http://www.fse-esf.org>

Website des Europäischen Sozialforums in Florenz.

<http://www.dsf-gsf.de/index.html>

Website des *Deutschen Sozial Forums*, mit Links zum Welt- und Europäischen Sozial Forum - Infos, Termine, Möglichkeit der Mitarbeit und Diskussion

<http://www.attac-netzwerk.de/index.php>

Homepage des deutschen Attac-Netzwerkes; mit Links zu den Regional-Gruppen.

<http://www.buko.info>

Bundeskoordination Internationalismus BUKO.

<http://www.globalaction.tk>

Kommunikationsplattform des europäischen Netzwerkes von *People's Global Action*.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp>

Peoples' Global Action.

<http://www.ezln.org> (Spanisch)

Website der Ejército Zapatista de Liberación Nacional, des zapatistischen Befreiungsheers.

<http://www.indymedia.de>

Das unabhängige Kommunikationsmedium. Mit Links zu regionalen „indypendent media centres“ weltweit.

<http://www.schnews.org.uk>

Informationen aus der *Direct-Action*-Szene Großbritanniens.

<http://globalization.meetup.com>

Interessantes neues *tool* zur weltweiten „real life-Vernetzung“, bisher allerdings nur wenig genutzt.

<http://www.uni-muenster.de/PeaCon>

Links und Texte zu Peace & Conflict Studies und Globalisierung.

<http://www.rrojasdatabank.org>

Große Datenbank und Linksammlung mit Texten und Originaldokumenten (nicht nur) zum Thema Globalisierung. Auch ein guter Startpunkt für die lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Bewegung.

<http://www.gipfelsturm.net>.

Umfangreiche Textsammlung zur Kapitalismuskritik.

<http://www.globalresearch.ca>

Portal des Autors Michel Chossudovsky (Autor von „War and Globalisation, the Truth behind 9/11“); umfangreiche Link- und Textsammlung.

<http://www.globalexchange.org>

Global Exchange ist eine der wichtigsten Stützen der Bewegung in den USA.

<http://www.citizen.org/trade>

Global Trade Watch. Selbstdarstellung: “GTW was created in 1995 to promote government and corporate accountability in the globalization and trade arena. GTW promotes a public interest perspective on an array of globalization issues, including implications for health and safety, environmental protection, economic justice, and democratic, accountable governance.”